

Das Parlament

Berlin, Montag, 22. Dezember 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 52 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Neu gewählter Wehrbeauftragter

Hans-Peter Bartels Er wird der neue „Kummerkasten der Bundeswehr“. Der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels wurde vom Bundestag zu dessen neuem Wehrbeauftragten gewählt. Laut Koalitionsvertrag von Union und SPD soll ein Sozialdemokrat dieses Amt künftig bekleiden. Der Wehrbeauftragte muss dafür aber noch bis Mai 2015 warten. Erst dann scheidet nach fünf Jahren der amtierende Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus aus, der letzte FDP-Vertreter im Bundestag. Der 53-jährige Bartels sitzt seit 1998 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Kiel im Bundestag. Er gehört seit 14 Jahren dem Verteidigungsausschuss an und hat sich als Wehrexperte durch abwägende und sachkundige Stellungnahmen einen Namen gemacht. 2012 veröffentlichte er eine sozialdemokratische Gesamtschau über die Anforderungen deutscher Verteidigungspolitik („Wir sind die Guten“). Als Wehrbeauftragter hat Bartels aber strikt unparteiisch zu sein. Mit Dienstantritt muss der promovierte Politologe auch sein Bundestagsmandat abgeben. *kru*



FDP-Vertreter im Bundestag. Der 53-jährige Bartels sitzt seit 1998 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Kiel im Bundestag. Er gehört seit 14 Jahren dem Verteidigungsausschuss an und hat sich als Wehrexperte durch abwägende und sachkundige Stellungnahmen einen Namen gemacht. 2012 veröffentlichte er eine sozialdemokratische Gesamtschau über die Anforderungen deutscher Verteidigungspolitik („Wir sind die Guten“). Als Wehrbeauftragter hat Bartels aber strikt unparteiisch zu sein. Mit Dienstantritt muss der promovierte Politologe auch sein Bundestagsmandat abgeben. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

100

Bundeswehrsoldaten sollen 2015 in den Nordirak geschickt werden, um die gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ kämpfenden kurdischen Peschmerga auszubilden. Das Bundeskabinett hat vergangene Woche zugestimmt, der Bundestag soll Anfang nächsten Jahres folgen.

ZITAT DER WOCHE

»Sie steigern das Niveau unserer Truppen.«

Dschabar Jawar, Generalsekretär des Peschmerga-Ministeriums im nordirakischen Erbil, zu den erwarteten 100 deutschen Soldaten im kommenden Jahr

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Medien Deutscher Bundestag bewilligt der Deutschen Welle mehr Geld Seite 4

EUROPA UND DIE WELT
EU-Gipfel Kanzlerin Angela Merkel gibt Regierungserklärung ab Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Atomülllager Fachgespräch über die Zukunft der „Asse“ Seite 12

KEHRSEITE
Weihnachtsrätsel Eine Reise nach Berlin für die richtigen Antworten Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Im Auge des Sturms

KLIMA Fraktionen fordern entschiedenen Kampf gegen den Klimawandel. Streit gibt es über das Wie

Aus dem All betrachtet sah Taifun Haiyan aus wie eine riesige Puderzuckerwolke mit einem kleinen Loch in der Mitte. Doch den Menschen auf den Philippinen brachte diese Wolke den tausendfachen Tod. Vor gut einem Jahr, am 8. November 2013, riss der der Wirbelsturm alles mit, was ihm im Weg stand: Autos, Häuser, Menschen. Mit Windgeschwindigkeiten von mehr als 300 Stundenkilometern war Haiyan einer der stärksten tropischen Wirbelstürme seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – und er wird nicht der letzte sein. Die Zahl der Wirbelstürme im Pazifik hat in den vergangenen Jahren nicht zugenommen. Wohl aber ihre Stärke. Viele Klimaforscher sind überzeugt, dass die zunehmende Erderwärmung, befeuert durch den steigenden Kohlendioxid (CO₂)-Ausstoß, Supertaifune wie Haiyan begünstigt.



Der Taifun Haiyan brachte auf den Philippinen 10.000 Menschen den Tod. Viele Klimaforscher sind überzeugt: Der Klimawandel begünstigt solche Supertaifune. © picture-alliance/landow

Wenn es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, die Treibhausgas-Emissionen drastisch zu reduzieren, könnte sich die Erde auf bis zu vier Grad erwärmen, warnt der Weltklimarat in seinem jüngsten Abschlussbericht. Extremwetterphänomene wie Haiyan werden dann zunehmen, auch in Europa. Hitzewellen, Fluten und Dürren richten auf unserem Kontinent schon jetzt gewaltige Schäden an. Die Staatengemeinschaft weiß, dass sie handeln muss. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Doch auf dem jüngsten Klimagipfel in Lima ist sie diesem Ziel nach Ansicht vieler Beobachter kaum näher gekommen (siehe Text unten). Zu unterschiedlich sind die Interessen der Staaten, zu unverbindlich ihre Vereinbarungen. Offen bleibt, ob sie sich Ende 2015 in Paris wie geplant auf einen Weltklimavertrag und konkrete Reduktionsziele werden einigen können.

Tiefe Gräben Im Bundestag überwog vergangene Woche dennoch der Optimismus. In Lima sei „eine solide Grundlage für weitere Verhandlungen“ gelegt worden, erklärte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) in ihrer Regierungserklärung. Die Konferenz habe gezeigt, dass es eine grundsätzliche Bereitschaft unter allen Staaten gebe, ein neues, umfassendes Klimaabkommen zu schaffen. Aber, fügte sie hinzu: „Es gibt nach wie vor tiefe Gräben, die es zu überwinden gilt.“ Ungeklärt sei etwa Frage, wer welchen Beitrag zum Klimaschutz leisten müsse. Hendricks sieht auch die Schwellen- und Entwicklungsländer in der Pflicht. „Wer zur Erhitzung beiträgt, muss auch mehr für den Klimaschutz

tun“, forderte die Ministerin. Dem stimmte Umweltministerin Müssen man konstatieren, dass Deutschland beim internationalen Klimaschutzranking auf Platz 22 zurückgefallen sei, bemerkte der Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter. Gerade jetzt, wo die Erneuerbaren Energien auf der Schwelle zur Wettbewerbsfähigkeit stünden, ließe die Bundesregierung massive Einbrüche bei den Investitionen zu. Zudem stünden von den zehn schmutzigen Kohlekraftwerken in Europa sechs in Deutschland. Und der Aktionsplan Klimaschutz, kritisierte der Grünen-Politiker, enthalte lediglich eine „Ansammlung von Prüfaufträgen“, ohne Angabe konkreter Zahlen.

»Es gibt nach wie vor tiefe Gräben, die es zu überwinden gilt.«

Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD)

Frank Schwabe (SPD) widersprach Hofreiter. Deutschland sei beim Klimaschutz international führend. Dies sei auch von den allermeisten Ländern auf der Konferenz von Lima festgestellt worden. Für die Linksfraktion ging Eva Bulling-Schröter hart ins Gericht mit dem Ausgang

des UN-Klimagipfels. „Lima war kein Minimalkompromiss, sondern ein trauriger Offenbarungseid für die internationale Klimadiplomatie“, resümierte sie. Sie warf der Staatengemeinschaft vor, im Kampf gegen den Klimawandel „typisch neoliberale Instrumente“ einzusetzen. „Warum sollte weniger Verantwortung für die Staaten durch freiwillige Klimaschutzziele und die Übertragung des Löwenanteils der Klimaschutzfinanzierung auf die Privatwirtschaft die so dringliche Menschheitsfrage des Klimawandels lösen?“, fragte Bulling-Schröter. Ihrer Meinung nach werden die künftigen Mechanismen des Pariser Abkommens „das Papier nicht wert sein, auf dem sie stehen“. Sie appellierte zudem an die Industrieländer, die armen Staaten stärker zu unterstützen: „Ohne zusätzliches Geld für die Entwicklungsländer geht es nicht“, mahnte die Linken-Abgeordnete.

In Trümmern Auf den Philippinen geht der Wiederaufbau ein Jahr nach dem Taifun nur schleppend voran. Viele Menschen leben nach wie vor in Trümmern, jede dunkle Wolke am Himmel macht ihnen Angst. Jederzeit könnte ein neuer Sturm kommen. Götz Hausding/Johanna Metz

EDITORIAL Trippelnde Politik

VON JÖRG BIALLAS

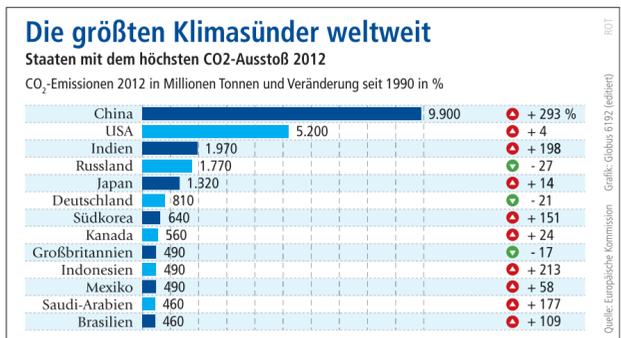
Es ist wohl wahr, der große Wurf war die Klimakonferenz in Peru nicht. Zu kompromissbelastet, zu kurzatmig, zu wenig zielführend: Kaum ein Beobachter lässt sich dazu hinreißen, von einem Erfolg zu sprechen. Ob die Verabredungen von Lima also als Gerüst für einen effektiven Klimavertrag, der im kommenden Jahr in Paris abgeschlossen werden soll, taugen? Darüber lässt sich trefflich streiten (siehe Seite 2). Zur Wahrheit gehört aber auch: Klimapolitik ist traditionell eine Politik der Trippelschritte. Zu unterschiedlich sind die Interessen von Industrienationen, Schwellen- und Entwicklungsländern. Immerhin: Auf allen Ebenen hat sich inzwischen durchgesetzt, dass es wie bisher eigentlich nicht weitergehen kann. Wenn die Erderwärmung schon bald nicht mindestens eingeschränkt wird, ist eine Katastrophe kaum zu vermeiden.

So allgemein akzeptiert diese Erkenntnis auch ist, so wenig folgen daraus stringente, global verbindliche Handlungsmuster. In weiten Teilen der Welt wird die, objektiv dramatische, Klimaentwicklung bestenfalls als ein akademisches Problem ferner Wohlstandsnationen wahrgenommen. Noch immer fehlt es an der Einsicht, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sich nicht zwingend widersprechen müssen. Die technologische Entwicklung, gerade auch zur Vermeidung von Schadstoffausstoß, ist inzwischen auf einem enorm hohen Niveau, das noch vor Jahren unvorstellbar war. Jetzt kommt es darauf an, diese Technologien auch industriell weniger modernen Nationen schmackhaft zu machen. Einfach wird das gewiss nicht. Wer sich das jahre-, ja mittlerweile jahrzehntelange Tauziehen um eine bessere Klimapolitik in einer funktionierenden Demokratie wie der unseren vor Augen führt, kann über das zum Teil sture, uneinsichtige Verhalten in politisch instabileren Ländern eigentlich nicht erstaunt sein. Das Problem ist nur: Trotz starker Argumente wird die Zeit für Überzeugungsarbeit auf wirtschaftlicher und politischer Ebene immer knapper. Beim Klimaschutz ist noch nicht aller Tage Abend. Aber die heraufziehende Dämmerung erschwert die Sicht auf eine Rettungsaktion mit glimpflichem Ausgang bereits erheblich.

Katerstimmung nach mühsamen Verhandlungen

KONFERENZ Der Lima-Gipfel hat nicht den erhofften Durchbruch gebracht. Offen geblieben sind etwa Finanzierungsfragen

Verzehn Tage hatten die Delegierten der 195 UN-Staaten verhandelt, zwei Tage und Nächte länger als geplant. Am Ende des diplomatischen Ringens sollte ein Gerüst stehen für einen Weltklimavertrag, den die Staatengemeinschaft im Dezember 2015 in Paris beschließen will. Dieser soll, anders als das bisher geltende Kyoto-Protokoll (siehe Seite 3), alle Länder zu konkreten Klimaschutzzusagen verpflichten – die Industrieländer ebenso wie die Entwicklungs- und Schwellenländer. Doch nach Abschluss der Verhandlungen in der peruanischen Hauptstadt herrscht Katerstimmung. Zu schwach sei der erzielte Kompromiss, kritisierten Umweltschützer und Entwicklungsorganisationen. Kommentatoren weltweit sprachen enttäuscht von einem „Minimalkonsens“. Der Rohentwurf für das Weltklimaabkommen umfasst 37 Seiten und macht tatsächlich eher vage Vorgaben. So sollen die einzelnen Länder in den kommenden Monaten nationale Zusagen zur Minderung ihrer Treibhausgasemissionen sowie überprüfbare Maßnahmen zur Umsetzung vorlegen. Von den Verpflichtungen ausgenommen



sind die ärmsten Länder und kleine Inselstaaten. Das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention soll die Zahlen bündeln und vor Beginn des Pariser Gipfels einen Bericht erstellen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die Zusagen ausreichen, um die Erderwärmung wie geplant auf zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Im Abschluss-

dokument wird darüber hinaus angemaht, dass die reicheren Staaten die ärmeren finanziell bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen sollen. Entscheidendes Instrument hierfür ist der „Grüne Klimafonds“. Ab 2020 sollen die Entwicklungsländer daraus 100 Milliarden Dollar jährlich erhalten. Das Problem: Bislang sind erst zehn Milliarden Dollar im

Topf. Die Hoffnung ist, dass private Investoren die Lücke füllen. Die Industrieländer fordern aber, dass sich auch wirtschaftlich boomende Schwellenländer wie China, Indien oder Saudi-Arabien am „Grünen Klimafonds“ beteiligen. Zumal ihr Treibhausgasausstoß inzwischen auch extrem hoch ist. Doch die Schwellenländer sehen vor allem die Industriestaaten in der Pflicht: Sie hätten den Klimawandel maßgeblich verursacht, heißt es. Außerdem sorgen die Länder sich, dass strenge Klimaschutzvorgaben ihr Wachstum bremsen könnten. Der Gipfel in Lima hat den Konflikt nicht gelöst, aber dennoch deutlich gemacht, dass die bisherige „Zweiteilung“ der Welt nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Der Streit um Geld und Ziele wird, so viel ist sicher, in Paris in die entscheidende Runde gehen. *joh*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

REICHEN DIE KLIMA-ERGEBNISSE VON LIMA?

Richtung stimmt

PRO



Dagmar Dehmer, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Seit Jahren sind die Voraussetzungen für ein Klimaabkommen nie besser gewesen als vor dem 20. UN-Klimagipfel in Lima. Mit dem gemeinsamen politischen Klimaabkommen der USA und Chinas, dem Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs über das neue mittelfristige Klimaziel für das Jahr 2030 haben sich große Treibhausgas-Emittenten zum Klimaschutz bekannt. Es wurde trotzdem wieder eine Hängepartie mit durchverhandelten Nächten. Trotzdem stehen die Chancen für den schon jetzt mit Erwartungen überfrachteten 21. Weltklimagipfel in Paris in einem Jahr nicht so schlecht. Weil sich die Welt – viel zu langsam – mit der Realität des Klimawandels arrangiert, bewegt sich in der realen Wirtschaft einiges in die richtige, kohlenstoffarme Richtung. Die Schiefergas-Revolution in den USA wird zwar nicht weitergehen. Dennoch hat das im Boom bilig gewordene Gas die noch klimaschädlichere Kohle in der Stromproduktion weitgehend verdrängt. US-Präsident Barack Obama kann das Klimaziel erreichen, ohne politisch noch irgendetwas dazu beizutragen. Deshalb kann er das auch am Kongress vorbei entscheiden. In China ist die Luftverschmutzung ein Politikum allererster Güte. Will die Kommunistische Partei an der Macht bleiben, muss sie Lösungen finden – etwa ihr gewaltiges Ausbauprogramm für erneuerbare Energien und die Schließung besonders dreckiger Kohlekraftwerke. Auch China verpflichtet sich nicht zu mehr, als es ohnehin vorhatte. Dennoch: Die USA und China haben sich erstmals in der Weltöffentlichkeit zum Klimaschutz bekannt. Wenn es gelingt, einen glaubwürdigen Überprüfungsprozess für die Klimaziele der Länder zu etablieren, wäre der Pariser Gipfel ein Erfolg.

Kein prima Klima

CONTRA



Joachim Wille, Freier Journalist

Lima war die 20. UN-Klimakonferenz. Die Treibhausgas-Emissionen sind seit dem Erdgipfel 1992 in Rio, auf dem die Weltklimakonvention verabschiedet wurde, um mehr als 60 Prozent gestiegen. Pro Gipfel hat der CO₂-Ausstoß rechnerisch um mehr als drei Prozent zugelegt. Wahrlich kein Signal, das Mut macht. Denn das Ziel, den Treibhausgas-Ausstoß auf einem Niveau zu stabilisieren, das eine gefährliche Störung des Klimasystems verhindert, gerät außer Reichweite. Statt auf eine Erwärmung von maximal zwei Grad, die noch zu bewältigen wäre, steuert der Planet auf drei oder vier Grad zu. Die Vorzeichen schienen gut. Erstmals hatten sogar die alten Widersacher USA und China ihre künftigen Klimaziele gemeinsam präsentiert. Doch der Lima-Gipfel folgte dann wieder den alten Ritualen. Zwei Wochen mit hohem Problembewusstsein, beschwörenden Appellen, zähen Verhandlungen und einer Hängepartie bis zum Schluss samt Extra-Nachtsitzungen. Die Delegierten winkten einen Minimalkompromiss durch, der die Hauptfragen offen ließ. Keine Frage: Gemessen an dem, was notwendig wäre, ist der Gipfel gescheitert. Die Tür zum „Paris-Protokoll“, das als Kyoto-Nachfolger 2015 abgeschlossen werden soll, bleibt zwar offen. Es ist sogar wahrscheinlich, dass dieser neue globale Klimavertrag kommt. Doch die CO₂-Reduktionsziele, die die großen Player wie China, USA und EU im neuen Protokoll zusagen wollen, werden bei weitem nicht reichen, um das Zwei-Grad-Limit zu halten. Daher braucht es Allianzen von Vorreiter-Staaten, die schneller vorangehen – und die anderen mitziehen, wenn sie sehen, dass eine gut gemachte Energiewende auch ökonomische Vorteile bringt.

Mehr zum Thema der Woche auf Seite 1 bis und 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Miersch, Sie waren bis zum letzten Verhandlungstag in Lima, am Ende stand aus Sicht vieler Teilnehmer und Umweltschützer ein enttäuschendes Ergebnis. Wie bewerten Sie den Ausgang des Klimagipfels?

Ich bin weder enttäuscht noch glücklich. Letztlich bin ich froh, dass es überhaupt eine Einigung gegeben hat und die Konferenz nicht abgebrochen wurde. Es scheint eine Logik dieser UN-Verhandlungen zu sein, dass alle ihre Trümpfe bis zum Schluss in der Hand behalten – in diesem Fall bis zur entscheidenden Klimakonferenz in Paris in einem Jahr. Das macht aber auch Hoffnung, dass es dort zu einer substantziellen Einigung kommen wird.

Sie glauben, der Weltklimavertrag wird dort allen Differenzen in Lima zum Trotz zustande kommen?

In Paris werden sich alle Staaten zu verbindlichen Klimaschutzziele verpflichtet. Das glaube und hoffe ich. Auch Länder wie China haben inzwischen ein großes Interesse an CO₂-Minderung angesichts der großen Umweltprobleme. Wichtig ist, dass wir die Erderwärmung gemeinsam auf zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter begrenzen können. Dafür müssen wir aber einen Mechanismus schaffen, der es uns ermöglicht, unsere Klimaziele regelmäßig zu überprüfen. Reichen die Maßnahmen nicht aus, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, müssen wir nachjustieren. Leider konnte in Lima keine Einigung über einen solchen Monitoring-Prozess erzielt werden. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir in Paris lösen müssen.

Die Industriestaaten haben die Entwicklungsländer aufgerufen, ihr Engagement für den Klimaschutz künftig stärker nach ihren individuellen wirtschaftlichen Möglichkeiten auszurichten. Viele lehnen das jedoch ab. Wie kann dieser Konflikt gelöst werden?

Die Industriestaaten haben insgesamt ganz klar eine größere Verantwortung, schon weil sie den Klimawandel maßgeblich verursacht haben. Es ist aber ein wichtiges Anliegen des Pariser Abkommens, nicht mehr wie noch im Kyoto-Protokoll strikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu unterscheiden. Diese Unterscheidung wird der heutigen Rolle vieler Schwellen- und Entwicklungsländer nicht mehr gerecht. China ist noch vor den USA weltweit der größte Verursacher von Treibhausgasen. Auch Indien gehört zu den großen Emittenten. Beide sind inzwischen wichtige Wirtschaftsnationen. Länder wie China sollten deshalb in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen, auch was die finanziellen Hilfen für die ärmeren Länder angeht. Diesbezüglich hat es auch erste wichtige Signale in Lima gegeben. So haben Länder wie Chile, Kolumbien und Peru in den „Grünen Klimafonds“ eingezahlt.

Dieser Fonds soll die Entwicklungsländer ab 2020 jährlich mit 100 Milliarden Euro beim Kampf gegen den Klimawandel unterstützen. In Lima wurden aber kaum konkrete Zusagen gemacht. Woher soll das Geld kommen?

In Lima hat der Grüne Klimafonds erstmals die 10-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten. Das ist ein erster Erfolg. Deutschland hat bereits im Sommer als erstes Land 750 Millionen Euro zugesagt. Dennoch wird die Finanzierungsfrage in Paris ein Schlüsselthema sein. Wir werden überlegen müssen, wie wir die riesigen Geldmengen, die es auf der Welt zweifellos gibt, in nachhaltige und ökologische Investments lenken können. Hier sind auch private Investoren gefragt.

Die Staaten sollen in den kommenden Monaten nationale Klimaziele vorlegen, so wurde es auf der Klimakonferenz

»Ich hoffe jetzt auf Paris«

MATTHIAS MIERSCH Die Staaten werden sich 2015 zu verbindlichen Klimazielen verpflichten, meint der SPD-Abgeordnete



© Deutscher Bundestag/Achim Meile

beschlossen. Kann Klimaschutz auf freiwilliger Basis überhaupt funktionieren?

Ich hätte mir in diesem Punkt auch mehr gewünscht. Aber hinter dem Beschluss von Lima steht ein neuer Mechanismus, demzufolge Minderungsziele nicht mehr von oben verordnet werden, sondern „Bottom up“, von unten heraus, entstehen sollen. Ein Staat, der nicht liefert, wird sich international erklären müssen. Da gibt es schon einen gewissen Druck. Letztlich kann es sich heute kein Staat mehr leisten, nicht zu liefern.

Deutschland hat seine nationalen Ziele für die Zeit bis 2020 bereits beschlossen. Die Treibhausgasemissionen sollen bis dahin um 40 Prozent sinken. Dieses Ziel droht aber verfehlt zu werden – bisher sind nur 33 bis 35 Prozent realistisch. Wie will die Große Koalition diese Lücke schließen?

Die Bundesregierung hat erstmals offen dargelegt, dass wir das 40-Prozent-Ziel bei einem „Weiter so“ nicht schaffen werden. Deshalb hat das Kabinett noch vor Beginn des Lima-Gipfels ein Klimaschutz-Aktions-

programm und eine Effizienzstrategie vorgelegt. Beides wird in den kommenden sechs Monaten in Verordnungen und Gesetzen gegossen werden. Alle Sektoren werden einbezogen, der Verkehrssektor, die Landwirtschaft, die Energiewirtschaft. Wir werden die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, aber auch die Energieeffizienz verbessern, etwa durch effiziente Gebäudesanierung. Dafür sollen auch steuerliche Anreize geschaffen werden. Sollten wir feststellen, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen, werden wir nachbessern.

In Deutschland steht andererseits aber auch die Hälfte der zehn schädlichsten Kohlekraftwerke Europas. Die Nachfrage nach Kohlestrom steigt und damit erstmals auch wieder der CO₂-Ausstoß. Kann Deutschland auf den internationalen Klimakonferenzen überhaupt noch glaubwürdig auftreten?

In Lima haben wir einmal mehr gemerkt, wie hoch die Reputation Deutschlands beim Klimaschutz nach wie vor ist. Aber klar, wir müssen jetzt auch liefern und die Kohleverstromung zurückfahren. Wegen des Atomausstiegs werden wir zwar eine ganze Weile auf fossile Energien angewiesen sein, dennoch sind wir nicht untätig. So hat die Regierung jetzt beschlossen, dass die Betreiber von Kohlekraftwerken bis 2020 zusätzlich 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen müssen.

Das hat Ihr Parteichef, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, erst nach längerem Zögern angekündigt. Wie soll das in der Praxis funktionieren?

Zunächst sollen die Konzerne flexibel entscheiden können, wie sie die Einsparungen erreichen wollen. Wir wollen das nicht kraftwerksspezifisch vorgeben. Zwangsläufig wird das, meiner Ansicht nach, Kraftwerksstilllegungen zur Folge haben. Sollten die Konzerne nicht mitziehen, werden wir uns über weitere ordnungsrechtliche Maßnahmen Gedanken machen müssen.

In Europa ist der Klimaschutz ebenfalls ins Stocken geraten. Die Wirtschaftskrise und die Ausschüttung von zu vielen CO₂-Emissionszertifikaten haben dazu geführt, dass die Zertifikate zu billig geworden sind. Für Unternehmen gibt es deshalb nur noch wenige Anreize, in klimafreundliche Technologien zu investieren. Wie kann der Emissionshandel wieder zum Laufen gebracht werden?

Ich habe meine Zweifel, ob dieses System überhaupt reformierbar ist. Die Bundesregierung setzt zwar auf eine Reform; sie will die Zertifikate deutlich reduzieren. Es ist aber fraglich, ob wir hierüber bis 2017 zu einer Einigung kommen. Die Interessen der europäischen Staaten sind höchst unterschiedlich. Ein Land wie Polen, das sehr stark von Kohle abhängig ist, sträubt sich gegen eine Reform. Wir müssen deshalb einen Plan B entwickeln und auch über Alternativen wie CO₂-Mindestpreise, Zertifikatmindestpreise oder CO₂-Steuern nachdenken. Ich hoffe insgesamt sehr, dass die Diskussion über den Emissionshandel mit Blick auf den Pariser Klimagipfel wieder an Dynamik gewinnt.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Matthias Miersch ist seit 2009 umwelpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Dem Deutschen Bundestag gehört er seit 2005 an.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Umweltschützerin: Eva Bulling-Schröter

Bei der Weltklimakonferenz vor einem Jahr habe sie die Frau aus dem Tschad schon einmal getroffen, erzählt Eva Bulling-Schröter. Dass es dort jetzt 50 Grad heiß werde statt früher 45 Grad, habe sie da erzählt. Jetzt in Lima habe dieselbe Frau schon von 51 Grad berichtet. „Die Menschen verhungern, die Tiere verhungern und verdurstern, warum macht ihr nichts?“ So habe die Frau gefragt, erzählt Bulling-Schröter. Was könne man da antworten? „Wir würden gerne? Das ist alles lächerlich.“ Die Schlosserin aus Ingolstadt ist Sprecherin der Fraktion Die Linke für Energie- und Klimapolitik. Mit der Doppelmitgliedschaft im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und im Umweltausschuss verbindet sie in der parlamentarischen Arbeit diese eng verflochtenen Politikfelder. Mit Umweltpolitik habe sie schon zu tun gehabt, bevor sie 1994 erstmals in den Bundestag kam, berichtet Bulling-Schröter. Denn als Betriebsrätin in ihrem Metallbetrieb sei sie für Umwelt, Gefahrstoffe und Arbeitssicherheit zuständig gewesen. Schon da habe sie erfahren, dass der Kampf für Verbesserungen auf diesem Gebiet bei den Kolleginnen und Kollegen Angst verursachen kann, Angst um die Arbeitsplätze. Das sei jetzt in der Klimapolitik nicht anders. Deshalb müsse die Politik den Menschen erklären, dass der Klimaschutz auch viele Chancen eröffnet und dass auch „verhinderter Umweltschutz Arbeitsplätze vernichten kann.“ Sei sei mit einem positiven Gefühl nach Lima gefahren, berichtet Bulling-Schröter, so habe sie anfangs auch die Atmosphäre auf der

Weltklimakonferenz empfunden. Die sei aber im Laufe der Verhandlungen schlechter geworden. Zwar einigten sich die Teilnehmer am Ende doch noch auf ein Abschlussdokument, aber ob damit der Stillstand in der Klimapolitik überwunden ist, da ist sie „erst mal pessimistisch“. Um noch das Zwei-Grad-Ziel bei der Erderwärmung zu erreichen, das „eigentlich schon zu viel ist, eigentlich müsste bei 1,5 Grad Schluss sein“, sei jetzt schnelles Handeln notwendig. Aber mit den in Lima von den Ländern avisierten Klimagas-Reduktionen „liegen wir bei 3,8 bis



© DBP/Achim Meile

»Wenn Deutschland diese Energiewende stemmt, wird das beispielhaft sein für andere Länder.«

4 Grad, und das ist erschreckend“. Die Rolle der Bundesregierung in Lima beurteilt die Oppositionspolitikerin differenziert. Schade sei, dass Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) vorzeitig abgereist sei. Auch hätte man mehr tun können, damit die Entwicklungsländer Vertrauen schöpfen. Diese hätten ihre kritische Position gegenüber den Industriestaaten verfestigt, und „ich kann das auch verstehen“, sagt Bulling-Schröter. Man müsse „die his-

torische Schuld anerkennen und sagen: Wir, die Industrieländer, haben das hauptsächlich verursacht“. Andererseits, bei der Einrichtung des Klimafonds, der Entwicklungsländer bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützen soll, spiele „Deutschland eine gute Rolle“. Wobei, schränkt Bulling-Schröter ein, noch sichergestellt werden müsse, dass das dafür zugesagte Geld nicht auf die Entwicklungshilfe angerechnet wird. Dass jetzt zehn Milliarden Euro im Klimafonds sind, sei anerkennenswert. Aber es sei „noch keinerlei Verabredung oder Idee da“, wie man auf die angepöhlten 100 Milliarden bis 2020 kommen soll. Auch das Klima-Aktionsprogramm 2020 der Bundesregierung gehe in die richtige Richtung. „Es schauen alle auf Deutschland, wie es diese Energiewende stemmt. Wenn es Deutschland gelingt, wird das beispielhaft sein für andere Länder.“ Aber noch seien viele Bestandteile des Aktionsprogramms offen. Dass nicht „die Ärmsten der Ärmsten“ in den Entwicklungsländern mit den Folgen des Klimawandels allein gelassen werden, das ist Eva Bulling-Schröter wichtig. Aber auch, dass die Menschen in Deutschland nicht „das Gefühl haben, nur sie müssen für Klimaschutz und Umweltpolitik zahlen und die Konzerne haben die Gewinne“. Wenn sich in der Folge Preise erhöhen, müsse es eine soziale Kompensation geben. Vor allem aber müsse man zu einer Art von Wirtschaft kommen, in der nicht das Wachstum „wie eine Monstranz vorausgetragen wird“. Die Linken-Politikerin findet: „Ein grüner Baum wächst nur auf rotem Grund.“

Peter Stützel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Julian Burgert (jbb)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. v.d.
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), v.d.
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
19. Dezember 2014

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurlhensstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501-42 53
Telefax (069) 7501-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501-43 75
Telefax (069) 7501-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501-42 74
Telefax (069) 7501-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenscheit „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Mit dem enormen Wirtschaftswachstum in China hat sich auch der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase stark erhöht. Die Bevölkerung leidet unter dem gefährlichen Smog, der sich in Ballungszentren und um Industrieanlagen herum bildet.

© picture-alliance/ROPI/dpa

Später Sinneswandel

CHINA Die Nation will weniger Kohle verbrauchen und Elektroautos fördern. Smog macht den Leuten Angst

Zunächst erschien alles wie immer. China führte den Club der Blockierer an. Die Entwicklungsländer protestierten erfolgreich gegen den Plan der Europäer und der USA, die Aufstellung nationaler Klimaziele für die Konferenz in Paris zu standardisieren und damit öffentlich und vergleichbar zu machen. Am Ende stand ein Kompromiss. Der Durchbruch in Lima lag anderswo: Dass China und andere Entwicklungsländer erstmals nicht mehr auf einer vertraglich abgesicherten Trennung zwischen armen und reichen Ländern beharrten – und nur letztere einen Beitrag leisten müssen. Das Dokument beinhaltete gar eine Formulierung aus dem Klima-Abkommen Chinas mit den USA vom November: Dass die Pflichten für künftigen Klimaschutz basieren sollen auf „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten“ gemäß den unterschiedlichen Fähigkeiten einzelner Länder. Somit war eben doch nicht alles wie immer.

Auf ihrem Gipfeltreffen in Peking hatten Chinas Präsident Xi Jinping und sein US-Amtskollege Barack Obama überraschend feste Klimaziele vereinbart. Demnach wollen die USA bis 2025 ihren Ausstoß von Treibhausgasen um 26 bis 28 Prozent gegenüber 2005 senken. Chinas Emissionen sollen ab 2030 zu sinken beginnen. Eine solche Festlegung hatte China bisher mit dem Verweis auf sein noch zu niedriges Pro-Kopf-Einkommen abgelehnt. „Durch das Abkommen bekommt der Klimaschutz Priorität in den wichtigsten bilateralen Beziehungen der Welt“, sagt Li Shuo, Klima-Experte von Greenpeace East Asia. Die USA und China stoßen gemeinsam fast 40 Prozent der globalen Treibhausgase aus; China ist seit 2006 der größte Emittent der Erde, die USA sind die Nummer Zwei.

Wasserknappheit. Dass die Zahl der Dürren in den ariden Landesteilen steigt, schreiben viele Experten auch dem Klimawandel zu. Hauptfaktor für den Dreck in der Luft und die hohen CO₂-Emissionen Chinas ist der hohe Anteil der Kohle im Energiemix von 65 Prozent. Zwischen 2000 und 2010 ist der Kohleverbrauch Chinas jedes Jahr im Schnitt um neun Prozent gestiegen, heißt es in einer Greenpeace-Studie mit dem Titel „Das Ende von Chinas Kohleboom“, die Li Shuo mitverfasst hat. Der größte Teil der Kohle wird im Norden und Nordwesten gefördert und verstromt – weshalb die Städte mit den miesesten Luftwerten im Norden liegen.

Problem Kohle Doch Greenpeace sieht erste Anzeichen eines Wandels. Schon 2012 legte der Kohleverbrauch nur noch um 2,8 Prozent zu. 2013 wurden die Provinzen zur Drosselung ihres Kohlekonsums gezwungen. Sechs Provinzen haben bereits konkrete Reduktionsziele erlassen: Bis 2017 werden Peking, Shaanxi, Hebei, Shandong, Chongqing und Tianjin ihren Verbrauch zwischen fünf Prozent (Shandong) und 50 Prozent (Peking) senken. Shandong – eine Provinz mit mehr als 100 Millionen Einwohnern – ist der größte Kohlekonsument des Landes. Auch die Produktionszentren um das Yangtze-Delta bei Shanghai sowie das Perlfussdelta im Süden arbeiten an Reduktionszielen. Laut

Greenpeace gab es zwei Auslöser für diese Abkehr von der Kohle. Im Oktober 2011 hing wochenlang Smognebel über China – das verursachte die erste große Debatte in den Medien. Nur die US-Botschaft in Peking veröffentlichte damals Luftwerte, und nur für die Hauptstadt. Im Dezember 2011 sagte die Regierung zu, in den Großstädten Feinstaubwerte bekannt zu geben.

Nach dem als „Airpocalypse“ bekannt gewordenen Rekordsmog vom Januar 2013 gewann die Debatte zusätzlichen Schwung. Bürger empörten sich über den Dreck, und Medien forderten Lösungen. Im September 2013 erließ die Zentralregierung dann den „Aktionsplan zur Vermeidung und Kontrolle von Luftverschmutzung“ und verdonnerte jene Provinzen, die am meisten Dreck in die Luft blasen, dazu, alte Schwerindustrieanlagen zu schließen oder zu modernisieren.

Neuer Trend Die Chinesen haben die Dreckluft lange als nötige Begleiterscheinung des Wohlstandes abgetan. Doch seit der „Airpocalypse“ ist ein Bewusstsein für die Gesundheitsgefahren entstanden. Viele Städter gucken heute täglich auf ihre Luftwerte-Apps. Bei Smog tragen immer mehr Chinesen Atemmasken. Schulen sagen bei schlechter Luft Sportaktivitäten im Freien ab. „Ich bin froh, Südkinesin zu sein. Im Norden könnte ich nicht leben, die Luft ist zu schlecht“, sagt die Angestellte Wang

Min aus der südostchinesischen Küstenstadt Fuzhou, atmet tief ein, und muss lachen. Vor ein paar Jahren hätten sich die an subtropisches Klima gewöhnten Südkinesen höchstens an den kalten Wintern des Nordens gestört.

Globale Wirkung Noch ist unklar, ob die Trendwende langfristig wirkt. Derzeit werde heftig diskutiert, wieviel Kohle China während des kommenden Fünfjahresplans (2016-2020) verbrauchen will, sagt Li Shuo. „Das hier gesetzte Ziel wird ein entscheidender Hinweis auf die Ambitionen Chinas sein – oder auf fehlende Ambitionen.“ Welchen Weg China einschlägt, ist entscheidend für das globale Klima, sind die Greenpeace-Forscher überzeugt. Chinas Kohleverbrauch sei hier „der wichtigste Einzelfaktor“, schreiben Li Shuo und sein Ko-Autor in ihrer Studie. Von 2002 bis 2012 sei mehr als die Hälfte der Zunahme aller globalen Treibhausgas-Emissionen auf den wachsenden Kohleverbrauch in China zurückzuführen gewesen. Umso größer ist der Effekt von weniger Kohle: Würden die sechs oben genannten Provinzen ihre Ziele erreichen, würde China nach Greenpeace-Berechnungen allein damit bis 2017 rund 230 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausstoßen – das entspricht knapp der Hälfte der gesamten Reduktion der EU während der Laufzeit des Kyoto-Klimaprotokolls. Die möglichen Einsparungen aller Provinzen schätzt Greenpeace gar auf rund 700 Millionen Tonnen CO₂ bis 2017.

Dass Ministerpräsident Li Keqiang den „Krieg gegen die Luftverschmutzung“ ausgerufen hat, erhöht den Druck auf die meist widerspenstigen Provinzfunktionäre. Parallel fördert China erneuerbare Energien. Nicht-fossile Brennstoffe sollen bis 2015 mit 11,4 Prozent zum Energiemix beitragen. Bis 2030 sollen es laut dem US-China-Abkommen etwa 20 Prozent sein. Ende 2013 waren es 9,8 Prozent. Dazu gehören neben Wind und Solar auch Wasser- und Atomkraft. Der Bau großer Dämme an den Oberläufen der Flüsse im Westen ist aber umstritten. Den Aufbau von Atomkraftwerken betrachten ebenfalls viele Beobachter mit Skepsis. Für Wind- und Solarstrom garantiert ein am deutschen Modell angelehntes Einspeisegesetz feste Abnahmepreise. Das US-China-Abkommen werde eine große Rolle für den Aufbau dieser Energieformen spielen, heißt es aus dem Chinesischen Windenergieverband (CWEA). Der Verband meint, dass sich in China und den angrenzenden Meeren bis 2030 Windräder mit einer Kapazität von 600 Gigawatt drehen könnten. Ende Juni

2014 waren es 99 Gigawatt. Arbeiten muss China aber noch daran, alle neuen Anlagen an das Stromnetz anzuschließen. In den nächsten Jahren sollen außerdem Millionen alte Autos von den Straßen verboten werden. Ferner soll der Ausbau der Elektromobilität gegen Smog helfen. Bis 2020 will die Regierung fünf Millionen Elektroautos auf den Straßen haben. Von Januar bis Oktober 2014 produzierten die Hersteller 47.000 Elektroautos und Plug-in-Hybride und damit fünf Mal so viele wie im Vorjahreszeitraum. Manche Städte setzen parallel auf die Elektrifizierung von Nutzfahrzeugen. Derzeit gebe es in Peking etwa 6.000 elektrische städtische Fahrzeuge – etwa zur Stadtreinigung – und E-Busse, sagt Sun Fengchen, Direktor des Nationalen Ingenieurbüros für Elektroautos am Beijing Institute of Technology. „Allein die

300 Elektrobusse sparen jedes Jahr netto den Ausstoß von 18.900 Tonnen CO₂ ein.“

Der chinesische Delegationsleiter Xie Zhenhua sagte in Lima zu, die Klimaziele für die Paris-Konferenz schon im ersten Quartal 2015 vorzulegen. China werde versuchen, vor 2030 den Scheitelpunkt bei den Emissionen zu erreichen und mit der Senkung zu beginnen, sagte Xie. Zudem wolle China einen Süd-Süd-Fonds auflegen, um andere Länder beim Klimaschutz zu unterstützen. Der Fonds werde nach Marktprinzipien arbeiten und den Partnern helfen, eigene Kapazitäten aufzubauen. So könnte China einmal Vorreiter für Entwicklungsländer sein. *Christiane Kühl* ■

Die Autorin berichtet als freie Asien-Korrespondentin aus Peking.

Die Großstädte ersticken im Smog, die Flüsse sind verdeckt.

Zweite Runde für Kyoto

ABKOMMEN 18 Prozent weniger CO₂ bis 2020

Mit dem Kyoto-Protokoll hat die internationale Staatengemeinschaft erstmals eine absolute und rechtlich bindende Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen in einem völkerrechtlichen Vertrag verankert. Es gilt daher trotz mancher Rückschläge als wichtiger Meilenstein in der internationalen Klimapolitik. Beschlossen wurde es am 11. Dezember 1997 auf der UN-Klimakonferenz in Japan. 191 Staaten haben es seither ratifiziert, 2005 trat es in Kraft. Die Industrieländer verpflichteten sich darin, den weltweiten Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgasen in den Jahren 2008 bis 2012 um mindestens fünf Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten versprachen sogar eine Emissionsminderung von insgesamt acht Prozent. Sowohl Deutschland als auch die EU haben diese Ziele deutlich übertroffen. Die USA und Australien haben das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert, Schwellenländer wie China oder Brasilien hingegen schon, sie wurden aber, wie die Entwicklungsländer, von den Verpflichtungen ausgenommen. Kanada erklärte aus diesem Grund 2012 als erstes Land seinen Ausstieg aus dem Abkommen. Das Kyoto-Protokoll umfasse die beiden größten Emittenten, die USA und China, nicht und könne somit nicht funktionieren, begründete der kanadische Umweltminister Peter Kent die Entscheidung. Allerdings sagte er auch, dass Kanada mit diesem Schritt 14 Milliarden Dollar an

Strafzahlungen für das Nichteinhalten der im Protokoll gesetzten Ziele spare. Der Weltklimavertrag, den die Staatengemeinschaft Ende 2015 in Paris beschließen will, soll nun erstmals alle Staaten dazu verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen zu senken. Da dieses Abkommen aber erst ab 2020 wirksam werden soll, musste das Kyoto-Protokoll verlängert werden. Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich die Industriestaaten 2012 auf der Klimakonferenz in Doha darauf verständigt. Damit einhergehend haben sie sich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen von 2013 bis 2020 um insgesamt mindestens 18 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Bundesregierung hat zur Umsetzung des Beschlusses ein Gesetz (18/3123) vorgelegt, über das der Bundestag aber noch abstimmen muss.

Rückschlag Neuseeland, Japan und Russland wollen an dieser zweiten Verpflichtungsperiode nicht mehr teilnehmen. Ein herber Rückschlag, denn die CO₂-Emissionen der verbliebenen Teilnehmer belaufen sich damit auf nicht einmal 15 Prozent der globalen Emissionen. *Johanna Metz* ■

Smog und Dreck China hat lange international verbindliche Umweltziele abgelehnt. Trotzdem bemüht sich Peking seit einigen Jahren verstärkt um Umwelt- und Klimaschutz. 2011 gab China bekannt, den Ausstoß von Treibhausgasen pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 um 17 Prozent zu senken. Bis Ende 2013 ist dieser Ausstoß nach offiziellen Daten bereits um 10,68 Prozent gefallen. Die Energieintensität der Produktion geht ebenfalls zurück. China muss schon aus eigenem Interesse etwas tun. Der wirtschaftliche Boom hat eine Spur der Umweltzerstörung hinterlassen: Die meisten Großstädte ersticken im Smog, die Flüsse sind verdeckt, und der gesamte Norden des Landes leidet seit Jahren unter akuter



Wasserkraft zählt im Reich der Mitte zum Energiemix der Zukunft. © picture-alliance/andov

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle (DW), zeigte sich zufrieden: „Dass die Abgeordneten die Bundesregierung auffordern, die notwendige und bedarfsgerechte Finanzierung der Deutschen Welle langfristig zu gewährleisten“ sei „starkes Signal der Unterstützung.“ So ließ er in der vergangenen Woche nach der Debatte des Bundestags über die Aufgabenplanung des Auslandssenders für die Jahre 2014 bis 2017 (18/2536) wissen. Das Parlament hatte am Donnerstag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD deren gemeinsamen Entschließungsantrag (18/3595) verabschiedet, in dem sie die neue Aufgabenplanung des Senders begrüßen und eine Aufstockung der Finanzmittel für den Sender einfordern. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen die Entschließung. Die beiden Oppositionsfractionen forderten zwar auch eine Mittelhöhung, lehnten jedoch große Teile der Pläne Limbourgs für die Zukunft der Deutschen Welle ab.

Finanzierung Im Gegensatz zu den anderen Sendern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird die Deutsche Welle nicht aus den Rundfunkgebühren finanziert, sondern aus Steuergeldern. Dieser Bundeszuschuss wird zum überwiegenden Teil aus dem Haushalt der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters (CDU), bereitgestellt. Weitere projektbezogene Gelder kommen vom Auswärtigen Amt und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Für das kommende Jahr hatte der Bundestag den Bundeszuschuss zwar um 13 Millionen auf 294 Millionen Euro erhöht, allerdings sind darin beispielsweise 7,2 Millionen Euro enthalten, die der Sender als Miete für sein Funkhaus in Bonn wieder abführen muss. Bis 2017 steht die Deutsche Welle nach eigenen Angaben vor einer Deckungslücke von rund 24 Millionen Euro. Ein Grund dafür sei, dass seit 1998 keine Tarifsteigerung beim Sender im Bundeszuschuss berücksichtigt wurde, räumte Staatsministerin Grütters ein. Sprich: Der Sender musste die steigenden Personalkosten durch Einsparungen im laufenden Betrieb finanzieren. Dies soll nun anders werden. In ihrem Entschließungsantrag fordert die Koalition ausdrücklich, auch die Personalkostensteigerungen bei der Finanzierung des Senders zu berücksichtigen.

Ambitioniertes Ziel So einstimmig die Fraktionen in ihrem Votum für eine bessere Finanzausstattung der Deutschen Welle waren, so unterschiedlich bewerten sie hingegen die Pläne von Intendant Limbourg. Der möchte seinen Sender auf Platz drei im Konkurrenzkampf mit den Auslandssendern anderer Nationen führen. Mit seinem über Fernsehen, Radio und Internet verbreiteten Programm in 30 unterschiedlichen Sprachen soll der Sender zukünftig weltweit 150 statt 101 Millionen Menschen pro Woche erreichen. Limbourg setzt dabei unter anderem auf den Ausbau des englischsprachigen Fernsehangebots. Im kommenden Frühjahr soll deshalb mit der Ausstrahlung eines englischen Nachrichtensendungsprogramms begonnen werden.



Mitarbeiter der Deutschen Welle streikten in der vergangenen Woche gegen die Pläne von Intendant Limbourg. © picture-alliance/dpa

Funkstörung

MEDIEN Fraktionen fordern mehr Geld für die Deutsche Welle. Opposition kritisiert Pläne von Intendant Limbourg

Linke und Grünen halten dies jedoch für falsch. Die medienpolitische Sprecherin der Grünen, Tabea Rößner, argumentierte, der Sender sei „personell, journalistisch und strukturell nicht dafür ausgestattet, ein englisches Flaggschiff zu werden. Und sie hat mit der BBC einen übermächtigen Tanker vor sich, der überall schon da ist, wo die Deutsche Welle erst noch hin will.“ Der Sender solle stattdessen seine Kernkompetenzen stärken. Die Lagen in der Sprachenvielfalt und in der regionalen Kompetenz. Rößner kritisierte zudem die „Androhung“ von Limbourg, das deutsche, spanische und arabische Fernsehprogramm notfalls einzustellen, wenn der Sender nicht mehr Geld erhalte. Damit solle der Bundestag „erpresst werden“. Die „Geiseln dieser Er-

pressung“ seien die Mitarbeiter der Deutschen Welle. In diesem Sinne argumentierte auch der Kulturpolitiker Harald Petzold von der Linksfraction. Er verwies auf einen offenen Protestbrief der Mitarbeiter des Senders, in dem sie sich gegen Limbourgs Sparpläne aussprechen. Dieser Brief wird inzwischen auch von mehr als 130 Künstlern und Wissenschaftlern unterstützt. Die kulturpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen Marco Wanderwitz (CDU) und Martin Dörmann (SPD) wiesen die Kritik zurück. Angesichts gewaltsamer Krisen und demokratiefeindlicher Bestrebungen weltweit sei es richtig, dass die Deutsche Welle als „Stimmer der Freiheit“ versuche, ihre Reichweite durch englischspr-

chige Angebote zu erhöhen, argumentierte Dörmann. Das englische Programm erreiche schon jetzt wöchentlich 30 Millionen Nutzer, das deutsche hingegen nur 250.000. Marco Wanderwitz nahm Limbourg ausdrücklich in Schutz. Dieser habe lediglich vor den Konsequenzen gewarnt, wenn der Sender nicht mehr Geld erhalte. Wanderwitz und Dörmann sprachen sich zugleich jedoch ebenso gegen eine Streichung des deutschen Fernsehprogramms aus. „Deutsch soll die Hauptsprache in der Deutschen Welle als deutscher Auslandssender bleiben“, forderte Wanderwitz. Aus diesem Grund setze sich die Koalition für die Erhöhung der Mittel für den Sender ein. Alexander Weinlein

Sicherheitsfirmen im Fokus

INNERES Grüne fordern gesetzlichen Rahmen

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion einen gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeit privater Sicherheitsfirmen schaffen. Dabei soll sie unter anderem eine Registrierungspflicht für solche Firmen einführen und ein Zulassungsverfahren entwickeln, „das die Aufnahme von unternehmerischer Tätigkeit im Sicherheitsbereich an klare Voraussetzungen bindet“, wie aus einem Antrag der Fraktion (18/3555) hervorgeht. Danach soll sich die Regierung zudem für einheitliche Regulierungs- und Zertifizierungsregelungen auf EU-Ebene einsetzen, die Normen für Gründungen von Sicherheitsdienstleistern sowie eine Dokumentierung der Qualifikation der Mitarbeiter beinhalten. Auch fordert die Fraktion die Regierung auf, sich für eine UN-Konvention zur Regulierung privater Sicherheitsfirmen einzusetzen. Zur Begründung schreiben die Abgeordneten, die Wahrung der Inneren Sicherheit diene dem Schutz von Demokratie, Rechts-

staat und Sozialstaat, denn nur der Staat sei umfassend an Recht und Gesetz gebunden und verfüge über ein Gewaltmonopol. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit gehöre daher „zu den primären Schutzpflichten der öffentlichen Hand“. Die Privatisierung im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit schreite jedoch seit Jahren voran. Dies zeige sich deutlich in der ständig wachsenden Zahl privater Sicherheitsfirmen, in der Ausdifferenzierung ihres Tätigkeitsfeldes sowie der Anzahl des beschäftigten Personals. Werde dieser Bereich nicht kontrolliert, könne das Gewaltmonopol des Staates erodieren. Der zunehmende Rückgriff von privater, aber auch öffentlicher Seite auf private Sicherheitsunternehmen mache es zudem notwendig, sicherzustellen, dass sowohl die Gewerbetreibenden als auch das eingesetzte Personal Mindeststandards an persönlicher Eignetheit, Zuverlässigkeit und Sachkunde erfüllen. sto

NSU-Empfehlung strittig

RECHT Experten geteilter Meinung zu Reformplänen

Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses für den Bereich der Justiz auf Bundesebene treffen auf ein geteiltes Echo unter Juristen. Das wurde vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages deutlich. Auf große Zustimmung bei den eingeladenen Experten stieß der Plan, die Kompetenzen des Generalbundesanwaltes zu erweitern und ihn bei Verdacht auf seine Zuständigkeit frühzeitiger ermitteln zu lassen. Umstritten war jedoch der Plan der Bundesregierung, in Paragraph 46 des Strafgesetzbuches bei der Strafzumessung das Vorliegen menschenverachtender Motive („Hasskriminalität“) strafverschärfend zu berücksichtigen und um zusätzliche Motivationsmerkmale von Tätern zu erweitern. Nach Ansicht vieler Sachverständiger wird das in der Praxis schon getan. Beide Vorgaben sind Inhalt eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung (18/3007), mit dem diese die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses für den Bereich der Justiz auf Bundesebene umsetzen will. Die Sachverständigen nahmen im Rechtsausschuss zu dem Gesetzentwurf ebenso Stellung wie zu einem Antrag der Grünen (18/3150), in dem die Fraktion fordert, den Straftatbestand der Volksverhetzung zu überarbeiten.

zu verändern. Die menschenverachtenden Motive der Täter würden schon berücksichtigt und seien schon im Gesetzestext vermerkt. Sein Kollege Ralf Wehowsky, ebenfalls vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe, sagte hingegen, die vorgeschlagene Erweiterung des Wortlautes würde zu einer weiteren Klarstellung führen. Sie wäre für eine konsequente Verfolgung von Vorurteilstatistiken hilfreich.

Mehr Kompetenzen Ulrich Franke vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe sagte, bei den Ermittlungen zu den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) habe man es versäumt, die einzelnen Punkte miteinander zu verbinden. Unter diesem Gesichtspunkt sei es „ausdrücklich zu begrüßen“, die Kompetenzen des Generalbundesanwaltes zu erweitern. Hingegen sei es „nicht glücklich, weder erforderlich oder zweckmäßig“, den Paragraph 46

Checkliste der Motive Jürgen Konrad von der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg wies darauf hin, dass es durchaus eine Verbesserung wäre, wenn die Ermittler die ausdrücklich aufgeführten und aufgelisteten Motivationsmerkmale der Täter wie bei einer Checkliste abhaken könnten. Damit würde man sich intensiver mit dem Fall befassen. Henning Rosenau von der Universität Augsburg stimmte dem Regierungsentwurf insgesamt zu. Rolf-Uwe Kurz von der Staatsanwaltschaft Potsdam sagte, die erweiterten Kompetenzen des Generalbundesanwaltes loteten die Grenzen der Verfassungskonformität aus, führten aber zu schnelleren Verfahren. Er warnte davor, durch die geplanten Änderungen andere Tatmotive abzuwerten. Der Dortmunder Rechtsanwalt Ralf Neuhaus befand, es sei ein „grober Irrweg“, bei der Berücksichtigung der Motive am Ende des Ermittlungsverfahrens anzusetzen. Vielmehr müsse dies an dessen Beginn geschehen. Der Entwurf der Regierung sei nur „Symbolpolitik“. Neuhaus befürwortete hingegen den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Hier gebe es Präzisionsbedarf. Sebastian Scharmer, Rechtsanwalt aus Berlin, stimmte ihm da zu. Der Regierungsentwurf sei teils Symbolik, teils Kosmetik, sagte Scharmer. Die wesentlichen Vorgaben des Untersuchungsausschusses würden nicht umgesetzt. jbb

Frostige Stimmung unter Agenten

U-AUSSCHUSS BND-Mitarbeiter bestreitet Weitergabe von Daten deutscher Bürger an NSA

Vor dem zur Durchleuchtung des NSA-Spähskandals eingesetzten Untersuchungsausschuss präsentierte sich vergangene Woche mit Reinhardt Breifelder ein Ex-Geheimdienstler, der sich nach eigener Darstellung zur Wahrung der Grundrechte gegenüber dem mächtigen US-Nachrichtendienst NSA auf die Hinterbeine stellte. Während einer Krisensitzung von Bundesnachrichtendienst (BND) und NSA während der „Operation Eikonal“ habe er gegenüber den US-Kollegen darauf gepocht, dass „deutsches Recht auf deutschem Boden“ zu gelten habe. Der BND habe darauf bestanden, dass keine Daten von Bundesbürgern an die USA übermittelt werden. Daraufhin habe sich „am Tisch Frost ausgebreitet“, sagte Breifelder, der einst als Abteilungsleiter für die technische Aufklärung des BND zuständig war. Während „Eikonal“ war zwischen 2004 und 2008 ein Internet-Knotenpunkt in Frankfurt angezapft wurde. Nach Angaben Breifelders hat die NSA während „Eikonal“ jedoch keinen automatisierten Zugriff auf die Datenströme erhalten. Vielmehr habe der BND beim Durchforsten des internationalen Internetverkehrs Informationen über Deutsche mit Hilfe von Filtertechnik und persönlicher Kontrolle konsequent aussortiert. Die „heikle“ und „zähe“ Kooperation mit dem US-Dienst sei mehrfach „vom Scheitern“ bedroht gewesen. Der Untersuchungsausschuss soll prüfen, ob deutsche Nachrichtendienste in das massenhafte Ausspionieren der Telekom-



Wie weit ging die Zusammenarbeit von NSA und BND? © picture-alliance/monorange

munikation von Millionen Deutschen verwickelt sind. Denn der BND darf keine sogenannten „G-10-Daten“, an die er im Zuge seiner Aufklärungsarbeit im Ausland als „Beifang“ gelangt, Partnerdiensten überlassen. Der Begriff „G-10-Daten“ leitet sich aus Artikel 10 des Grundgesetzes ab, der das Fernmeldegeheimnis der Bundesbürger schützt.

Kein unbemerkter Abfluss Breifelder räumte ein, dass er zu Beginn der Operation „Eikonal“ politische und rechtliche Risiken gesehen habe. Auf Nachhaken von Hans-Christian Ströbele (Grüne) benannte er konkret die Besorgnis, es könne der Eindruck entstehen, der BND lasse Abhöraktionen eines ausländischen Geheimdienstes in Deutschland zu, was so aber nicht stimmt. Zudem habe ihn die Furcht geplagt, bei „Eikonal“ könne „irgendwo G-10-Ma-

terial abfließen, ohne dass wir es merken“. Allerdings hätten die BND-Techniker dann dafür gesorgt, dass die NSA-Geräte „keine Blackbox“ enthielten und nichts ohne Kenntnis des BND geschehen sei. Als zweite Zeugin sprach die BND-Mitarbeiterin K. L., die 2007 einen Bericht über Schwachstellen bei „Eikonal“ erstellt hat, von Auffälligkeiten zwar nicht beim Umgang mit konkreten Daten über Deutsche, aber mit Metadaten, die wegen des Schutzes von Grundrechten heikel hätten sein können. Diese Probleme seien noch während der Anfertigung ihrer Expertise beseitigt worden. Näheres wollten die Abgeordneten geheim erörtern. Überraschung löste der Hinweis der Zeugin aus, sie sei einige Wochen vor ihrem Auftritt im Ausschuss zu einem Gespräch ins Kanzleramt geladen worden, an dem auch der Geheimdienstbeauftragte Klaus Dieter Fritsche teilgenommen habe. Dies stieß auf Kritik bei der Linksfraction. Es sei problematisch, monierte deren Abgeordnete Martina Renner, wenn sich Zeugen des U-Ausschusses über die Bewertung von Dokumenten abstimmen. Breifelder bestätigte auf Nachfragen von Christian Flisek (SPD), dass der BND neben „Eikonal“ zumindest noch ein weiteres Projekt zum Anzapfen des Internetverkehrs in Deutschland plante: „Ich kann mir denken, über was Sie reden.“ Spannung lag in der Luft, doch Breifelder wollte Details nur nichtöffentlich mitteilen. Auf die Frage von Roderich Kiesewetter (CDU), welche Konsequenzen aus „Eikonal“ gezogen werden sollten, forderte Breifelder den BND zu „mehr Transparenz und Mut gegenüber der Öffentlichkeit“ auf. Nur so könne man dem Verdacht begegnen, der BND „schorcht hier irgendwo rum“. Karl-Otto Sattler

Zank um »Maulkorb«

DATENSCHUTZ Amt der Bundesbeauftragten wird ab 2016 oberste Bundesbehörde

Das Amt der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit erhält zum 1. Januar 2016 den rechtlichen Status einer obersten Bundesbehörde, die eigenständig und unabhängig ausgestaltet ist. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2848) verabschiedete der Bundestag am Donnerstag in der Ausschussfassung (18/3598) gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen. Derzeit untersteht die Bundesbeauftragte der Dienstaufsicht des Bundesinnenministeriums (BMI), während die Rechtsaufsicht durch die Bundesregierung ausgeübt wird. In der Praxis finde keine Dienst- oder Rechtsaufsicht statt und die Unabhängigkeit werde nicht eingeschränkt, schreibt die Regierung in der Vorlage. Danach wird die Bundesbeauftragte mit Dienstsitz in Bonn künftig ausschließlich parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle unterstehen. Auf eine Rechtsaufsicht der Bundesregierung und Dienstaufsicht des BMI wird verzichtet und die organisatorische Anbindung an das Ministerium aufgehoben. Gewählt werden soll die Bundesbeauftragte laut Vorlage vom Bundestag. Mit den Stimmen der Unions- und der SPD-Fraktion hatte der Innenausschuss am Mittwoch eine Änderung des Regierungsentwurfs beschlossen. Danach darf die Beauftragte als Zeugin aussagen, sofern die Aussage nicht Grundrechte verletzen oder „dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten“ würde, „insbesondere Nachteile für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder ihre Beziehungen zu anderen Staaten“. Auch darf sie nur „im Benehmen“ mit der Bundesregierung aussagen, wenn die Aussage „laufende oder abgeschlossene Vorgänge“ betrifft, „die dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung der Bundesregierung

zuzurechnen sind oder sein könnten“. Nach dem Regierungsentwurf hätte eine Aussage in einem solchen Fall „nur im Einvernehmen mit der Bundesregierung“ erfolgen dürfen. In der Debatte betonte der CSU-Parlamentarier Stephan Mayer, dass die Bundesbeauftragte damit bei Zeugnisaussagen in Zukunft „sogar unabhängiger und stärker als Richter“ sei, „weil für diese durchaus das Erfordernis des Einvernehmens“ gelte. „Es wird kein Maulkorbverbot verfügt“, betonte er. Zugleich verwies er darauf, dass mit dem Gesetz auch „eine Stellenerhöhung um sechs Stellen“ bei der Bundesbeauftragten beabsichtigt sei. Bei den Etablierungen für 2016 werde man überlegen, wie die Stellensituation der Behörde zu gestalten sei, und dabei „ein offenes Ohr“ haben. Der SPD-Abgeordnete Gerold Reichenbach nannte den Gesetzentwurf einen „wichtigen Schritt für den Datenschutz in

Deutschland“. Er verteidigte zugleich die Regelung zu Zeugnisaussagen. Danach entscheide die Bundesbeauftragte letztendlich eigenständig über eine Aussage. Sie müsse aber „in die Lage versetzt werden, Erkenntnisse, die ihrer Behörde nicht vorliegen, von der Bundesregierung einzuholen, die es ihr ermöglichen, in eigener Verantwortung zu beurteilen, ob der Kernbereich des Regierungshandelns tangiert ist“, argumentierte Reichenbach. Für die Linke äußerte ihr Fraktionsvize Jan Korte scharfe Kritik an der Regelung, mit der die Koalition für einen „strukturellen Maulkorb“ für die Bundesbeauftragte Sorge. Er plädierte dafür, den Passus „in Gänze zu streichen“. Zugleich sprach sich Korte dafür aus, den Dienstsitz der Behörde nach Berlin zu verlagern, weil „diese Bundesregierung in Fragen des Datenschutzes eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung“ brauche. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz hielt der Koalition vor, sie lege „kosmetische Korrekturen beim Maulkorb“ vor, doch bleibe es bei einer Genehmigungspflicht für die Bundesbeauftragte, „die sich ins „Benehmen“ mit dem BMI zu setzen hat“. Die Koalition stelle die Unabhängigkeit der Datenschutzbeauftragten „eben auch heute nicht her“. Sie müsse die tatsächliche Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht gewährleisten und eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Behörde schaffen. Die amtierende Bundesbeauftragte Andrea Voßhoff hatte bereits in der Ausschusssitzung deutlich gemacht, dass aus ihrer Sicht die formelle Unabhängigkeit ihres Amtes mit dem Gesetzentwurf erreicht werde. Sie warb zugleich dafür, in den Etablierungen aufzugreifen, dass eine personelle Aufstockung bei der künftigen Behörde notwendig sei. Helmut Stoltenberg



Datenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Aussage gegen Aussage

AFFÄRE Sebastian Edathy will von Michael Hartmann über die Ermittlungen gegen ihn informiert worden sein. Dieser weist das zurück

Aus Wiesbaden waren sie in den vergangenen Monaten nach Berlin gekommen, vom Bundeskriminalamt (BKA), und aus Gießen, von der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für Internet-Kriminalität. Fragen über Fragen hatten sie beantwortet zur „Operation Selm“, bei der im Herbst 2013 der Name des damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy zum Vorschein gekommen war. Stunden über Stunden hatten sie damit verbracht, während sich zuhause die Arbeit türmte, schmutzige Arbeit, hinterlassen im weltweiten Netz von Leuten, die sich am Missbrauch von Kindern ergötzen oder daran verdienen. Und nun das. Nicht wie gemutmaßt durch eine undichte Stelle bei Polizei oder Staatsanwaltschaft will Sebastian Edathy von den Ermittlungen gegen sich erfahren haben, nein, ein Fraktionskollege soll ihm das gesteckt haben. So hat es Edathy in einem Zeitschriften-Interview dargestellt, wenige Tage, bevor er vergangenen Donnerstag selbst als Zeuge vor dem 2. Untersuchungsausschuss des Bundestages aussagen sollte. Woraufhin jener Abgeordnete, Michael Hartmann, gleich mit vorgeladen wurde.

Ministerrücktritt Dass die Ermittlungen gegen Edathy damals einigen Politikern bekannt waren, wusste man längst. Der inzwischen pensionierte BKA-Präsident Jörg Ziercke hatte seinen Dienstvorgesetzten, den damaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), und dessen Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche pflichtgemäß davon unterrichtet. Weil damals, im Oktober 2013, gerade die Koalitionsverhandlungen liefen und der profilierte Innenpolitiker Edathy als Kandidat für ein Regierungsgang galt, gab Friedrich SPD-Chef Sigmar Gabriel einen Hinweis. Damit handelte sich Friedrich den Vorwurf des Geheimnisverrats ein, der ihn im Februar zum Rücktritt zwang, nachdem eine Hausdurchsuchung bei Edathy alles an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Gabriel wiederum wehte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und dessen designierten Nachfolger Thomas Oppermann ein, dieser setze die designierte parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht in Kenntnis. Weil sie alle anders als Friedrich keine Amtsträger waren, traf sie nicht der Vorwurf des Geheimnisverrats.

Nach den Aussagen der Beteiligten Anfang 2014 vor dem Innenausschuss war die Information in diesem Kreis geblieben. Auf welcher Grundlage sich aber Edathys Anwalt seit Ende November mehrfach bei Staatsanwaltschaften in Niedersachsen und Berlin nach möglichen Kinderporno-Ermittlungen gegen seinen Mandanten erkundigt hatte und warum Edathy unmittelbar vor den Durchsuchungen im Februar sein



Sebastian Edathy nimmt vor den Mitgliedern des 2. Untersuchungsausschusses Platz.

© picture-alliance/ZUMAPRESS

Ab Januar geht es im Ausschuss mit Ziercke und der politischen Ebene weiter.

Mandat „aus gesundheitlichen Gründen“ niederlegte, das konnte der Innenausschuss nicht zur Zufriedenheit aller Fraktionen klären. Deshalb wurde der Untersuchungsausschuss eingesetzt, der seit der Sommerpause nach Pannen bei den Ermittlungsbehörden sucht und das in den ersten Monaten des neuen Jahres weiter tun wollte, um erst am Ende zu den Politikern zu kommen. Nur Edathy wurde auf Wunsch der Koalitionsfraktionen dazwischengeschoben. Deswegen Aussagen nun haben den Zeitplan durcheinandergewirbelt. Jetzt wird es ab Januar mit Ex-BKA-Präsident Ziercke und der politischen Ebene weitergehen.

Edathy berichtete dem Ausschuss, er habe Mitte November 2013 aus den Medien von einem Schlag der kanadischen Polizei gegen einen internationalen Kinderporno-Ring erfahren und sich erinnert, dass er bei einer betroffenen Firma vor Jahren Filme bestellt hat. Es habe sich um legales Material gehandelt. Am Abend des 15. November habe er auf dem SPD-Parteitag den Kollegen Hartmann getroffen. Dieser habe ihm eröffnet, er wisse aus Sicherheitskreisen, dass die kanadische Polizei dem BKA eine Kundenliste übermittelt hat

und Edathys Name darauf stehe. Zwar laufe kein Ermittlungsverfahren gegen ihn, ein solches könne aber nicht ausgeschlossen werden. Hartmann habe ihm weiterhin mitgeteilt, dass Friedrich, Fritsche, Steinmeier und Oppermann informiert seien, behauptete Edathy. Am Rande der Fraktionssitzung am 18. November habe ihm Hartmann dann gesagt, er habe erfahren, dass Gabriel Bescheid wisse. Im Dezember habe ihm Hartmann eröffnet, dass BKA-Präsident Ziercke seine Informationsquelle sei. Hartmann habe ihn weiter laufend informiert, so über die Weiterleitung seiner Ermittlungsakte von der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft in Gießen an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle und von dort an die Staatsanwaltschaft Hannover. Am 25. Januar habe Oppermanns Büroleiter Hartmann mit den Worten angesprochen: „Wie geht es weiter mit Edathy, der ist doch nicht mehr tragbar.“ Ende Januar habe ihm Hartmann dann mitgeteilt, die Staatsanwaltschaft Hannover sei „wohl gewillt, alle Register zu ziehen“, also die Aufhebung seiner Abgeordneten-Immunität zu beantragen und Durchsuchungen vorzunehmen. Daraufhin habe er entschieden, sein Mandat niederzulegen. Edathy legte als Beleg einen Ausdruck seines SMS-Verkehrs mit Hartmann vor. Allerdings sollte sich im Verlauf der Zeugenvernehmungen herausstellen, dass sich diese

Texte unterschiedlich interpretieren lassen. Außerdem musste Edathy einräumen, auch von einem billigen Handy aus gesimst zu haben, auf dem wegen des begrenzten Speichers alle Daten aus dieser Zeit gelöscht seien. Zu den Merkwürdigkeiten, von denen Edathy erzählte, gehörte ein Anruf des SPD-Abgeordneten Burkhard Lischka einige Tage nach einer Aktuellen Stunde zur Affäre Edathy am 18. Februar. Lischka habe ihm dabei berichtet, alle drei SPD-Redner bei dieser Debatte hätten ihre schriftlich ausgearbeiteten Reden vorher bei Oppermann und Gabriel vorlegen müssen. Diese Aussage veranlasste den Untersuchungsausschuss, kurzfristig Lischka als Zeugen zu laden. Dieser bestritt Edathys Angaben. Er habe nicht einmal ein Manuskript gehabt, sondern nur Stichworte. Allerdings habe ihm soeben sein Büroleiter mitgeteilt, er habe dieses Konzept vorab dem Planungstab der Fraktion vorlegen müssen. Er selbst habe dabei erstmals von der Existenz dieses Planungstabs gehört. Auch Hartmann bestritt vor dem Ausschuss fast alle Angaben Edathys. Er schilderte ihn als einen Mann in einer Lebenskrise, der

ein zunehmend merkwürdiges Verhalten gezeigt und Alkoholprobleme gehabt habe. Deshalb habe er sich um ihn gekümmert und versucht, auf ihn einzuwirken. Auch er, Hartmann, habe die Berichterstattung über die kanadischen Kinderporno-Ermittlungen gesehen, aber es sei Edathy gewesen, der ihn auf dem Parteitag darauf angesprochen und ihm seine Sorge mitgeteilt habe, in diesem Zusammenhang genannt zu werden. Der Versicherung Edathys, nichts Strafbares aus Kanada bezogen zu haben, habe er immer geglaubt. Edathy habe ihm auch mehrfach von Erkundigungen seines Anwalts berichtet, die immer ergeben hätten, dass nichts gegen ihn vorliegt. Hartmann bestritt entschieden, jemals von Ziercke Informationen zum Fall Edathy erhalten zu haben. Auch habe er Edathy gegenüber nie den Eindruck erweckt, über solche Informationen zu verfügen. Auch von anderer Seite, etwa von Oppermann oder Gabriel, habe er keine Informationen über drohende oder laufende Ermittlungen erhalten. Er habe mit Edathy nie aufgrund konkreter Erkenntnisse, sondern stets nur allgemein aufgrund seiner Erfahrung als Innenpolitiker dessen Lage erörtert. Edathy

habe sich aber in immer größere Angst hineingesteigert. Da dieser zunehmend fähig geworden sei und oft Termine verpasst habe, habe er sich veranlasst gesehen, Fraktionschef Oppermann auf Edathys Zustand hinzuweisen. Oppermann habe darauf brüsk reagiert und ihn aufgefordert, sich selbst darum zu kümmern und ihn nicht damit zu behelligen. Am Tag vor der Ausschusssitzung war bekannt geworden, dass Hartmann im März ein Dienst-Handy als verloren gemeldet hatte. Dass da ein Zusammenhang mit der Affäre Edathy bestehe, wies Hartmann vor dem Ausschuss entschieden zurück. Auf Fragen nach den von Edathy vorgelegten SMS-Texten oder anderen Details berief er sich wiederholt darauf, sich nicht mehr an Einzelheiten zu erinnern. Er sei in dieser Zeit sehr beschäftigt gewesen und habe zu dem eigene Probleme gehabt. Warum Edathy eine völlig andere Version der Ereignisse verbreite und ihn belaste, könne er sich nicht erklären. Edathy habe ihn an dem Abend, an dem seine Wohnung durchsucht wurde, angerufen und beschimpft. Danach sei der Kontakt abgebrochen. Vorhaltungen, er hätte sich in den Sitzungen des Innenausschusses zum Fall Edathy von Februar bis April zu Wort melden sollen, wies Hartmann zurück. Seine Gespräche mit Edathy seien vertraulich gewesen, und er habe auch nichts Wesentliches zur Aufklärung beitragen können. Peter Stützle

FÜNF FRAGEN ZUM: SEXUALSTRAFRECHT



ELISABETH WINKELMEIER-BECKER (CDU)

Frau Winkelmeier-Becker, Sie sind rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion: In der Debatte zur Verschärfung des Sexualstrafrechts sagten Sie, der „Fall Edathy“ habe Schutzlücken aufzeigt, die jetzt geschlossen werden müssten. Welche waren das?

Es hat sich gezeigt, dass ein großer Markt für Kindernacktbilder existiert – auch für solche, die die Schwelle zur Kinderpornographie noch nicht überschreiten und deshalb bisher grundsätzlich straflos waren. Derartige Geschäfte akzeptieren wir nicht. Bildaufnahmen, die die Nacktheit von Kindern und Jugendlichen zum Gegenstand haben und die im Rahmen eines Tausches beziehungsweise gegen Entgelt hergestellt, angeboten oder verschafft werden, werden deshalb künftig strafbar sein.

»Das Strafrecht kann immer nur das letzte Mittel sein.«

Der Besitz von Kinderpornografie kann jetzt mit bis zu drei Jahren bestraft werden. Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend?
Wir haben erreicht, dass die Strafandrohung um ein Jahr auf drei Jahre angehoben wird.

Das ist ein erster Schritt. Wir hätten uns allerdings noch mehr vorstellen können. Denn es ist nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel ein Diebstahl mit bis zu fünf Jahren bestraft werden kann, der Besitz von kinderpornographischen Schriften dagegen nunmehr mit bis zu drei Jahren.

Zukünftig wird das unbefugte Herstellen und Verbreiten von Nacktbildern strafbar sein. Werden dadurch private Aufnahmen, beispielsweise von Kindern durch ihre Eltern kriminalisiert?

Es werden nur Bilder erfasst, die für entgeltliche Verwendung hergestellt wurden. Solche Bilder und der Handel mit ihnen verletzt die Würde der Kinder. Mit dieser Abgrenzung wird zugleich sichergestellt, dass Familienfotos weiterhin möglich sein werden.

Sollte man nicht viel mehr eher die Prävention von Pädophilie stärker vorantreiben, anstatt die Strafen zu erhöhen? Was kann hier getan werden?
Das Strafrecht kann immer nur das letzte Mittel sein.

Ein anderes wichtiges Mittel ist die Tätertherapie. Deshalb haben wir beispielsweise das Projekt „Kein Täter werden“ an der Berliner Charité ausgeweitet. Zur Prävention gehört aber auch, dass die Länder durch ausreichendes Personal dafür sorgen müssen, dass die Verfahren schnell geführt werden können. Wer effektiv gegen den Handel mit Kinderfotos im Internet vorgehen will, müsste außerdem die Speicherung von Verbindungsdaten im verfassungs- und europarechtlichen Rahmen unterstützen.

Kritik wurde besonders daran laut, dass künftig auch Bilder, die geeignet sind, dem Ansehen ein Person zu schaden, strafbar sein sollen. Wird dadurch die Pressefreiheit eingeschränkt?
Auf Initiative der Union hin ist klargestellt worden, dass Handlungen nicht strafbar sind, die in Wahrnehmung überwiegend berechtigter Interessen erfolgen, namentlich der Kunst, Wissenschaft und Berichterstattung.

Das Gespräch führte Julian Burgert.

Langer Vorlauf

CHRONOLOGIE Erst im Oktober 2013 kommt die Affäre Edathy wirklich ins Rollen

Ende Oktober 2011: Eine kanadische Polizistin übergibt zwei Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) Material aus Ermittlungen gegen einen Kinderporno-Verleih, darunter eine Liste mit mehr als 800 Kunden aus Deutschland.

2012: Das BKA ermittelt zunächst in den Fällen, in denen eindeutig strafbares Film- und Bildmaterial in Kanada bestellt worden war.

15. Oktober 2013: Das BKA verschickt Daten zu Kunden, die nicht eindeutig strafbares Material bestellt hatten, zur Überprüfung an die Landeskriminalämter. Ein Poli-

zist im niedersächsischen Nienburg erkennt im Namen Sebastian Edathy den Abgeordneten und informiert das BKA. BKA-Chef Jörg Ziercke informiert in den folgenden Tagen Innen-Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Friedrich informiert SPD-Chef Sigmar Gabriel über Verdacht gegen Edathy. In der Folge werden auch die führenden SPD-Fraktionsmitglieder Frank-Walter Steinmeier, Thomas Oppermann und Christine Lambrecht eingeweiht. Oppermann erkundigt sich telefonisch bei Ziercke nach den Ermittlungen.

14. November: Die Toronto Police berichtet vor der Presse über ihren Schlag gegen ein weltweites Kinderporno-Netzwerk.

Ab Ende November: Edathys Rechtsanwalt erkundigt sich bei Staatsanwaltschaften in Berlin und Niedersachsen nach möglichen Ermittlungen gegen seinen Mandanten wegen Kinderpornografie.

28. Januar 2014: Die Staatsanwaltschaft Hannover entscheidet sich aufgrund der vom BKA vorgelegten Beweise für ein Verfahren gegen Edathy.

7. Februar: Edathy legt sein Bundestagsmandat nieder und nennt gesundheitliche Gründe.

10. Februar: Die Staatsanwaltschaft Hannover lässt Edathys Wohnung durchsuchen, die Lokalzeitung berichtet darüber.

14. Februar: Friedrich, mittlerweile Bundesagrminister, tritt zurück, weil gegen ihn wegen Geheimnisverrats ermittelt werden soll.

Ab 19. Februar: Der Innenausschuss des Bundestages befasst sich in mehreren Sitzungen mit der Affäre.

2. Juli: Ein Bundestags-Untersuchungsausschuss konstituiert sich auf Initiative der Opposition.

17. Juli: Die Staatsanwaltschaft Hannover erhebt Anklage gegen Edathy wegen Besitzes von Kinderpornografie.

18. November: Das Landgericht Verden lässt die Anklage gegen Edathy zu. Der Beginn der Hauptverhandlung wird auf den 23. Februar 2015 festgesetzt.

13. Dezember: Edathy bezichtigt im Magazin „Stern“ den SPD-Abgeordneten Michael Hartmann, ihn über die Kinderporno-Ermittlungen informiert zu haben.

18. Dezember: Der Untersuchungsausschuss vernimmt Edathy und Hartmann als Zeugen. pst



Der SPD-Abgeordnete Michael Hartmann vor dem Untersuchungsausschuss

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mortler gegen Missbrauch von Alkohol

GESUNDHEIT Der verbreitete Alkoholmissbrauch zählt nach Einschätzung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), zu den gravierendsten gesellschaftlichen Problemen in Deutschland. Zwar habe die Präventionsarbeit bei Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren einen nachlassenden Konsum bewirkt, jedoch seien in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren Phänomene wie das „Komasaufen“ noch immer häufig zu beobachten, sagte Mortler vergangene Woche im Gesundheitsausschuss des Bundestages, wo sie ihre Arbeitsschwerpunkte erläuterte. Das Alkoholproblem ist nach Angaben Mortlers nicht auf Erwachsene zu begrenzen, sondern betrifft auch sehr viele Kinder. So lebten in Deutschland 2,6 Millionen Kinder in sogenannten Suchtfamilien, wo regelmäßig Drogen konsumiert werden. In erster Linie gehe es hier um Alkohol, sagte die CSU-Politikerin und mahnte: „Das kann uns nicht kalt lassen.“

Ein Glas Sekt Schwerwiegend sind die Folgen auch, wenn Frauen in der Schwangerschaft trinken. Laut Mortler werden in Deutschland jedes Jahr im Schnitt 2.000 Kinder geboren, die alle Anzeichen eines sogenannten fetalen Alkoholsyndroms (FAS) zeigen und schätzungsweise rund 10.000 Kinder, die einzelne Anzeichen von FAS aufweisen. Das FAS umschreibt die schwersten Formen der Schädigung eines Fötus durch Alkohol und umfasst körperliche, geistige sowie Verhaltensstörungen. Mortler betonte, schon ein Glas Sekt während der Schwangerschaft könne Föten schädigen, was unter Müttern oft ebenso wenig bekannt sei wie unter Ärzten. So hätten Umfragen gezeigt, dass auch Frauen mit höherem Bildungsstandard wenig über diese Problematik wüssten. Das Thema Alkohol dürfe nicht verharmlost werden, mahnte Mortler mit Blick auf die kommenden Feiertage. So müsse der Gruppenzwang, der oft bei Feiern entstehe, durchbrochen werden. Wer sich gegen Alkohol entscheide, dürfe nicht stigmatisiert werden. Mortler wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass trockene Alkoholiker ihr Leben lang gefährdet blieben und keinesfalls rückfällig werden dürften. „Wer einmal abhängig war, ist immer abhängig.“

Crystal Meth Auf der Alarmliste ganz weit oben steht auch die Droge Crystal Meth. Es sei erschreckend, wie viele Frauen die synthetische Droge nicht nur als Stimmungsaufheller nutzten, sondern mit dem Ziel konsumierten, nach einer Schwangerschaft wieder schnell schlank zu werden.

Methamphetamin wurde in Deutschland schon in den 1930er Jahren hergestellt. Wehrmachtssoldaten nahmen das Stimulanzium, das damals unter dem Namen Pervitin zu haben war, im Krieg ein, um länger wach und kampffähig zu bleiben. Die Droge wird heutzutage zumeist als kristallines Pulver geschnupft, wirkt deutlich länger als Kokain und ist auf dem Schwarzmarkt auch viel billiger. Crystal Meth kann den Körper und die Psyche dauerhaft schwer schädigen. Laut Mortler ist Crystal Meth inzwischen in vielen Großstädten angekommen und kursiert in den einschlägigen Szenen. Diese Entwicklung dürfe auf keinen Fall unterschätzt werden.

Auf Mortlers Agenda stehen auch die Themen Cannabis, Tabakwerbung, online-basiertes Suchtverhalten und Medikamentenabhängigkeit. **pk**

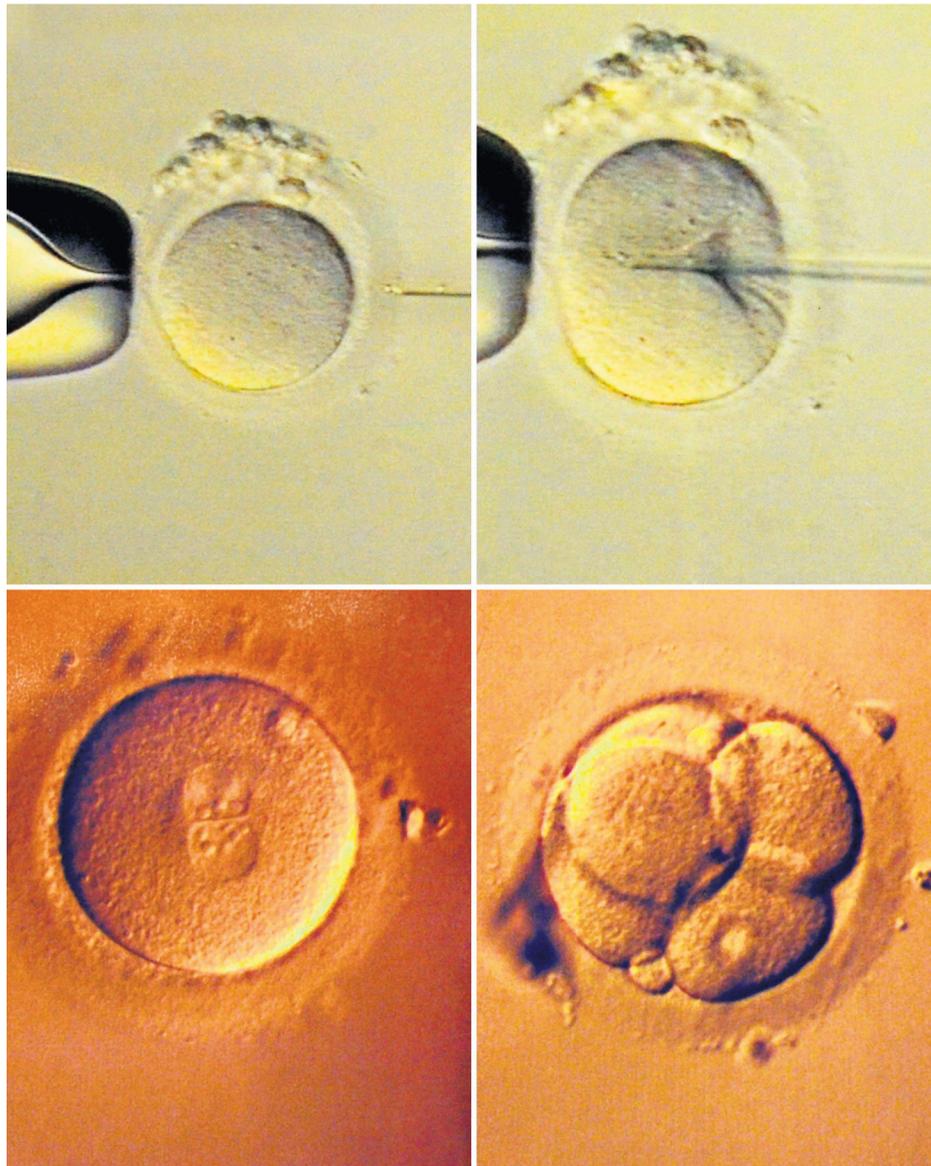
Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unentgeltlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@ds-medien.de
www.dss-parlament.de



Die Zahl der künstlichen Befruchtungen ist in den Jahren stark gestiegen. Ein Erfolg ist aber nicht garantiert.

© picture-alliance/zb

Letzte Chance

GESUNDHEIT Für viele Paare erfüllt sich der Kinderwunsch nicht. Die moderne Medizin bietet wichtige Hilfestellungen

Wenn Kinder geboren werden, ist das für Familien fast immer ein unvergessliches und glückliches Moment. Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 682.000 Babys zur Welt gekommen. Über die Kinder, die jedes Jahr nicht geboren werden, obwohl sich Frauen und Männer nichts sehnlicher wünschen als Nachwuchs, wird ungenügend gesprochen. Fruchtbarkeitsstörungen sind ein Tabu-Thema, sie werden mit Versagensängsten und Schuldgefühlen verknüpft, sie machen traurig, ratlos und bisweilen verzweifelt. Manche Paare warten

jahrelang vergebens auf Kinder, fast jedes zehnte Paar hierzulande soll ungewollt kinderlos sein, von sechs Millionen Betroffenen ist die Rede. Die Ursachen sind unterschiedlich, was die betroffenen Frauen und Männer zumeist eint, ist die Hoffnung auf künstliche Befruchtung. Eine solche Behandlung ist nicht ohne Risiko, auch nicht billig und ein Erfolg nicht garantiert, aber es ist eine Chance der modernen Reproduktionsmedizin, die viele Paare nicht ungenutzt lassen wollen. Die Krankenkassen beteiligen sich daher an den Kosten, aber nur, wenn Paare verheiratet sind und ihr eigenes Erbgut verwenden (homologe Insemination). Das ist aus Sicht der Opposition diskriminierend gegenüber unehelichen und verpartnerten Paaren, obgleich Gerichte das in Grundsatzurteilen anders gesehen haben. Die Grünen haben nun einen Gesetzentwurf (18/3279) vorgelegt, wonach künftig „neben verheirateten auch verpartnerte sowie nicht formalisierte Paare für Maßnahmen der homologen oder heterologen künstlichen Befruchtung ei-

nen gesetzlichen Anspruch auf partielle Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung“ bekommen sollen. Die Plenardebatte darüber geriet vergangene Woche zu einer überraschend offenen und grundsätzlichen Aussprache. Die Grünen-Abgeordnete Katja Dörner nannte die gesetzliche Grundlage „überholt und nicht zeitgemäß“. Das Ziel bestehe in gleichen Chancen auf Elternschaft für alle, zumal nicht belegt sei, dass nur die Ehe dem Kindeswohl diene. Immerhin würden Tausende Ehen jedes Jahr geschieden. Das Familienleben sei heute generell „bunt“, die Vielfalt müsse sich auch in den Gesetzen wiederfinden.

Hubert Hüppe (CDU) wies darauf hin, dass sich der Erfolg solcher Eingriffe in Grenzen halte. So habe es 2013 mehr als 80.000 Behandlungszyklen gegeben, aber nur 10.000 Geburten. Hüppe warf die Frage auf, weshalb Partner nicht gleich heirateten, wenn der Kinderwunsch so enorm sei. Bei lesbischen Paaren sei fraglich, ob es eine nennenswerte Zahl von Fällen gebe, die von einer erweiterten Kostenübernahme profitieren würden. Er sprach sich dafür aus, besser über familienrechtliche Probleme zu diskutieren.

Linke will mehr Die Linke schloss sich den Forderungen der Grünen an, ging aber einen Schritt weiter. Kathrin Vogler wies darauf hin, welche enorme Belastung ein unerfüllter Kinderwunsch für Paare sein könne. Die künstliche Befruchtung sei oftmals die letzte Chance auf eigene Kinder. Mit dem Gesetzentwurf solle eine Form von Diskriminierung beendet werden. Der Union warf sie ein „steinzeitliches Familienbild“ vor. Nach Ansicht der Linken sollten die Kassen die kompletten Kosten für eine künstliche Befruchtung übernehmen und nicht nur 50 Prozent oder freiwillig etwas mehr, wie in einigen Fällen. Die SPD-Abgeordnete Mechthild Rawert sagte, die rechtlichen Grundlagen hätten sich in vergangenen 20 Jahren kaum geän-

dert, dafür aber die gesellschaftlichen Erwartungen, wie und ob Fortpflanzungstechnik angewendet werden dürfe. Immerhin sei es heute auch möglich, Erbgut einzufrieren zu lassen und später zur Reproduktion zu nutzen. Rawert wies darauf hin, dass eine Öffnung der Förderrichtlinie zugunsten nicht verheirateter Paare bereits erwogen werde.

Katja Leikert (CDU) erinnerte wie andere Redner daran, dass unter rot-grüner Regierung 2003 der Zuschuss auf 50 Prozent gesenkt worden sei. Nun kämen die Grünen vor Weihnachten mit dem Wunschzettel. Leikert forderte eine kritische Debatte über die Reproduktionsmedizin und lehnte Zuschüsse für Samenspenden von Dritten kategorisch ab. Die Frage nach dem biologischen Vater sei „tiefgehend“. Zudem müsse nicht alles, was medizinisch machbar sei, von der Gemeinschaft mitgetragen werden. Harald Terpe (Grüne) erwiderte, es gehe nicht um Leihmutterchaft oder Fremdsamenspenden, sondern um eine Frage der Gleichbehandlung. **Claus Peter Kosfeld**

STICHWORT

Die künstliche Befruchtung

> **ICSI** Die Abkürzung steht für Intrazytoplasmatische Spermieninjektion. Bei diesem Verfahren wird eine Samenzelle direkt in eine aus dem Eierstock entnommene Eizelle gespritzt. Die befruchtete Eizelle wird wieder in die Gebärmutter eingebracht. Die ICSI-Methode wird in Deutschland am häufigsten verwendet.

> **IVF** Bei der In-vitro-Fertilisation werden Eizellen aus dem Eierstock entnommen und in Reagenzglas mit Samenzellen zusammengeführt. Die befruchteten Eizellen werden sodann in die Gebärmutter eingebracht.

> **Insemination** Dieses Verfahren ist am einfachsten, weil befruchtungsfähige Samenzellen direkt in die Gebärmutter einbracht werden. Sie sollen die Eizelle schneller und in größerer Menge erreichen als bei einer normalen Befruchtung.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Teilung der Betriebsrente

RECHT Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will den Paragraphen 17 des Versorgungsausgleichsgesetzes aufheben. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf (18/3210) vorgelegt, der vergangene Woche erstmals im Bundestag debattiert wurde. Zur Begründung schreibt die Fraktion, Paragraph 17 erlaube es, dass bei Betriebsrenten im Scheidungsfall der ausgleichsberechtigte Ehepartner seinen Anteil als Kapitalbetrag ausbezahlt bekomme, anstatt ein Anspruchsberechtigter gegenüber dem Unternehmen zu werden. Das habe zur Folge, dass der ausgleichsberechtigte Ehepartner, meistens die Ehefrau, deutlich weniger Rente bekomme. Katja Keul (Grüne) sagte, es gehe „um nichts Geringeres als um Gerechtigkeit, Altersvorsorge und viel Geld“. Eine Änderung des Versor-

gungsausgleichsgesetzes, des „Enfant terrible des Scheidungsrechts“, bringe im Kampf gegen Altersarmut von Frauen deutlich mehr als jede Mütterrente. Für Jörn Wunderlich (Linke) ist der Paragraph 17 des Gesetzes ein „Kotau vor der Wirtschaft“. Er müsse geändert werden. Sabine Sütterlin-Waack (CDU) sagte, man müsse zwischen den Interessen der Empfänger der Betriebsrente und den Versorgungsträgern abwägen. Eine Änderung würde für Letztere zu mehr Verpflichtungen führen und gefährde die betriebliche Altersvorsorge. Der SPD-Abgeordnete Dennis Rohde sagte, bei der Analyse des Problems stimme seine Fraktion den Grünen zwar zu, eine einfache Streichung des Paragraphen würde aber der Komplexität der Angelegenheit nicht gerecht. **jb**

Umstrittener Automatismus

RENTE Die Rentenbeiträge sinken wie angekündigt 2015 von 18,9 auf 18,7 Prozent. Die Linke wollte mit einem Gesetzentwurf (18/3042) erreichen, dass die Beiträge nicht gesenkt werden. Der Entwurf fand jedoch am vergangenen Donnerstag keine Mehrheit im Bundestag und wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt. Die Linke hatte darin auch gefordert, die Obergrenze abzuschaffen, bis zu der die Rentenversicherung Rücklagen bilden kann. Nach derzeitiger Gesetzeslage muss der Beitragssatz gesenkt werden, wenn die Rücklagen den 1,5-fachen Wert der Monatsausgaben der Rentenkasse übersteigen, so wie es aktuell der Fall ist. Diesen Automatismus will die Linke aushebeln. In der Debatte beklagte Jana Schimke (CDU): „Einmal mehr diskutieren wir heute eine ren-

tenpolitische Nebelkerze der Linken.“ Denn der gesetzliche Mechanismus sei flexibel ausgerichtet, um auf individuelle Entwicklungen zu reagieren, ohne die Beitragszahler über die Maßen zu strapazieren. Matthias Birkwald (Die Linke) verteidigte dagegen den Vorstoß, denn die „Mütterrente“ werde dazu führen, dass von den Rücklagen der Rentenkasse bald nichts mehr da sei. Auch Markus Kurth (Grüne) plädierte für stabile Beiträge, lehnte eine Abschaffung der Rücklagen-Obergrenze jedoch ab, da es sonst keine Systematik bei der Beitragssatzfestsetzung mehr gäbe. Martin Rosemann (SPD) sagte, die Senkung des Rentenbeitrags sei wegen steigender Pflegeversicherungsbeiträge sinnvoll. Es sei eine Senkung mit Augenmaß und eine verdiente Entlastung der Arbeitnehmer. **che**

Gefangene bleiben draußen

SOZIALES Die Linke ist mit ihrem Vorschlag gescheitert, die Sozialversicherungspflicht für Gefangene deutlich auszubauen. Einen dahingehenden Antrag (18/2606) der Fraktion lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ab. Die Grünen stimmten für den Antrag der Linken. Darin hatte die Fraktion gefordert, Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einzubeziehen. Bisher ist das nur für die Unfall- und Arbeitslosenversicherung der Fall. „Wenn Strafgefangene künftig Rentenansprüche erwürben, wäre das der beste Schutz vor Altersarmut“, sagte Matthias Birkwald (Die Linke) in der Debatte. Er verwies auf eine Petition, die der Bundestag Anfang des Jahres an die Bundes- und Landesregierungen weiterge-

leitet hatte und kritisierte, diese hätten bisher nicht darauf reagiert. Gabriele Hiller-Ohm (SPD) unterstützte das Anliegen zwar, betonte jedoch, dass die Bundesländer dafür verantwortlich seien, dass hier seit Jahrzehnten nichts geschehe. Diese wollten die Sozialversicherungsbeiträge schlicht nicht bezahlen und stünden deshalb auf der Bremse, sagte sie. Peter Weiß (CDU) warf der Linken vor, mit dem Antrag „alte Kamellen“ vorzulegen. „Es ist nicht unsere Zuständigkeit, sondern Sache der Länder.“ Diese müssten allerdings den Strafvollzug endlich neu regeln, betonte er. Markus Kurth (Grüne) ließ das nicht gelten. Der Bundestag sei sehr wohl in der Pflicht, die Länder aufzufordern, hier endlich tätig zu werden, denn der derzeitige Zustand sei nicht hinnehmbar, kritisierte Kurth. **che**

Dauerstreit um Hartz IV

ARBEIT Linke fordert Mindestsicherung von 1.050 Euro

Vor zehn Jahren, am 1. Januar 2005, trat das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in Kraft, besser bekannt unter dem Schlagwort „Hartz IV“. Es war die bislang umfangreichste und umstrittenste Sozialreform der Bundesrepublik und ist sogar noch heute für erbitterten Streit zwischen Befürwortern und Kritikern. Zu den Kritikern zählt innerhalb der Bundestagsfraktionen vor allem Die Linke, die auch den zehnten Jahrestag nutzte, um ihre Bedenken zu erneuern: Am vergangenen Freitag befasste sich der Bundestag deshalb in erster Lesung mit einem Antrag (18/3549), in dem die Fraktion fordert, „Hartz IV“ durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro netto im Monat abzuschieben. Katja Kipping, die Parteivorsitzende der Linken, kritisierte den zu niedrigen Regelsatz (ab Januar 399 Euro für einen Alleinstehenden), der eine gesellschaftliche Teilhabe unmöglich mache und Armut erzeuge. „Die Ideologie dahinter ist: Der Einzelne ist selbst schuld an seiner Situation.“ Ausdruck dafür sei ein Sanktionssystem, das die Würde der Menschen missachte, denn dazu gehöre auch, sich seine Arbeit frei aussuchen zu dürfen. „Es ist höchste Zeit für einen sozialpolitischen Neustart“, forderte sie. Matthias Zimmer (CDU) warf der Linken vor, in ihrem Antrag ein verzerrtes Bild zu entwerfen. Die Wirklichkeit ist jedoch: Die Arbeitsmarktreformen waren erfolgreich, die Massenarbeitslosigkeit ist vorbei. „Dennoch mussten und müssten einige „Stellschrauben“ nachgebessert werden, gab Zimmer zu und nannte unter anderem die Instrumentenreform und den Missbrauch von Zeitarbeit und Werkverträgen. Er verteidigte aber die Sanktionsmechanismen, weil Staat und Steuerzahler für ihre Unterstützungsleistungen auch eine Gegenleistung erwarten könnten. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) stellte klar, seine Fraktion wolle „Hartz IV“ nicht abschaffen, aber grundlegend reformieren. Das Reformgesetz habe nicht alles

schlechter gemacht. „Es ist aber auch nicht alles gut, denn Armut und Existenzängste sind gestiegen“, sagte Strengmann-Kuhn. Die Grünen fordern deshalb, das System zu vereinfachen, Eigenaktivitäten stärker zu belohnen sowie das Ziel der Existenzsicherung wieder in den Vordergrund zu rücken und ihre Vermischung mit der Arbeitsmarktpolitik aufzulösen.



4,4 Millionen Menschen bezogen 2014 Hartz-IV-Leistungen.

Martin Rosemann (SPD) verteidigte die Arbeitsmarktreformen als „im Grundsatz richtig und notwendig“. Sie seien die Konsequenz daraus gewesen, dass die Sockelarbeitslosigkeit immer weiter gestiegen sei. „Genau das haben wir damit beendet“, sagte er. Nur durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe hätten sehr viele Menschen überhaupt Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen bekommen. Als Fehler bezeichnete es Rosemann jedoch, nicht damals schon einen gesetzlichen Mindestlohn als Auffanggrenze eingeführt und bei der Leiharbeit Ausnahmen zugelassen zu haben. Diese Fehler seien aber korrigiert worden, sagte Rosemann. **Claudia Heine**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Grund zur Freude: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (li.) und der neue EU-Ratspräsident Donald Tusk in Brüssel. Der frühere polnische Premier Tusk leitete das erste Mal einen Europäischen Rat. © picture-alliance/ZUMAPRESS

Schikanen gegen die Opposition

WEISSRUSSLAND Die Bundesregierung sieht trotz einer gewissen Öffnung Weißrusslands zur EU keine Anzeichen für Fortschritte bei den Menschenrechten. Die Opposition sei fortgesetzt Repressalien ausgesetzt, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungs- und die Pressefreiheit seien weiterhin eingeschränkt, sagte eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Obwohl das Land hochgradig von Russland abhängig sei, habe der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko klare Zeichen gesetzt, sich von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin abzugrenzen und sich mehr zur EU zu orientieren. Mit Blick auf die Ukraine-Krise präsentiere sich Lukaschenko den Weißrussen vor der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr als Garant für Stabilität und Sicherheit. Die Opposition bleibe schwach und sei dauernden Schikanen ausgesetzt. So müsse man sich zum Beispiel registrieren, bevor man politische Kundgebungen veranstalten wolle. Wer dagegen verstoße, riskiere bis zu drei Jahre Haft. Zum anderen genieße die Opposition kaum Vertrauen in der Bevölkerung und sei zerstritten. So hätten sich die Oppositionsparteien nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl einigen können, sagte die Vertreterin des Auswärtigen Amtes. Positiv sei, dass die weißrussische Regierung angekündigt habe, EU-Wahlbeobachter ins Land kommen lassen zu wollen. Es gebe allerdings keine Hinweise darauf, dass die deutschen politischen Stiftungen wieder nach Belarus zurückkehren könnten. *jjb*

Milliarden-Bescherung

EUROPA Europäischer Rat sagt ja zu Junckers Investitionspaket. Weitere Krim-Sanktionen beschlossen

Weihnachtsgeschenke sollten eigentlich erst an Heiligabend ausgepackt werden. Doch die 28 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben die Bescherung vorgezogen. Das Präsent, das sie Ende vergangener Woche auf dem letzten EU-Gipfel in diesem Jahr gemeinsam auspackten, hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bereits im November geschnürt; es nennt sich „Investitionspaket“ und ist gefüllt mit 21 Milliarden Euro und einer großen Hoffnung: Dass diese Milliarden sich bis 2017 auf 315 Milliarden Euro vermehren und den Bürgern ein höheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze beschere (siehe „Stichwort“). Die EU-Chefs haben das Paket angenommen, doch es muss noch mit Leben gefüllt werden. Beschlossen wurde die Gründung eines Fonds, der für mögliche Verluste bei Investitionen haftet und private Geldgeber ermutigen soll, ihr Kapital in wachstumsfördernde Projekte zu leiten. Flankierend dazu verpflichteten sich die Regierungen zu Struktur- und Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.

Bis Juni 2015 sollen konkrete Projekte festgelegt werden. Die EU-Staaten haben schon mehr als 2.000 Vorschläge eingereicht, die Europäische Investitionsbank (EIB) soll sie nun prüfen und auswählen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte sich vor Beginn des EU-Gipfels für eine richtige Schwerpunktsetzung stark. „Wir müssen in Zukunftsbereiche investieren“, sagte sie in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag. Zu diesen zählte sie die digitale Wirtschaft, den Energiebereich, kleine und mittelständische Unternehmen und Elektromobilität. Die Projekte sollten in einem Projektbuch sichtbar werden, um ihre Umsetzung überprüfen zu können. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt pflichtete Merkel bei: „Der Erfolg des Paketes steht und fällt mit der Auswahl der richtigen Projekte.“ Es sollten wirtschaftlich tragfähige Wachstumsprojekte sein, mit denen keine Mitnahmeeffekte verbunden seien. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann betonte zudem die Bedeutung von Struktur- und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen, müsse Korruption bekämpft, Bürokratie abgebaut und Rechtssicherheit für Investitionen geschaffen werden.

Die Bundesregierung hat bereits Projekte im Volumen von 89 Milliarden Euro an Brüssel gemeldet. Der Breitbandausbau ist mit insgesamt 24 Milliarden Euro genauso dabei wie ein besserer Bahnanschluss des Hamburger Hafens oder die Vertiefung von Elbe und Weser. Die Erwartungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat die Regierung damit enttäuscht. Zwar bezeichnete deren Vorsitzende Katrin Göring-Eckardt das Investitionspaket als „wichtiges Zeichen an die Länder Europas“. Doch „Zukunftsbereiche“ fänden sich auf der deutschen Liste nicht. „Da stehen 7,5 Milliarden Euro für alte Autobahnen drauf, aber nichts für Klimaschutz, nichts für die Energiewende.“ Göring-Eckardts Fraktionskollege Manuel Sarrazin forderte die Regierung darüber hinaus auf, in drei Jahren zwölf Milliarden Euro in das Programm einzahlen, „statt als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU die Hand aufzuhalten für die Elbvertiefung“. Die Bundesregierung lässt bisher offen, ob sie sich mit eigenem Geld beteiligen wird. Die Grünen kritisierten überdies, dass über die Liste zuvor nicht im Parlament diskutiert worden sei. Sarrazin warf der Regierung vor, sie „im geheimen Stübchen mit Lobbyisten in Berlin abgestimmt“ zu haben. Das Vorgehen sorgte auch in den Reihen der Koalition für Unmut. Die Entscheidung über das Investitionsprogramm müsse „eine parlamentarische Aufgabe“

sein, forderte der SPD-Abgeordnete Axel Schäfer. „Das ist keine Frage von zwischenstaatlichen Vereinbarungen.“ Die Fraktion Die Linke lehnt Junckers Investitionsplan gänzlich ab. Er sei es „nicht geeignet, die Investitionslücke in der EU wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig zu schließen“, argumentierte sie in einem Entschließungsantrag (18/3559), der im Plenum jedoch keine Mehrheit fand. Die Linke fürchtet, dass die öffentliche Hand einseitig die Investitionsrisiken tragen werde. „Es geht nicht, dass ein Konzern eine kleine Gebühr bezahlt, sich die Investitionsbank dann Riesensummen von den Privatbanken holt, und wenn der Konzern zurückzahlt, ist es gut, wenn nicht, bezahlen es wieder einmal alle Steuerzahler“, schimpfte Fraktionschef Gregor Gysi. Die neue Sanktionen In Brüssel sprachen die Staats- und Regierungschefs auch über die Wirtschaftskrise in Russland. Sie machten deutlich, dass die Sanktionen nur dann gelockert werden können, wenn Moskau seine Ukraine-Politik ändert. Nur wenige Stunden vor Gipfelbeginn untersagte die EU europäischen Unternehmen jegliche Investitionen auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim. Unklar blieb, wie die EU der krisengeschüttelten Ukraine in Zukunft helfen will. *Johanna Metz*

STICHWORT
Juncker-Paket für mehr Wachstum und Beschäftigung
> Investitionsfonds Der neue „Fonds für strategische Investitionen“ (EFSI) soll mit 21 Milliarden Euro aus Mitteln der EU und der Europäischen Investitionsbank (EIB, Foto) ausgestattet werden. Durch die Beteiligung von privaten Geldgebern soll er bis 2017 europaweit Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro ermöglichen. Die Mittel sollen unter anderem in Projekte in den Bereichen Verkehr, Internet und Bildung fließen.
> Nationale Beiträge Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will, dass die EU-Mitgliedstaaten ebenfalls Gelder bereitstellen. Zusagen haben sie auf den Gipfel aber nicht gemacht.



Werben für die Impf-Allianz

ENTWICKLUNG Deutschland will bis zum Jahre 2020 insgesamt 500 Millionen Euro für die „Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung“ (GAVI) bereitstellen. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Thomas Silberhorn (CSU), vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit berichtete, hätten drei weitere Staaten umfangreiche Zusagen gegeben: Großbritannien wolle rund 1,25 Milliarden Euro bereitstellen, Kanada rund 350 Millionen Euro und Norwegen rund 170 Millionen Euro. Die Bundesregierung werbe um weitere Zusagen bei verschiedenen Partnern, darunter Italien, Frankreich und die Niederlande sowie China und eine Reihe arabischer Staaten. Deutschland wird im Rahmen der G7-Präsidentschaft 2015 Ende Januar Gastgeber der GAVI-Wiederauffüllungskonferenz in Berlin sein. Die Impfallianz will nach eigener Darstellung 300 Millionen Kinder zwischen 2016 und 2020 impfen und benötigt dafür rund 7,5 Milliarden US-Dollar. GAVI erreicht mit Abnahmegarantien erhebliche Preisnachlässe bei Impfstoffherstellern. Vertreter der Opposition thematisierten die medizinische Versorgung in Entwicklungsländern. Die Ebola-Krise habe gezeigt, dass der Aufbau von Gesundheitssystemen „fundamental“ sei, sagte ein Vertreter der Grünen. Die Linksfraktion bemängelte, dass Hilfsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ nicht von den durch GAVI bewirkten Preisnachlässen profitieren würden. Vertreter der Koalitionsfraktionen thematisierten unter anderem die vernachlässigten Krankheiten sowie die Frage, ob GAVI eine „Task Force“ bei Seuchenfällen wie Ebola aufbauen solle. *ahf*

Von der zweiten in die erste Reihe

EUROPA-AUSSCHUSS Vor 20 Jahren gegründet, hat das Gremium heute mehr Rechte denn je. Doch es gibt Reformbedarf

Als der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union am 19. Dezember 1994 erstmals tagte, standen vertraute Themen auf der Tagesordnung: Wachstum und Beschäftigung in der EU und die schwierige wirtschaftliche Lage in Mitgliedstaaten wie Frankreich und Spanien. Themen, über die zuvor auf einem EU-Gipfel beraten worden war und über die der damalige Außenminister Klaus Kinkel (FDP) dem frisch konstituierten Ausschuss nun berichtete. Zwei Jahrzehnte später konstatiert Gunther Krichbaum (CDU), der den Europausschuss seit 2007 leitet: „Das ist alles nach wie vor aktuell. Als hätte sich nichts geändert.“ Die Themen sind vielleicht die gleichen geblieben, das „zarte Pflänzchen“ (Krichbaum), das der Ausschuss im Gründungsjahr war, ist seither jedoch kräftig gewachsen – vor allem im Hinblick auf seine Rechte. „Ich sehe weit und breit kein europäisches Parlament, das annähernd über ähnliche Kompetenzen in Europa-Angelegenheiten verfügt, wie der Bundestag“, betonte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in der vergangenen Woche anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Ausschusses. Der Europausschuss sei „ein Sonderling unter den Bundestagsausschüssen“, beton-

te ein SPD-Abgeordneter. Und tatsächlich: Er ist ein kein Ministerium angebundenes, genießt Verfassungsrang und kann parlamentsersetzende Beschlüsse fassen. Und er profitiert in seiner täglichen Arbeit von den umfassenden Informations- und Mitwirkungsrechten in EU-Fragen, die dem Bundestag mit dem Vertrag von Lissabon und einem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2009 zuge-

standen wurden. Fakt ist: Ohne Zustimmungsgesetz des Parlaments darf die Bundesregierung heute keine großen Schritte auf EU-Ebene mehr machen. Alles gut also? Nicht ganz. Die Fraktionen sehen immer noch Baustellen. Das Gremium müsse selbstbewusster auftreten, fordern etwa SPD und Grüne, häufiger öffentlich tagen und die Zusammenarbeit mit den Europäischen Parlament vertiefen. Die Linksfraktion sieht noch Verbesserungsbedarf bei den erkämpften Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten. Seitens der Unionsfraktion hieß es, bei ressortübergreifenden Themen solle der Ausschuss öfter die Federführung innehaben. Vor allem aber müsse seine Rolle bei der Subsidiaritätsprüfung gestärkt werden. Bisher liegt die Hauptzuständigkeit hierfür bei den Fachausschüssen. Die Subsidiaritätsprüfung von EU-Vorhaben sei ein wichtiges Instrument, um sicherzustellen, dass die EU nur die Probleme löse, die sie tatsächlich besser lösen könne als die Mitgliedstaaten, betonte Krichbaum. Wie Lammert sprach er sich dafür aus, das Verfahren neu zu regeln und die Reihenfolge zu ändern: erst der Europausschuss, dann die Fachausschüsse. Letztere nämlich bestünden auf einer Zuständigkeit, die sie nicht wahrnahmen, kritisierte Lammert. Der Bundestag nutze seine seine Rechte daher bisher unzureichend. *jjb*



Bundestagspräsident Norbert Lammert (li.) und der Vorsitzende des Europausschusses Gunther Krichbaum (re., beide CDU) © DBT/Melde

Anzeige

Eine Studie zum Status-quo der Staatsschuldung



Die Staatsschuldung
Von Jens Benninghofen
2014, 306 S., geb., 88,- €
ISBN 978-3-8487-1619-7
(Successful Dispute Resolution, Bd. 2)
www.nomos-shop.de/23254

Sollte es ein „Insolvenzverfahren für Staaten“ geben? Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Frage beschreibt der Autor die Abläufe und Methoden der wichtigsten Staatsschuldungen des 20. und 21. Jahrhunderts und arbeitet die juristischen Probleme sowie die Handlungsoptionen der Staatengemeinschaft bei der Einbindung von Gläubigern grundlegend auf.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Der Bericht ist mehr als 6.700 Seiten stark und rührt an das Selbstverständnis einer Nation. Fünf Jahre lang untersuchte der Geheimdienstsausschuss des US-Senats unter Vorsitz der Demokratin Dianne Feinstein den Umgang des Auslandsnachrichtendienst CIA mit Terrorverdächtigen nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Der Inhalt jener 500 Seiten, die der Ausschuss Mitte Dezember öffentlich machte, sorgt nicht nur in Washington für hohe Wellen: Das US-Justizministerium gab demnach im Jahre 2002 der CIA grünes Licht für sogenannte „verschärfte Verhörmethoden“ – und machte damit den Weg frei für „Techniken“, die nach der von 156 Staaten und auch von der USA selbst ratifizierten „United Nations Convention against Torture“ nichts anderes als Folter darstellen. Die US-Senatoren dokumentieren in ihrem Bericht „Schläge und Griffe ins Gesicht, Stresspositionen, Einsperren in enge Kisten, Lärmbeschallung und Schlafentzug“ – bis hin zur Folter durch das sogenannte „Waterboarding“, dem simulierten Ertrinken des Gefangenen. Akteure der damaligen US-Regierung unter Präsident George W. Bush verteidigten nach Veröffentlichung des Berichts ihr Handeln: Die „verschärfen Verhörmethoden“ seien nötig gewesen, um weitere Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten zu verhindern. „Ich würde es sofort wieder tun“, sagte der frühere US-Vizepräsident Dick Cheney in einem Fernsehinterview. Der Senatsbericht indes kommt zu dem Schluss, dass die unter Folter erzwungenen Aussagen im Kampf gegen den Terror nicht hilfreich waren.

Strafverfolgung Im Bundestag sorgten die Erkenntnisse des US-Senats für ein fraktionsübergreifend eindeutiges Urteil: Folter, das geht gar nicht, erst recht nicht bei einem befreundeten Partner, der sich als Land der „Freiheit und der Menschenrechte“ sieht. In einer auf Verlangen der Linksfraktion angesetzten Aktuellen Stunde zur „Folter durch die USA und ihre Folgen für den weltweiten Kampf um Menschenrechte“ sprachen sich die Abgeordneten vergangene Woche zudem für eine juristische Aufarbeitung aus.

„Wir müssen unseren Freunden klar sagen, was geht und was nicht geht. Das, was dort passiert ist, geht nicht“, sagte Ulla Schmidt (SPD). Für Jürgen Trittin (Grüne) ist die Forderung nach Strafverfolgung zum Schutz der Würde des Menschen „keine akademische Forderung. Ohne sie gibt es keine Herrschaft des Rechts.“ Indem sich der Kampf gegen den Terror mit den Methoden der Terroristen gemein mache, legitimiere er sie. Auch Bernd Fabritius (CSU) konstatierte, dass es den Terroristen „auf fatale Weise leider ein Stück gelungen“ sei, das westliche Wertesystem zu erschüttern. Und Stefan Liebich (Die Linke) stellte fest, dass die USA „nicht besser als ein Unrechtsstaat“ handeln würde, wenn die Folterpraxis ohne juristische Konsequenz bleibe. Sein Fraktionskollege Wolfgang Gerhake fühlte sich nach der Lektüre des Berichts an Francisco de Goyas Bilder der spanischen Inquisition erinnern: „Es ist das Mittelalter, das wiederkehrt.“ Es müsse Schluss sein mit der „Geißel des körperlichen und geistigen Quälens“. Folter dürfe nicht straflos bleiben, sie müsse auch hierzulande strafrechtlich verfolgt werden, auch wenn sie von Behörden der USA verantwortet wurde, sagte der Linken-Abge-



Zeugnisse eines Sündenfalls

MENSCHENRECHTE Der Bundestag fordert Konsequenzen aus den US-Folterpraktiken im Kampf gegen den Terror

Fußfessel im US-Gefangenenlager Guantanamo, wo bis heute „ungesetzliche Kombattanten“ unter dem Verdacht des Terrors oder der Terrorplanung ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden.

ordnete. Nicht nur die „kleinen Folterer“, sondern insbesondere jene, die Folter angeordnet und politisch zu verantworten hätten, also der damalige US-Präsident, sein Vize und die verschiedenen CIA-Direktoren, müssten vor Gericht gebracht werden. Den seit 2002 amtierenden Bundesregierungen sprach Gerhake zudem die Glaubwürdigkeit ab: „Wussten die verschiedenen Bundesregierungen von den geheimen Foltergefängnissen? Sie wussten es alle; sie konnten davon wissen.“

»Exekutivgewalt ohne Kontrolle ist das Ende von Freiheit.«

Frank Heinrich (CDU)

Kontrolle Für Frank Heinrich (CDU) zeigen die Vorfälle, dass „unkontrollierte Exekutivgewalt“ das Ende von Freiheit bedeute. Das damalige Handeln der USA mache den Einsatz für die Menschenrechte auf einmal „bedingt glaubwürdig“ und führe dazu, dass sich „Unrechtsstaaten wie beispielsweise Nordkorea“ in ihrem Handeln legitimiert sehen könnten. Heinrich hob jedoch

auch hervor, dass die „Kontrollmechanismen“ in den USA letztlich funktioniert hätten – „wenn auch in diesem Fall zu spät“. Eine strafrechtliche Verfolgung der Taten nannte der CDU-Abgeordnete die „richtige Konsequenz für einen Rechtsstaat“.

Hans-Christian Ströbele (Grüne) dankte den Kongressabgeordneten, die mit ihrem Bericht die Folter der CIA aufgedeckt hätten. „Sie haben sich um unsere Werte verdient gemacht, um die Würde des Menschen, um Grundrechte und Menschenrechte auf körperliche Unversehrtheit und Leben.“ Seine Fraktion mache sich in einem Antrag (18/3558) dafür stark, dass der Bundestag von den Kollegen im US-Senat den vollständigen Bericht erbittet. „Wir zeigen nicht nur auf die USA, wir zeigen auch auf andere Staaten, europäische Staaten und Staaten außerhalb Europas, und wir zeigen auch auf Deutschland“, sagte Ströbele

»Wer das Folterverbot aufweicht, der schafft es ab.«

Christoph Strässer (SPD)

mit Verweis auf die Indizien zu CIA-Transportflügen von Gefangenen in Deutschland und CIA-Geheimgefängnissen in Europa.

Christoph Strässer (SPD) erinnerte daran, dass in der UN-Antifolterkonvention „gültige und wirkende Menschenrechte“ definiert seien: „Sie werden nicht vom Staat verliehen, sie kommen jedem Menschen zu aufgrund seiner Geburt, aufgrund seiner Würde und aufgrund seines Menschseins.“ Wer das Folterverbot aufweiche, der schaffe es ab. Strässer forderte rechtliche Konsequenzen, auch bei der Aufklärung in Deutschland. Zwar ließen sich Verantwortliche aus den USA nicht vor dem Internationalen Strafgerichtshof anklagen, aber das Völkerstrafrecht gebe auch deutschen Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit zu ermitteln. „Ich kann sie nur dringend auffordern, dies zu tun“, sagte Strässer.

Alexander Heinrich

Die Truppe bleibt

AFGHANISTAN Grünes Licht für »Resolute Support«-Mandat

Die Bundeswehr wird auch nach dem Ende des Isaf-Mandates der Nato ab 2015 mit bis zu 850 Soldaten in Afghanistan bleiben. Der Bundestag stimmte vergangene Woche in namentlicher Abstimmung für einen Antrag der Bundesregierung (18/3246) zur Bundeswehrbeteiligung an der Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission „Resolute Support“ (RSM). Heftig umstritten war in der Debatte die Frage, ob es sich um einen Kampfeinsatz handelt. Redner der Koalition verneinten dies und sprachen von einem Ausbildungsmandat. „Der Kampfeinsatz am Hindukusch endet“, sagte Nils Annen (SPD). Auch Andreas Nick (CDU) vertrat diese Auffassung. Schließlich hätten die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung in ihrem Land selbst übernommen. Nach Ansicht von Jan van Aken (Die Linke) lässt der Mandatstext sehr wohl auch den Einsatz von Spezialkräften zu, ebenso wie militärische Hilfestellungen für andere Nato-Soldaten. Ein Ausbildungsmandat vermochte auch Tom Koenigs (Grüne) nicht zu erkennen. Es gehe vorrangig um die Unterstützung geopolitischer Interessen der USA, kritisierte er. Die neue Mission sei kein Kampfeinsatz mehr, sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Es gehe darum, die

afghanischen Sicherheitskräfte klug zu beraten. Van Aken warf von der Leyen daraufhin vor, wissentlich die Unwahrheit zu sagen. Auch 2015 würden Bundeswehrosoldaten in Kämpfe verwickelt werden, sagte er. Von Nils Annen erntete er daraufhin den Vorwurf, dass die Linksfraktion mit „gezielten Provokationen“ eine ernsthafte Debatte über Afghanistan zu verhindern versuche. Rückblickend auf den Isaf-Einsatz räumte Annen ein, dass nicht alles gut gelaufen sei. Von einem kompletten Scheitern zu reden, sei jedoch falsch. „Afghanistan benötigt noch viele Jahre lang unsere Unterstützung“, sagte Tom Koenigs. Die Mission allerdings werde zur Sicherheit in dem Land nichts beitragen und gebe die falschen Signale. „Ich möchte, dass wir als Softpower in Afghanistan engagiert bleiben“, sagte der Grünenabgeordnete. Neben den bereits zugesagten 430 Millionen Euro für zivile Projekte, wäre es wünschenswert auch die 280 Millionen Euro, die der Militäreinsatz koste, dafür aufwenden zu können. Man schulde es allen, die sich für Afghanistan eingesetzt haben, dass das Land „nicht erneut ins Chaos zurückfällt“, sagte Andreas Nick. Die Entwicklung im Irak zeige, welche Folgen ein übereilter Abzug haben könnten, warnte er.



»Ich möchte, dass wir als Softpower in Afghanistan engagiert bleiben.«

Tom Koenigs (Grüne)

dem Land nichts beitragen und gebe die falschen Signale. „Ich möchte, dass wir als Softpower in Afghanistan engagiert bleiben“, sagte der Grünenabgeordnete. Neben den bereits zugesagten 430 Millionen Euro für zivile Projekte, wäre es wünschenswert auch die 280 Millionen Euro, die der Militäreinsatz koste, dafür aufwenden zu können. Man schulde es allen, die sich für Afghanistan eingesetzt haben, dass das Land „nicht erneut ins Chaos zurückfällt“, sagte Andreas Nick. Die Entwicklung im Irak zeige, welche Folgen ein übereilter Abzug haben könnten, warnte er.

hau

Umstrittener Bündnisfall

MITTELMEER Fortsetzung des »Active Endeavour«-Einsatzes

Die Bundeswehr beteiligt sich weiterhin an der Nato-Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer. Der Bundestag gab vergangene Woche den Weg frei für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (18/3247). Danach basiere die seit 2001 bestehende Operation zur maritimen Terrorismusabwehr auf Artikel 5 des Nato-Vertrags, dem Nato-Bündnisfall, obgleich die terroristische Bedrohungslage im Einsatzraum mittlerweile als „abstrakt bewertet“ werde.

Karl-Heinz Brunner (SPD) verwies auf die Bemühungen der Bundesregierung in der Nato, OAE vom Bündnisfall zu entkoppeln.

„9/11 darf nicht auf ewig als Begründung für diesen Einsatz gelten“, sagte Brunner und lenkte den Blick auf die USA und Frankreich, die in dieser Frage bereits Entgegenkommen signalisiert hätten. Der Einsatz selbst, die Routineüberwachung im Mittelmeerraum, sei als „wichtiger Teil europäischer, ja transatlantischer Sicherheitspolitik“ zu begrüßen. Ein vorzeitiger Ausstieg sei deshalb falsch. Stefan Liebich (Die Linke) nannte die Mission einen „überflüssigen Auslandseinsatz“, weil es eine konkrete Terrorgefahr im Mittelmeer weder damals gegeben habe noch heute gebe. Die Mittel für den Einsatz wären bei einer „wirklich wichtigen Mission“ besser aufgehoben: „Retten Sie doch lieber die Leben der Tausende an Flüchtlingen, die täglich versuchen, das Mittelmeer zu überqueren“, sagte Liebich. Philipp Mißfelder (CDU) warf seinem Vordredner daraufhin vor, dass die Linksfraktion mit ihrer „radikalpazifistischen Haltung“ auch einen solchen Bundeswehreinsatz ablehnen würde. Mißfelder gab zu Bedenken, dass die Terrorgefahr mit den Bündnissen radikal-islamistischer Kräfte im Nahen Osten eher noch steigen könnte. Im Mittelpunkt von „Active Endeavour“ stehe der „abschreckende Charakter“. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass die Koalition mit diesem Mandat „wichtige Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik“ beschädigen würde. „Wenn Sie aber Artikel 5 des Nordatlantikvertrages leichtfertig benutzen, um eine Mission, die sich vielfach mit Routineaufgaben im Mittelmeer beschäftigt, zu rechtfertigen, dann unterminieren Sie damit den Nordatlantikvertrag.“ Ein Entschließungsantrag seiner Fraktion (18/3591), in dem Bundesregierung aufgefordert wurde, die deutsche Beteiligung an OAE zu beenden, scheiterte am Votum der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD bei Zustimmung der Fraktion Die Linke.



»Retten Sie doch lieber die Leben der Tausenden Flüchtlinge auf dem Mittelmeer.«

Stefan Liebich (Die Linke)

„Wenn Sie aber Artikel 5 des Nordatlantikvertrages leichtfertig benutzen, um eine Mission, die sich vielfach mit Routineaufgaben im Mittelmeer beschäftigt, zu rechtfertigen, dann unterminieren Sie damit den Nordatlantikvertrag.“ Ein Entschließungsantrag seiner Fraktion (18/3591), in dem Bundesregierung aufgefordert wurde, die deutsche Beteiligung an OAE zu beenden, scheiterte am Votum der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD bei Zustimmung der Fraktion Die Linke.

aha

Der Schatten von Iguala

MEXIKO Opposition dringt darauf, die Verhandlungen über Sicherheitsabkommen auszusetzen

Angesichts der schwierigen Sicherheitslage in Mexiko fordern die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung dazu auf, die Verhandlungen über ein Sicherheitsabkommen zwischen Deutschland und dem mittelamerikanischen Land auszusetzen. Dazu haben die beiden Oppositionsfraktionen entsprechende Anträge vorgelegt, die vergangene Woche im Plenum des Bundestages debattiert und in die Ausschüsse überwiesen wurden. Beide Fraktionen verweisen in ihren Anträgen auf den Vorfälle in der mexikanischen Stadt Iguala. Dort wurden im September 43 Studenten entführt und vermutlich ermordet. An dem Verbrechen waren mutmaßlich bewaffnete staatliche Kräfte, politische Funktionäre und kriminelle Banden beteiligt, wie die Fraktion Die Linke in ihrem Antrag (18/3548) schreibt. Sie fordert, den bisherigen Verhandlungstext des Abkommens zu veröffentlichen und weitere Schritte unter Einbeziehung beider Parlamente und von Menschenrechtsorganisationen transparent zu machen. Die Grünen fordern in ihrem Antrag (18/3552), bei zu-

künftigen Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen die mexikanische Regierung stärker zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards sowie rechtsstaatlicher Prinzipien zu verpflichten. In Abkommen sollen verbindliche Kriterien für den Menschenrechtsschutz definiert werden und diese regelmäßig überprüft werden. Der Bundestag solle dann halbjährlich über diese Prüfung informiert werden. Heike Hänsel (Die Linke) sagte, das Sicherheitsabkommen würde nur der Legitimi-

on der korrupten Polizei dienen. Angesichts der systematischen, jahrelangen Menschenrechtsverletzungen in dem Land sei es eine Schande, dass sich Deutschland mit Kritik an Mexiko zurückhalte. Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, warum Sicherheitsabkommen bisher nicht Anforderungen oder Bedingungen im Hinblick auf Menschenrechte oder rechtsstaatliche Prinzipien enthielten. Ohne diese seien solche Abkommen aber nichts weiter als „Türöffner für den Absatz deutscher Sicherheitstechnologie und Waffen“.

Egon Jüttner (CDU) wies die Forderungen der Oppositionsfraktionen zurück. Man sei sich zwar in der Analyse der sicherheitspolitischen Lage in Mexiko einig. Aber gerade weil diese so schlecht sei, dürfe Mexiko von Deutschland und der Europa nicht alleine gelassen werden. Allerdings müsse man Bedingungen stellen und erst wenn diese erfüllt seien das Sicherheitsabkommen unterschreiben. Frank Schwabe (SPD) sagte, der Fall Iguala sei „symptomatisch für die generell vernichtende Menschenrechtslage in Mexiko“. Das Sicherheitsabkommen diene in seiner jetzigen Form leider kaum der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Bundesrepublik solle vielmehr den Aufbau von starken staatlichen Institutionen unterstützen. Denn das Fehlen dieser sei das Hauptproblem Mexikos.

Julian Burgert



Demonstranten fordern die Aufklärung der mutmaßlichen Morde an 43 Studenten.

»Ein großer Verlust«

NACHRUF Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat den Tod des langjährigen CDU-Abgeordneten Andreas Schockenhoff als „großen Verlust für die Deutschen Bundestag und unsere Fraktion“ bezeichnet, in der er vielen ein enger politischer Weggefährte und guter Freund gewesen sei. Schockenhoff war am vorvergangenen Wochenende im Alter von 57 Jahren zu Hause im oberschwäbischen Ravensburg verstorben. Er hinterlässt drei Kinder. Andreas Schockenhoff gehörte dem Bundestag seit 1990 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Ravensburg an. Zwischen 2006 und 2013 war er Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt. Seit 1994 leitete er die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe. Von 1998 bis 2005 war Schockenhoff Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss und stellvertretender außenpolitischer Sprecher, seit November 2005 stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. Der gebürtige Ludwigsburger hatte in Tübingen und Grenoble Romanistik, Germanistik und Geschichte studiert, 1985 folgte die Promotion.



A. Schockenhoff

DP

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Bürgerfest zum 25. Jubiläum des Mauerfalls: An der „Lichtgrenze“ entlang des früheren Todesstreifens am Brandenburger Tor in Berlin steigen am 9. November 2014 Ballons auf.

© picture-alliance/dpa

Wenn Geschichte Realität wird

GEDENKJAHR 2014 Im Lichte der Krisen in der Welt hat sich Deutschlands Identität merklich verändert

Dieses Jahr 1989 hat Europa in einer Weise verändert, wie es selten in einem einzelnen Jahr in der Geschichte durchgreifende und nachhaltige Veränderungen auf unserem Kontinent gegeben hat. Innerhalb weniger Monate hat sich die politische Landschaft Europas grundlegend neu gestaltet. Als Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am 7. November 2014 diese Sätze bei der Eröffnung der Debatte zur friedlichen Revolution vor 25 Jahren im Parlament sagte, da hätte man sie, mit ein paar verbalen Verschiebungen und Datenänderungen, fast genauso über die abgelaufenen Monate von 2014 aussprechen können. Dabei hatte es zu Beginn noch ganz anders ausgesehen: Eine Häufung von historischen Zäsuren, die intensives Erinnern geradezu herausfordern. Vor 100 Jahren der Beginn des Ersten Weltkrieges, vor 75 Jahren der Auftakt zum Zweiten Weltkrieg und schließlich vor 25 Jahren der Fall der Mauer in Berlin. Eine solche dichte Geschichtskette mit Merkmaldaten, die Deutschlands Verwerfungen wie Veränderungen im kurzen 20. Jahrhundert kaleidoskopisch bündeln, hat es in einer solchen knappen Zeitfolge wohl selten gegeben. Von einem besonderen Gedenkjahr zu sprechen, war daher nicht übertrieben. Und der Bundestag trug dieser Tatsache auch gebührende Rechnung, indem er sich gleich dreimal den historischen Ereignissen widmete, vor und nach der Sommerpause dem traurigen Erbe des Ersten und Zweiten Weltkriegs und dann natürlich dem außergewöhnlichen Glücksfall des Endes der deutschen Teilung.

Historiker als Stars So gerieten, ein eher ungewöhnliches Phänomen, zunächst renommierte Historiker zu den Stars der Szene. Allen voran der britisch-australische Autor Christopher Clark, der mit seiner „Schlafwandler“-Interpretation über den abschüssigen Weg in den Ersten Weltkrieg zum Publikumsmagneten in überfüllten Sälen avancierte; dicht gefolgt vom Berliner Kollegen Herfried Münkler, der mit seiner Deutung der „Welt von 1914-1918“ im verbalen Furioso vor allem gegen die vorgebliche Alleinschuld-These des Deutschen Kaiserreiches an der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ anwertete, eine Kontroverse, die die Deutschen seit Jahrzehnten umtreibt. Aber auch die Experten Gerd Krumeich aus Düsseldorf und Jörn Leonhard aus Freiburg waren vielerorts gefragte Diskutanten und Podiumsgäste. Es war sicher nicht die Forschung allein, die diese Wissenschaftler urplötzlich in die Öffentlichkeit und die Medien katapultierte. Viele ihrer Zuhörer und Leser, wohl auch Sympathisanten und Fans, verbanden mit den professoralen Darstellungen und kenntnisreichen Symbolisierungen ein Stück individueller Sehnsucht nach geschichtlicher Normalität: Nämlich dass Deutschland nicht schlechthin allein das Böse in der Weltgeschichte repräsentiert, sondern auch andere Mächte und Staaten

Verantwortung, auch Schuld an den Wirnissen und Abstürzen im „Jahrhundert der Extreme“ tragen, wie Eric Hobsbawm diese Vergangenheit klassifiziert hat. In dem erstaunlich auflackernden Geschichtsinteresse vieler Deutscher schwang also durchaus konkrete politische Verortung für die Gegenwart mit. Und diese Gegenwart holte alsbald die Historie ein.

Es ist der Chronist Jörn Leonhard, der seinem historischen Kompendium über den Ersten Weltkrieg den etwas gelehrt wirkenden Titel „Die Büchse der Pandora“ gegeben hat. Er greift dabei auf die Begebenheit zurück, dass die Kinder von Thomas Mann ein solches Theaterstück aus der altgriechischen Mythologie in der Sommerfrische von Bad Tölz aufführen wollten – und dass die Vorbereitungen zu dem geplanten Wochenendspaß abrupt abgebrochen wurden, weil am 1. August 1914 der „Große Krieg“ begonnen hatte. Die schöne Göttergestalt Pandora, die durch das Öffnen ihrer goldenen Büchse „das Elend in allen Gestalten“ über Erde, Luft und Meere verbreitete: Das wäre der Inhalt der kindlichen Kurzweil im Hause des Dichters Mann vor 100 Jahren gewesen. Was bei diesem Rückgriff auf eine ferne Sagenwelt zunächst als so akademisch gebildet erscheint, bekommt doch – als Schablone auf das Jahr 2014 gelegt – die Bedeutung und den Wert eines klugen Aphorismus. Das Elend in allen Gestalten, das innerhalb weniger Monate weltweit tief

in das Bewusstsein der Menschen drang; Ist es nicht die adäquate Beschreibung und solide Summierung zeitgemäßer Befindlichkeiten? Ukraine-Krise, Krim-Annexion, Putin-Eskapaden, IS-Terror in Irak und Syrien, 50 Tage Gaza-Krieg zwischen Israelis und Palästinensern, von den ungelösten „Altlasten“ wie Afghanistan, Somalia, Nigeria, Sudan, Mali zu schweigen, ebenso von den ungeklärten Euro-Problematiken und konstanten EU-Verlegenheiten wie den gescheiterten, inzwischen teilweise blutdurstigen Arabellionen. Dazu tödliche Seuchen wie Ebola in Westafrika, virulente Rassenunruhen in den USA, mörderische Drogenkriminalität in Mittel- und Südamerika, zunehmende Naturkatastrophen wie Waldbrände in Australien und Überflutungen durch rasende Taifune in Fernost. Und überall Vertriebene, Flüchtlinge, Asylanten, Heimatlose, nur noch in Millionen zu zählen. Das Mittelmeer, der Deutsche liebes Ferienparadies – ein tausendfaches Massengrab. Amerikas hartgesottener, weil erfahrungsgesättigter ehemaliger Außenminister Henry Kissinger spricht, wohl zu Recht, von einem „Chaos der Weltordnung“, in dem es keine festen Regeln und kompatible Konzepte mehr gebe.

Erinnerung und Krise Bei aller Erinnerungskultur, der sich der Bundestag 2014 widmete, zwang die Beschleunigung der internationalen Krisendynamik die Berli-

ner Parlamentarier recht drastisch in ihre Entscheidungspflichten. Dieser Dualismus wurde im Hohen Haus geradezu handgreiflich an einem milden Herbsttag. Denn kaum nach der Gedenkstunde am 10. September in Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren bestimmte die brüchige Gegenwart und deren Folgen für die Bundesregierung die Diskussion unter der Reichstagskuppel. Präsident Lammert hatte in seiner Rede dezidiert auf die deutsche Schuld beim Überfall auf Polen am 1. September 1939 hingewiesen und sich bekannt „zu unserer Verantwortung und zu den Lehren, die wir aus dieser Geschichte gezogen haben“. Gleichsam als Echo verlangte der amtierende polnische Staatspräsident Borislav Komorowski in einem aufrüttelnden Appell eine Debatte „über die Grundwerte, über die ethischen Fundamente“ Europas, mahnte zugleich aber auch die Fähigkeit an, „auf kreative Art und Weise Kompromisse zu schließen, um den vor uns stehenden Herausforderungen die Stirn bieten zu können“. Dabei ließ der prominente Gast aus Warschau keine Ungenauigkeiten aufkommen: „Wird Verständnis für angewandte Gewalt gezeigt, droht Europa eine Niederlage“, fügte Komorowski an. Beninliche Geschichtsstunde als nützliches Drehbuch? Wie eine konkrete Handlungsoption in einem grundstürzenden internationalen Krisenszenario für die Bundesregierung ausse-

hen kann, machte dann nur wenig später Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Bundestagsplenar klar: „Wir haben uns entschieden, die Sicherheitskräfte der kurdischen Regionalregierung mit Rüstungsgütern zu unterstützen.“ So knapp und sachlich der Satz daher kommt, er stellt doch einen markanten Einschnitt im außenpolitischen Gestaltungswillen Berlins dar. Zum ersten Mal entschied sich eine Bundesregierung, in einem Bürgerkriegs-

geschehen für eine Seite aktiv Partei zu ergreifen, in diesem Fall für die Peschmerga-Krieger in ihrem Kampf gegen die barbarischen Terrortruppen des „Islamischen Staates“ (IS). Die Reaktionen auf diesen Regierungsbeschluss reichten von Einverständnis und Zustimmung bis zu Veto und Tabubruch, je nach politischem Standort. Aber dass die Berliner Außenpolitik mit dieser Maßnahme eine neue Qualität erhielt, wurde schnell bewusst. Und dass es nicht dabei bleiben würde, die Regierungsentscheidung im Parlament nur zur Kenntnis zu nehmen, zeigt sich in diesen Tagen. Weil die Regierung Merkel den Bundeswehreininsatz zugunsten der Kurden im Nordirak unterstützen will, wird der Bundestag diese Auslandsmission nunmehr mit einem „robusten Mandat“ ausstatten, eine Umschreibung dafür, dass das dortige deutsche Engagement langfristiger und eindringlicher ist.

Allerdings hatte das Jahr 2014 mit einem ungewöhnlichen Signal begonnen: Auf der Sicherheitskonferenz im Januar in München forderte Bundespräsident Joachim Gauck in beschwörendem Ton vom eigenen Land mehr Verantwortung und Beteiligung in den Krisenregionen der Welt. „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen.“ Er fügte noch ausdrücklich hinzu: „Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein.“ Mit diesem Anspruch wurde Gauck, noch vor Ort, von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), demonstrativ gestützt und unterstützt, eine konzertierte Aktion rarer Konstellation.

Wechsel der Epoche Dass die präsidialen Zumutungen nach der medialen Erregungswelle nicht verschwanden, sondern hingegen einen öffentlichen Dauerbrenner in Gang setzten: Dafür sorgte dann die Entwicklung der internationalen Agenda. Die militärischen Abläufe in und um die Ukraine, von Putins Machtwillen wie Intransigenz immer wieder befeuert, und die kontinuierliche Eskalation von Gewalt und Terror in Nahost, mit der sich in dieser Zone ein entmenschter Fanatismus ausbreitet und festsetzt, sind deutliche Markierungen eines Epochenwechsels. Was nach der Zeitenwende 1989/90, nach nieder-

schmetternden Erfahrungen und traumatischen Verstörungen aus der Geschichte gebannt schien, nämlich Konkurrenz, Kontroverse, Konfrontation, Konflikt, Krieg, kehrt nun, mit ein paar anderen ideologischen Vorzeichen und geistigen Versatzstücken, in den politischen Alltag zurück. Das „Ende der Geschichte“, womit der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das Obsiegen der demokratisch-freiwirtschaftlichen Ordnung über das sozialistisch-repressive Zwangssystem begrifflich zu fassen suchte, erscheint im heutigen Kontext wie eine abnorme Spuklegende. In fast schon paradoxer Einmütigkeit warnen Henry Kissinger wie Michail Gorbatschow, Helmut Kohl wie Helmut Schmidt vor den Risiken, ja der „Tragödie“ eines neuen Kalten Krieges.

Identität im Wandel Unter der Wucht der veränderten politischen Dramatik wandelt sich auch Deutschlands Identität, nach außen und innen. Das unterscheidet die aktuellen Zuspitzungen von den früheren Anspannungen: Unter den drückenden Hypothesen der verkorksten und lange auch verlegneten Vergangenheit war letztlich die Option nie umstritten, in welchem Systemumkreis man sich für eine erträglichere Zukunft besser aufgehoben fühlen konnte. Der Historiker Heinrich August Winkler hat sie in der Metapher „vom langen Weg nach Westen“ auf den Punkt gebracht. Die fast unumstößliche Gewissheit dieser Richtung bildete den Kern der soliden, zuweilen auch langweiligen Stabilität der bundesdeutschen Demokratie.

Das ist jetzt anders. Wenn nicht alle Zeichen trügen, gerade die auf den Straßen und Plätzen, hat sich Deutschland unter dem Eindruck zunehmender Ungleichzeitigkeiten und beängstigender Unsicherheiten in der internationalen Politik nunmehr auf den Weg zu einer neuen Selbstfindung gemacht. Dadurch gerät das innere Gefüge der Bundesrepublik in Bewegung wie nie zuvor. Politische Grenzen, auch Abgrenzungen verschieben sich, Bündnisse zerfallen und setzen sich anders wieder zusammen, Verbindungen formieren sich, denen vormals jede Haltekraft gefehlt hätte. Der jüngste Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“, zu deren Unterzeichnern 60 bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien zählen, spiegelt diese Irritationen und Verworfenheiten. Immerhin appelliert er an die Bundestagsabgeordneten, „aufmerksam über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen“.

Das Gedenkjahr 2014: Die Erinnerung sucht sich andere Trampelpfade für das politische Morgen.

Heinz Verfürth

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Die Krisendynamik zwang die Parlamentarier in ihre Entscheidungspflichten.

Deutschland hat sich nunmehr auf den Weg zu einer neuen Selbstfindung gemacht.



Gedenken zum 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs: Polens Präsident Bronislaw Komorowski redet vor dem Bundestag.

© picture-alliance/AA

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Junge ist sechs, als die Probleme beginnen. In der 1. Klasse der Grundschule soll jeder Schüler sagen, wie er heißt, woher er kommt und was die Eltern machen. Yehya, Sohn palästinensischer Kriegsflüchtlinge, geht nach vorne und sagt wahrheitsgemäß über seine Eltern: „Die arbeiten nicht.“ Die Lehrerin beginnt zu schimpfen und erklärt dem Jungen, dass alle Eltern arbeiten müssten und seine Eltern den anderen damit quasi das Geld wegnähmen. Der Grundschüler ist geschockt, und sein Vater will die Sache klären. Die Antwort der Pädagogin lautet: „Lernen Sie erst mal Deutsch, Herr E., und kommen Sie dann wieder.“ Nun ist auch der Vater geschockt.

Rund 17 Jahre später, in einer persönlichen Erklärung vor dem Kriminalgericht in Berlin-Moabit, erinnert sich Yehya, einst jüngster und nun prominentester Intensivstrafäter aus Berlin-Neukölln, an diese Schlüsselszene zurück: „Ich wusste nicht, warum meine Eltern nicht arbeiten durften. Ich hatte keine Ahnung von Asylwerbergesetzen und von irgendwelchen Dingen wie einem Duldungsstatus, den der Staat uns gibt. Ich war sechs!“

Die Geschichte des staatenlosen Jungen Yehya, aufgeschrieben von dem Berliner Journalisten Christian Stahl, sollte eigentlich Mut machen und Auswege aufzeigen aus dem Kreislauf von ausländerbehördlichen Verboten, Kriminalität und vagen Hoffnungen. Aber dann wurde der für seine Intelligenz ebenso geachtete wie für seine Brutalität berüchtigte Junge, der einst als vier Wochen altes Baby aus einem Flüchtlingslager im Libanon nach Deutschland gekommen war, doch wieder rückfällig, landete vor Gericht und im Gefängnis.

Zwar ist erst unlängst im Bundestag die Asylgesetzgebung reformiert worden, aber noch immer können Asylbewerber und Geduldete mit Arbeitsverbot und Residenzpflicht belegt werden, auch wenn klar ist, dass Flüchtlinge wie im Fall der Familie E. nicht in einen Staat zurückkehren werden, den es formal gar nicht gibt. Mit ihrem Ermessensspielraum, das wird in diesem krassen Einzelfall Yehya deutlich, prägen Behördenmitarbeiter einen Lebensweg und ruinieren ihn womöglich auch. Das Leben von Asylbewerbern in den Grenzen der Asylgesetze ist ohnehin nicht einfach, wer aber kriminell wird, kann nicht mehr auf behördliche Nachsicht setzen.

Machogehabe Neukölln, rund 320.000 Einwohner, als Berliner Problembezirk mit derzeit 167 dokumentierten Intensivtättern bundesweit bekannt, kommt in dem Buch nicht gut weg, auch wenn der Kiez, um den es hier geht, sich seit Beginn der Recherchen 2007 fundamental gewandelt hat. Aus dem früheren Brennpunkt Nord-Neukölln ist ein beliebter Treffpunkt geworden mit Künstlern, Studenten, jungen Familien und einem originellen Kulturleben. Die Deutschen sind hier in manchen Gegenden in der Minderheit und werden, wie Stahl anmerkt, von den Arabern despektierlich als (vermutlich weiche) „Kartoffeln“ bezeichnet. Die Brutalität der „Gangs von Neukölln“ ist, so hat Stahl herausgefunden, ebenso erschreckend wie vorhersehbar, und erklärt dies so: „In all der Wut, die die selbsternannten Gangster von Neukölln in sich tragen, in all dem Machogehabe und dem brutalen Straßenleben schwingt diese unausgesprochene Sehnsucht mit: einer von uns zu sein.“

Die Feiertage stehen vor der Tür und das heißt auch: Zeit für Bücher. Hier zwölf Empfehlungen der Redaktion.



Das Ende aller Träume für den jungen Yehya: Bis voraussichtlich 2018 wird er im Gefängnis sitzen.

Wut auf alles

DER FALL YEHYA Der Journalist Christian Stahl schreibt über eine tragisch gescheiterte Integration in Berlin

sein.“ Aber nicht jeder Ausländer in Neukölln ist Araber und nicht jeder Araber ist kriminell, tatsächlich gerät nur eine kleine Minderheit auf Abwege, das dann aber bisweilen spektakulär.

Mit seinem Film „Gangsterläufer“ verhilft Stahl seinem damaligen Nachbarn Yehya, dem Jungen mit dem gewinnenden Lächeln, zu Prominenz weit über das lokale Milieu hinaus. Politiker werden auf den smarten Jugendlichen aufmerksam, der als „Boss der Sonnenallee“ in der Szene einen gefürchteten Ruf hat, sich blutige Schlägereien liefert und „Opfer“ in der ebenfalls berüchtigten Rütli-Schule sadistisch unterdrückt. Der Junge ist aber auch einsichtig, selbstkritisch und kann mäandrig wirken auf andere Jugendliche, er schafft Zugänge in eine schwer zugängliche Randgesellschaft.

Kein Pass Yehya ist zu intelligent und reflektiert für einen gewöhnlichen Schläger. Dass Leute von der Ausländerbehörde ihn einmal hilfsweise in die Ukraine abschie-

ben wollen und deutlich machen, dass in ihn nicht investiert wird und daher das Abitur auch nicht in Betracht kommt, verstärkt die in dem jugendlichen Energiebündel flackernde Wut. Der begabte Junge, schreibt Stahl, wollte immer nur raus aus der Kettenuldung, einen Pass, einen Führerschein, eigenes Geld, Abitur, eine Perspektive in Deutschland und keine Abschiebeandrohung in einen fremden Staat. Einmal beschreibt der Autor, wie der zwischenzeitlich geläuterte Yehya auf den Berliner Innensenator Ehrhart Körtig (SPD) trifft und fragt, warum er nicht arbeiten und Steuern zahlen dürfe. Körtig schweigt lange und räumt dann ein: „Da haben wir vielleicht einen Fehler im System.“

Integrationsfragen Stahl verteidigt die irren Gewalteruptionen des Jungen nicht, die auch dessen Vater, der einst im Nahen Osten ein angesehener und sehr erfolgreicher Geschäftsmann war, entmutigen, und wirkt an vielen Stellen hilflos und ratlos. Er würde gerne eine Erfolgsgeschichte der Integration dokumentieren, aber der Erfolg stellt sich letztlich nicht ein. Am 24. März 2014 wird der 23-jährige Yehya vom Berliner Landgericht wegen Raubes zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Gerade wer mit Asylfragen und Integrationspolitik zu tun hat, sollte das aufwühlende Buch, das von der ersten bis zur letzten Seite spannend und differenziert aufgeschrieben ist, lesen und seine Schlüsse ziehen. Die Botschaft des Buches ist gleichwohl zwiespältig: Niemand hat den jungen Araber gezwungen, in diese Sackgasse einzubiegen, und auch die Reaktionen der Ausländerbehörde und Gerichte sind jeweils nachvollziehbar. Dennoch lugt da eine dunkle Seite hervor, ein Verdacht, dass dieser demokratische deutsche Rechtsstaat, der für viele Flüchtlinge die letzte Rettung ist, über Jahrzehnte hinweg integrationsunwillig war und womöglich immer noch integrationsunfähig ist. *Claus Peter Kosfeld*



Christian Stahl:
In den Gangs von Neukölln.
Hoffmann & Campe
Hamburg 2014;
245 S., 17,99 €

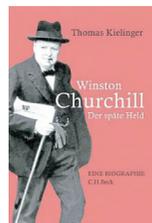
Der späte Held

BIOGRAFIE Thomas Kielinger über Winston Churchill

„Im Grunde war Winston Churchill ein Anachronismus“, schreibt Thomas Kielinger in seiner lesenswerten Biografie des britischen Staatsmanns. Einer der letzten Vertreter des britischen Imperiums, der zugleich der atlantischen Welt des 20. Jahrhunderts den Weg bahnte. Sein Todestag jährt sich 2015 zum 50. Mal, weshalb der langjährige London-Korrespondent der „Welt“ eine neue Biografie der, laut einer englischen Umfrage, „größten Figur der britischen Geschichte“ vorgelegt hat.

Kielinger beschreibt Churchill darin als Getriebenen, der sich jeder Eindeutigkeit verweigert. Politiker aus Leidenschaft, bekleidete er fast jedes Ministeramt seines Landes und hatte doch nie eine eigene Hausmacht. Seinen Lebensunterhalt bestreite der begeisterte Maler hauptsächlich durch journalistische Arbeit. Ausgebildeter Soldat, forderte Churchill mal mehr Geld für die Armee, mal kürzte er ihr den Haushalt. Der Spross eines der ältesten Adelsgeschlechter Englands war ein großer Gegner der Labour-Partei und radikaler Sozialreformer zugleich. Kielinger schildert Churchill als Menschen, der von „der Dauerinszenierung seines Egos“ lebte, als ehrgeiziger Exzentriker mit unbändigem Vorwärtstrend, auch aufgrund einer Neigung zur Depression.

In seinem Buch orientiert sich Kielinger an den politischen Etappen in Churchills Le-



Thomas Kielinger:
Winston Churchill Der späte Held
C.H. Beck,
München 2014;
400 S., 24,95 €

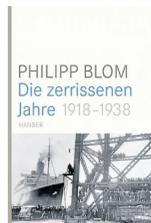
Die fremde Galaxie

1918-1938 Philipp Blom über Menschen auf der Suche

1920 nahm die schwarze amerikanische Jazzsängerin Mamie Smith in einem New Yorker Studio den Song „Crazy Blues“ auf, der in den USA zum absoluten Hit wurde. Das wäre nicht weiter ungewöhnlich. Aber für den Historiker und Journalisten Philipp Blom steckt mehr dahinter. Denn der Song wurde in dem strikt nach Rassen getrennten Land nicht nur von Schwarzen gehört. Er landete auch in den Wohnzimmern der weißen Mittelschicht, das war revolutionär, das gab es vorher nicht. Damit wurde zwar die Rassentrennung nicht überwunden. Aber das Beispiel zeigt, dass zentrale gesellschaftliche Normen plötzlich in Frage gestellt wurden.

In seinem Buch „Die zerrissenen Jahre. 1918-1938“ beschreibt Blom nicht die großen weltpolitischen Ereignisse. Sein Ziel ist vielmehr, sich auf der Folie dieser Ereignisse dem Lebensgefühl der vom Ersten Weltkrieg und der Moderne gezeichneten Menschen und Gesellschaften anzunähern: Was ängstigte sie? Was inspirierte sie? Wovon träumten sie? Welchen Utopien folgten sie? Dieser Zugang zu Geschichte hat sich schon in seinem Werk „Der taumelnde Kontinent“ bewährt, weil man nah dran ist, weil Blom es als Journalist versteht, Leser an eine Geschichte zu fesseln. Es ist aber letztlich ein Buch für Eingeweihte, denn nur mit einem gewissen Vorwissen lassen sich die Episoden einordnen.

Jedem Jahr dieser Epoche widmet Blom ein Kapitel und rückt dabei ein Phänomen in den Mittelpunkt. Man lernt nicht nur etwas über den Jazz und über die Ausweichmanöver der US-Bürger in Zeiten der Prohibition. Man wird mit dem Überlebenskampf verwundeter Kriegsveteranen und dem Schicksal ermordeter ukrainischer Bauern konfrontiert, genauso wie mit der Entdeckung fremder Galaxien. Die Suche nach etwas, an das man glauben kann, gehört zu den grundlegendsten menschlichen Bedürfnissen, schreibt Philipp Blom. Wohin das führen kann, veranschaulicht kaum eine Epoche so gut, wie die von Blom wegen seiner Verwerfungen so genannte „Zeit des temporären Waffenstillstands“. Diese Resonanzen der Geschichte einzufangen, ist ihm zweifellos gut gelungen. *Claudia Heine*



Philipp Blom:
Die zerrissenen Jahre 1918-1938
Hanser,
München 2014;
576 S., 27,90 €

Nur die Liebe zählt

EHE Die Einstellungen ändern sich seit der Romantik

Verliebt – verlobt – verheiratet: Dieser Kinderreim ist in vielen Patchworkfamilien fast schon in Vergessenheit geraten, gab aber gleichwohl dem Buch von Monika Wienfort den Titel. Darin schildert sie die Geschichte der modernen Ehe seit der Romantik. Und sie lässt in ihrem facettenreichen und lesenswertem Werk kein Thema aus, das mit der Ehe verbunden ist: Sie behandelt Rechtsfragen, regionale Heiratsmuster, Hochzeitsgeschenke, Heiratsannoncen, die Schwiegermutter sowie Gesetz und Sitte.

Freie Entscheidung Dabei wird deutlich, dass sich im 19. Jahrhundert die Einstellung der Ehe fundamental änderte. Da werden einerseits die rechtlichen Bestimmungen über die Ehe immer präziser, in dem Name, Wohnsitz, Mitgift und Erbschaftsfragen geklärt werden, andererseits wird die romantische Liebe erstmals zum Motiv einer Verbindung. Unter den patriarchalen Bedingungen des 19. Jahrhunderts bedeutete deshalb die Liebe für die Frauen eine erste Möglichkeit zu freier Entscheidung.

Besonders anschaulich wird dies in den fünf Kapiteln über auch heute noch bekannte Ehepaare und ihre gemeinsames Leben. Da geht es um Caroline und Wilhelm von Humboldt, Clara und Robert Schumann, das Kaiserpaar Victoria und Friedrich III., Katia und Thomas Mann und Freya und Helmut James von Moltke. Wienfort konstatiert am Ende ihrer Geschichte der Ehe, dass sich diese „in einem Prozess der Individualisierung zu einer rei-

nen Liebesfrage entwickelt“ habe, „in der es um die Dichotomie von Freiheitsgewinn und Abhängigkeit geht“. Die Liebe habe in der Epoche seit der Romantik an Bedeutung gewonnen, weil geliebt zu sein eine „persönliche Anerkennung“ bedeute und ein „positives Selbstwertgefühl“ verschaffe; die Ehe sei „als eine Möglichkeit, das Geliebten sozial zu dokumentieren“, erkannt worden und bleibe daher bis heute eine wichtige Institution.

Doch diese Institution scheint zu bröckeln, wie die Historikerin feststellt. Jede dritte Ehe in Deutschland wird geschieden. Immer mehr Paare heiraten erst gar nicht, ziehen nicht einmal mehr zusammen: 40 Prozent aller Haushalte sind Ein-Personen-Haushalte. Noch gibt es 18 Millionen Ehepaare in Deutschland, aber auch schon 2,7 Millionen Alleinerziehende. Während die Ehe einst mit bestimmten Lebensvorstellungen eng verknüpft war, so haben sich diese Verbindungen inzwischen bei vielen aufgelöst. *Michael Klein*



Monika Wienfort:
Verliebt, verlobt, verheiratet.
C. H. Beck,
München 2014;
336 S., 24,95 €

Ein dramatisches Leben

RASSISMUS Ein Deutscher aus Mosambik blickt zurück

„Leben wie die Götter“ – bei Ibraimo Alberto geht es dabei nicht um Zeus & Co, sondern um Menschen wie Antonio Ferreira, „dem weißen Gott, dem Mann, dem wir alle gehörten“. So war das jedenfalls in den 1960er Jahren in Charonga, wo der kleine Ibraimo aufwuchs, „weit draußen im Dschungel“ Mosambiks. Das Land im Südosten Afrikas war noch portugiesische Kolonie, Charonga „Teil einer portugiesischen Sklavenfarm“ und Ferreira der Mann, „der über unser Leben und über unseren Tod verfügte“. Als der schwarze Junge erstmals dessen Haus betritt, wird ihm schwindlig angesichts der „Pracht“ – Tische, Stühle, Schränke –, hat er doch bisher „fast nur Strohhütten gesehen, in denen es so gut wie nichts gab“.

Massaker Er sollte noch weit mehr zu sehen bekommen, im Guten wie im Bösen. Das Kind erbettelt sich die Erlaubnis, als einziges seines Stammes zur Schule zu gehen, 18 Kilometer hin, 18 Kilometer zurück. Als er von der Dschungelschule in die Stadt wechselt, entkommt er nur knapp weißen „Fängern“, die schwarze Kinder entführen und als Arbeitskraft verkaufen; später, nach der Unabhängigkeit des nun vom Bürgerkrieg zerrissenen Landes, überlebt er 1977 als einer von acht ein Massaker, das Weiße an seiner Schule verübten. 1981 kommt Alberto als Vertragsarbeiter in die DDR, wo er in Ost-Berlin als Fleischer arbeitet und in einem Boxverein Karriere macht, aber auch erleben muss, dass ein Freund aus Mosambik „eines der ersten Mordopfer Rechtsradikaler in der DDR“

wird. Die Liebe zieht ihn 1990 nach Schwedt, er gründet eine Familie, lässt sich einbürgern, boxt in der Bundesliga, wird Ausländerbeauftragter der Stadt, „der erste schwarze Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik“. Von Ministern als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ geehrt, muss er sich ständigen Drohungen, Schmähungen und Angriffen von Neonazis erwehren, eine Belastung, an der schließlich seine Ehe zerbricht und die ihn 2011 nach Karlsruhe wechseln lässt.

Ibraimo Alberto und sein Co-Autor Daniel Bachmann erzählen diese erstaunliche Lebensgeschichte unprätentios und doch packend, mal bedrückend, mal belustigt, ob es nun um den Alltag im afrikanischen Dschungel geht oder um den alltäglichen Rassismus, den Alberto hier – auch – erlebt hat. Das Buch ist nicht nur angesichts der aktuellen Flüchtlingsdebatten zu empfehlen, berichtet es doch unausgesprochen auch von der Würde eines jeden Menschen, die „unantastbar“ und gleichwohl so oft bedroht ist. *Helmut Stoltenberg*



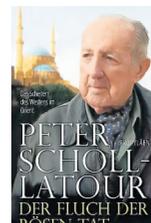
Ibraimo Alberto:
Ich wollte leben wie die Götter
Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2014;
254 S., 14,99 €

Urknall in Teheran

NAHOST Peter Scholl-Latour über den »Fluch der bösen Tat«

Sag, wie hältst Du es mit Putin? Peter Scholl-Latour, der im August 90-jährig verstarb, hatte dazu eine eindeutige Haltung. Mag man Russlands Präsidenten als expansionsstüchtigen Autokraten oder als glühenden Patriot einordnen, selten sei ihm ein „dümmere Ausdruck“ begegnet, als der Vorwurf, ein „Putin-Versteher“ zu sein. „Der Fluch der bösen Tat“ ist der Titel des letzten Werkes des unermüdeten Welterkundens. Ob Ukraine, Syrien oder Irak – das heillose Durcheinander ethnischer, religiöser und ideologischer Konflikte ordnet Scholl-Latour gewohnt souverän in historischen Analysen ein, unterfüttert durch den Augenschein und die Wiedergabe seiner Gespräche mit Akteuren. Seine These: Solche Konflikte sind immer auch Teil eines „Great Game“, eines „Versteckspiels der Weltpolitik“ – und so mancher Faden des Knäuels führe in den Westen.

für die endlose und tragische Gegnerschaft zwischen Teheran und Washington. Immer wieder kommt der Autor auf die Spaltung der islamischen Welt zurück, die er in eine „alte Todfeindschaft zwischen des Kalifats der Omayyaden und der Abbasiden“ einbettet. So gesehen erscheint der Krieg in Syrien und im Irak im Lichte eines alten religiösen Bruderkzwistes, als Versuch sunnitisch geprägter Länder eine „schiitische Landbrücke“ zwischen Levante und Persischem Golf zu verhindern. Kritiker haben Scholl-Latour oft einen kalten Blick vom Feldherrenhügel vorgeworfen. In seinem letzten Werk zeigt er sich als ein dem Orient zutiefst zugewandter Beobachter, der weniger „westliches Wunschenken“ und mehr „psychologisches Einfühlungsvermögen“ in Mentalität und Geschichte der anderen einfordert. *Alexander Heinrich*



Peter Scholl-Latour:
Der Fluch der bösen Tat.
Propyläen,
Berlin 2014;
252 S., 24,99 €



Schreckensszenario: Der Mensch unter einer totalen Kontrolle, der er sich teils freiwillig, teils unfreiwillig unterwirft.

© picture-alliance/dpa

Großer Bruder überall

DIGITALE WELT Stefan Aust und Thomas Ammann schreiben ein aufrüttelndes Buch über die Gefahren des Internets

Die digitale Revolution verändert die Menschheit ähnlich tiefgreifend wie die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Mit rasender Geschwindigkeit bewegen wir uns in die Welt von Big Data, künstlicher Intelligenz und neuartiger Kommunikationsmöglichkeiten wie Technikversprechen. Aber all das birgt auch riesige Gefahren der totalen Kontrolle aller Bürger, was spätestens die Enthüllungen Edward Snowdens der Welt vor Augen geführt haben. Über diese Schattenseiten des Internets haben Stefan Aust und Thomas Ammann ein Buch („Digitale Diktatur“) verfasst. Es ist gut recherchiert und bietet eine nützliche Zusammenstellung des komple-

xen Thomas Aust, „Welt“-Herausgeber und Ex-„Spiegel“-Chefredakteur, sowie Ammann, „Stem“-Vizechefredakteur, spannen den Bogen von der Internet-Entstehung, den ersten Hackeraktivisten, illegalen Aktivitäten von Geheimdiensten bis hin zu den Daten-Kraken wie Google und den Visionen künftiger Cyberkriege. Das Buch beginnt mit dem Schock in den USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem Aufbau eines riesigen digitalen Überwachungssystems durch den US-Geheimdienst NSA. Amerikanische Internetkonzerne wie Google, Facebook, Apple, Twitter oder Microsoft wurden gezwungen, ihre Daten den US-Sicherheitsbehörden zur Verfügung zu stellen. Somit haben die Schlapphüte von jenseits des Atlantiks Zugriff auch auf die Daten jedes Deutschen, dessen Internetaktivitäten über amerikanische Server geleitet werden – was Abermillionen betrifft bis hin zum Handy von Kanzlerin Angela Merkel (CDU).

„Wir können davon ausgehen, dass die im Grunde alles überwachen, was wir digital tun“, sagt Aust. Zu den Stärken des Buchs gehören die Gespräche mit den ersten Cyber-Dissidenten aus dem NSA-Apparat, William Binney und Thomas Drake. Die Whistleblower geben tiefe Einblicke in den Ausbau der gigantischen Infrastruktur des NSA-Überwachungssystems. Auch andere Länder

werden thematisiert, so der „hemmunglose Datenklau“ chinesischer Internetspione bei westlichen Firmen. Für die Autoren ist der alles überwachende „Big Brother“ aus Onwells düsterem Zukunftsroman „1984“ längst da, als „Big Data“. Aber „Gegen Big Data ist Big Brother ein Zwerg“, schreibt Aust. Erleichtert wird der Raubzug gegen die Daten aber durch den modernen Bürger selbst. Längst vorbei sind die Zeiten des Bürgeraufstands gegen die bundesdeutsche Volkszählung Anfang der 1980er Jahre. Heute twittern, googeln oder facebooken vor allem die mit dem Internet aufgewachsenen jungen „Digital Natives“ drauf los und stellen dabei bedenkenlos ihre Daten ins Netz. „Wissen wir auch, worauf wir uns da eingelassen haben und wohin das möglicherweise führen wird?“, fragen Aust und Ammann. Wieviele Smartphone-Besitzer sind sich der Fähigkeiten dieses „Spions in der Hosentasche“ bewusst, der uns mit Mailen, Twittern, Googeln wie mit Mikrophon, Kamera oder Ortungs-App zum gläsernen Bürger auf der StraÙe macht. So wissen große Internet-Konzerne und

Geheimdienste mittels immer feinerer Algorithmen längst Bescheid über die Gewohnheiten von Millionen Bürgern. Die Gefahren auch des politischen Missbrauchs dieser ewig gespeicherten Daten sind groß, sagt Ammann: „Wir liefern ein Instrumentarium, das für jede Diktatur der Welt – und wir können ja nicht ausschließen, dass es auch in unseren Bereichen wieder einmal die Diktatur gibt – sofort einsatzbereit ist.“ Die Autoren sehen in der „totalen Kontrolle, der der Mensch sich teils freiwillig, teils unfreiwillig hergibt, eine Art von Diktatur“. Und zwar die „strengste Diktatur, was Überwachung anbetrifft, die es jemals auf dieser Erde gegeben hat“. Wobei der neue „Big Brother“ heute auch „im Gewand des freundlichen Alltagshelfers daherkommt“, wenn das Paket der mit unseren Daten gespickten US-Firma Amazon vor der Haustür steht. Gegen solche Gefahren mahnen Aust und Ammann eine Art „Gesellschafts-Update“ an. „In dem Maße, in dem sich unser Leben und unsere Persönlichkeit mehr und mehr im Internet abbilden, müssen die digitalen

Persönlichkeitsrechte Schritt halten.“ Das „digitale Ich“ müsse vergleichbare Rechte genießen wie das „reale Ich“. Dazu gehöre auch die vollständige Kontrolle über die gespeicherten Daten. An dieser Stelle wäre eine ausführliche Beleuchtung des Aspekts des letztlich industriepolitischen Großkonflikts zwischen den monopolartigen amerikanischen IT-Firmen und der hier weitgehend hilflosen EU nützlich gewesen. Bisher diktiert auf diesem Feld die US-Gigante die Spielregeln. Seit der Debatte nach Snowdens Enthüllungen wird deren heile Welt empfindlich gestört. Die Lobbyisten des digitalen Amerika beschwören „Gefahren für das freie, offene Internet“. Aber letzteres wäre gar nicht in Gefahr, wenn Daten in Europa nicht über außereuropäische Wege weitergeleitet werden. Für die Datensicherheit und gegen Großmächte-Spionage wären ein „Schengen-Routing“ und eine souveräne europäische IT-Industrie Voraussetzung. Und in Deutschland endlich Gesetze, die dem technisch Machbaren im rasant fortschreitenden IT-Bereich Schritt halten. Angesichts heutiger technischer Möglichkeiten und des ungehemmten Gebarens von Staaten wie Konzernen mag die Forderung eines „digitalen Ichs“ utopisch klingen. Aber die Geschichte zeigt, dass alle Gegenwehr gegen vermeintlich übermächtige Gegner zunächst aussichtslos erschien.

»Das digitale Ich muss vergleichbare Rechte genießen wie das reale Ich.«
S. Aust und T. Ammann



Stefan Aust, Thomas Ammann:
Digitale Diktatur. Totalüberwachung, Datenmissbrauch, Cyberkrieg
Econ Verlag, Berlin 2014; 352 S., 19,99 €

Ein bissiges Plädoyer

EUROPA Joschka Fischer analysiert die gegenwärtigen Krisen

Europa lebt in und mit der Krise. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu und ebenso wenig spektakulär wie die gelegentlich vernehmbar Folgerung, dass es weiterhin großer Anstrengungen bedarf, das Krisendasein zu überwinden, will Europa nicht an Einfluss auf der Weltbühne verlieren. Gleichfalls ist bekannt, dass es das Lager derer gibt, die in einer stärkeren Einheit und Einigkeit den Schlüssel sehen, die Probleme des Kontinents zu überwinden. Diesem Lager fühlt sich Joschka Fischer, ehemals Vordenker und Frontmann von Bündnis 90/Die Grünen, zugehörig. Auch das überrascht wenig. Denn als Außenminister der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) hat Fischer immer wieder als überzeugter und überzeugender Europäer agiert. Also liefert das neueste Werk des Mannes, der sich nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik der Interpretation der außenpolitischen Zeitläufe verschrieben hat, klare Antworten auf die im Buchtitel formulierte Frage „Scheitert Europa?“. Diese Antworten beginnen in der Regel mit einem „Ja, jedenfalls wenn nicht ...“ und bestechen durch klar formulierte Schlussfolgerungen, denen eine präzise Analyse historischer Abläufe vorausgegangen ist. Europa, durch die übrigens keinesfalls überwundene Finanzkrise ohnehin ins Straucheln geraten, belaste nach der russi-

schon Aggression in der Ukraine auch noch eine strategische Sicherheitskrise. Die Union erhalte dadurch eine neue, eine machtpolitische Dimension. Die russische Expansionspolitik sei eine strategische Kampfansage an die aktuelle europäische Ordnung; folglich sei „Putins Kriegspolitik“ auch eine Gefahr für das europäische Projekt, schreibt Fischer. Als Ausweg betrachtet der Autor ein starkes Deutschland, das sich im Zusammenspiel mit Frankreich seiner wirtschaftlichen Kapazitäten besinnt und die Rolle als europäische Zentralmacht ausfüllt. Das Werk ist ein bissig vorgetragenes Plädoyer für mehr Selbstbewusstsein und Reformbereitschaft in der Europäischen Union. Auch wer anderer Meinung als Fischer ist, sollte sich die Lektüre des Buches nicht entgehen lassen.



Joschka Fischer:
Scheitert Europa?
Kiepenheuer & Witsch, Köln 2014; 160 S., 17,99 €

GrüÙe an die Genossen

GEHEIMDIENST Wie die Stasi Oppositionelle und die eigenen Leute am Telefon belauschte

„Horch-und-Guck“ – so nannte der DDR-Volksmund das Ministerium für Staatssicherheit, kurz Stasi. Dass der Geheimdienst Bürger ausspähte, ist nicht neu. Bekannt ist auch, dass er Telefonate abhörte. In welchem Ausmaß das aber geschah, offenbaren erst jetzt zwei Forscher aus der Stasi-Unterlagenbehörde. In ihrem mehr als 1000 Seiten starken Buch „Fasse Dich kurz“ machen Ilko-Sascha Kowalczyk und Arno Polzin Abhörprotokolle und Hintergründe der Schnüffelei erstmals öffentlich. Ein heikles Unterfangen: Die Abhöraktionen der Stasi waren auch nach DDR-Recht meist illegal und nur in Ausnahmefällen durch eine Staatsanwaltschaft angeordnet. Nach der Wende galt es, die Persönlichkeitsrechte der Opfer zu wahren. Acht Jahre brauchten die Herausgeber deshalb, um das Projekt zu realisieren. Sie wählten 150 Dokumente aus und holten von den mehr als 250 Belauschten die Erlaubnis ein, sie auszuwerten und veröffentlichten zu dürfen. Herausgekommen ist ein Bericht, der interessante Einblicke nicht nur in die Schnüffelmethode der Stasi, sondern auch in das Wirken der DDR-Opposition in letzten Jahren vor dem Mauerfall gewährt. Protokolliert sind Gespräche, die Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley, Wolfgang Templin oder Gerd Poppe mit Unterstützern und Freunden im Westen und in Osteuropa geführt haben. Sie dokumentieren

Zerwürnisse, Missverständnisse und Ängste, aber auch erstaunlichen Mut. Und sie zeigen, wie geschickt die Oppositionelle die Lauscher für ihre Zwecke einspannten – denn dass sie belauscht wurden, war ihnen völlig klar. „Wir haben in nahezu jedem Gespräch GrüÙe an die Genossen ausgerichtet“, erzählte Templin einmal, und Poppe berichtete: „Vieles von dem, was da besprochen wurde, konnte und sollte die Stasi wissen. Man musste ja nicht unbedingt erwähnen, wo das Kopiergerät steht, das Petra Kelly mitgebracht hat.“

Kostbares Wissen Der Staatssicherheit ging es nicht nur um Informationen über die Pläne und Strategien der DDR-Opposition. Sie wollte auch Privates erfahren. Ehekrise, Seitensprünge, Alkoholprobleme – Wissen, das die Stasi nutzte, um Menschen unter Druck zu setzen und Psychogramme zu erstellen. Sie waren Basis für „Zersetzungmaßnahmen“ mit denen Andersdenkende im SED-Staat müÙbe gemacht werden sollten. Dafür scheuten die Lauscher keinen Aufwand. In der zuständigen Abteilung 26 in Ost-Berlin arbeiteten 436 Mitarbeiter rund um die Uhr im Schichtdienst. Weil Tonbänder Mangelware waren, mussten sie rasch wieder bespielt werden, nur jedes zehnte Gespräch wurde protokolliert. Oft schrieben die Mitarbeiter nur Zusammen-

fassungen. Die Qualität der Mitschnitte war wegen der knackenden und rauschenden Leitungen miserabel, die Auswertung entsprechend schwierig. Von einer Komplettüberwachung war die Stasi weit entfernt, wie der Bericht offenbart. Das DDR-Telefonnetz war marode, lediglich 4.000 Leitungen konnten gleichzeitig abgehört werden. Die Überwachung konzentrierte sich daher auf drei Gruppen: Oppositionelle sowie Stasi-Mitarbeiter und Kader mit Westkontakten; das Misstrauen untereinander war offenbar groß. Den erhofften Nachweis, dass die DDR-Opposition vom Westen aus gesteuert sei, konnte der Geheimdienst auch durch das Mithören nicht erbringen. Denn: Eine solche Lenkung hat es nicht gegeben. Zu diesem Schluss kamen die Stasi-Forscher nach Auswertung der Akten.



Ilko-Sascha Kowalczyk, Arno Polzin (Hg.):
Fasse Dich kurz!
Festschrift, Göttingen 2014; 1.060 S., 59,99 €

KURZ REZENSIIERT

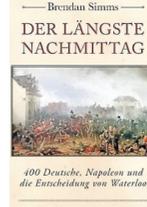
Olaf Gersemann
Die Deutschland-Blase
Das letzte Hurra einer großen Wirtschaftsnation
Deutsche Verlags-Anstalt, München 2014; 320 S., 19,99 €

Untergangspropheten sind vermutlich so alt wie die Menschheit. Besonders stark kommen Untergangspropheten im Wirtschaftsbereich an: Geld wird wertlos, Massenarbeitslosigkeit kommt. Auch nach der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise haben Negativszenarien Hochkonjunktur, weil viele Menschen glauben, dass diese Krise nicht vorbei ist oder noch stärker zurückkommen könnte. Autoren machten mit Titeln wie „Der Crash ist die Lösung“ ein Vermögen. In diese Kerbe schlägt auch Olaf Gersemann mit seinem Buch „Die Deutschland-Blase“. Er hält Deutschland für einen „Scheinriesen“, dessen Lage schöngepredet wird. Die Konsequenzen, die Gersemann aus seinem Datenmaterial zieht, sind falsch. Die Beschäftigungszahlen sind auf historischen Höchstständen, Einwanderung wird dringend gebraucht, um mit dem Arbeitskräftemangel fertig zu werden. Die Eurozone ist stabilisiert, und 2015 wird das Wachstum kräftig zunehmen. Das ist alles andere als eine Blase. h/e



Mark Leibovich:
Politikzirkus Washington. Wer regiert eigentlich die Welt?
Sagas Edition, Stuttgart 2014; 428 S., 19,99 €

Ein US-Politik-Insider schreibt über US-Politik-Insider für US-Politik-Insider – oder solche, die es werden wollen. Mark Leibovich, Hauptstadtkorrespondent des „New York Times Magazine“, nimmt in seinem Werk „Politikzirkus Washington – Wer regiert eigentlich die Welt?“ süffisant die Politikszene der amerikanischen Hauptstadt auseinander. Journalisten, Politiker, Lobbyisten, Berater – niemand ist vor seiner scharfzüngigen Begutachtung sicher. Leibovichs Buch ist schon allein deswegen so amüsant zu lesen, weil er selbst Teil eben jenes Zirkus ist, den er sich vornimmt. Es ist allerdings auch erschreckend, denn zwischen all dem Klatsch und Tratsch, den der Autor hervorholt, zeichnet sich ein Bild einer politischen Kaste ab, die inestios verwohen und selbstbezogen ist. Es sei gar nicht so sehr die Polarisierung des politischen Diskurses in Washington, die tiefen Grabenkämpfe zwischen Republikanern und Demokraten im US-Kongress, sondern der Fokus auf den eigenen Vorteil, der die Politik lähmt, resümiert der Autor. Das zu ändern sei auch Präsident Barack Obama und seinem Team nicht gelungen.



Brendan Simms:
Der längste Nachmittag
C. H. Beck, München 2014; 191 S., 18,95 €

„Ich wollte es wäre Nacht oder die Preußen kämen.“ In den frühen Abendstunden des 18. Juni 1815 erfüllten die Preußen General Wellingtons Wunsch. Sie waren jedoch nicht die einzigen Deutschen, die bei Waterloo gegen die Franzosen unter Napoleon kämpften. An der Seite von Wellington Briten standen Nassauer, Braunschweiger und Hannoveraner. Als die Preußen schließlich entscheidend in die Schlacht griffen, war Deutsch die meist gesprochene Sprache auf dem Schlachtfeld. Die Geschichte eines dieser Verbände, der Königlichen Deutschen Legion, und ihres Beitrags zur Niederlage Napoleons erzählt der irische Historiker Brendan Simms in „Der längste Nachmittag“. 400 Mann der Legion, die sich aus Soldaten des mit Großbritannien durch Personalunion verbundenen Kurfürstentums Braunschweig-Lüneburg rekrutierte, verteidigte über Stunden das Geföh La Haye Sainte gegen die Angriffe der Franzosen. Dies verschaffte Wellington genug Zeit, um Napoleons Armee gemeinsam mit den Preußen zu schlagen. Der Titel des Buches ist sicherlich nicht zufällig gewählt. Wie der amerikanische Journalist Cornelius Ryan in seinem Buch „Der längste Tag“ über die Landung in der Normandie 1944 erzählt Simms das Schlachtgeschehen vor allem aus Sicht der Soldaten und verleiht ihnen somit individuelle Gesichter.

Weitere Hilfen für Griechenland

HAUSHALT Das Hilfsprogramm für Griechenland kann verlängert werden. Dies beschloss der Bundestag vergangenen Donnerstag, in dem er einen Antrag des Bundesministeriums der Finanzen zur technischen Verlängerung und Fortführung der Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands (18/3532) mit großer Mehrheit zustimmte. Lediglich die Linksfraktion und ein Abgeordneter der Union votierten dagegen. Danach wird das laufende Programm, aus dem noch 1,8 Milliarden Euro der durch das EFSF-Programm bereitgestellten Darlehenssumme zur Auszahlung anstehen, um zwei Monate bis zum 28. Februar 2015 verlängert. Zudem stimmte der Bundestag zu, grundsätzlich eine vorsorgliche Finanzhilfe in Form einer vorsorglichen Kreditlinie mit erweiterten Bedingungen in Höhe von bis zu 10,9 Milliarden Euro für bis zu zwölf Monaten zu gewähren.

Neue Kreditlinie Für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat Griechenland einen schwierigen Weg hinter sich, der noch nicht zu Ende ist. Allerdings sei das Land jetzt in einer besseren Verfassung als viele es vor einiger Zeit für möglich gehalten hätten. So werde Griechenland 2015 wieder wirtschaftliches Wachstum haben, das auf drei Prozent geschätzt werde. „Die Anstrengungen beginnen sich für Griechenland auszuzahlen“, sagte der Minister. Deshalb sei es auch wichtig, dass das Hilfsprogramm zu einem guten Abschluss gebracht werde. Die technische Verlängerung, bei der es um die Auszahlung von noch ausstehenden 1,6 Milliarden Euro gehe, sei vertretbar und notwendig. Allerdings müsse Griechenland auch die verabredeten Reformen umsetzen.

Für die Absicherung der glaubhaften Fortsetzung der Reformen sei auch die Kreditlinie in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro notwendig, betonte Schäuble. Dafür müssten keine neuen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, da die Summe aus dem laufenden Programm geholt werde.

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Dietmar Bartsch, hielt das Hilfsprogramm insgesamt für eine „falsche Strategie“. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF kontrolliere praktisch den griechischen Staatshaushalt. Er wies darauf hin, dass diese Politik dazu geführt habe, dass die Renten in Griechenland um 40 Prozent gesunken seien, die Arbeitslosigkeit stark gestiegen sei und dass die Menschen nach zweijähriger Arbeitslosigkeit nicht mehr krankensichert seien. Eine Politik mit diesem Ergebnis sei „zynisch und völlig falsch“.

Auch Carsten Schneider, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, erkannte an, dass die Bedingungen des 240-Milliarden-Euro-Hilfspakets den Menschen viel aberlanger hätte. „Aber was wäre die Alternative gewesen?“, fragte er und wies darauf hin, dass Griechenland wieder positive Wachstumszahlen habe. Es gehe wieder voran.

Programm ändern Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sven-Christian Kindler, erkannte die Fortschritte in Griechenland ausdrücklich an. Er forderte allerdings Änderungen beim Anpassungsprogramm, um es sozial ausgewogener zu gestalten. Außerdem sei ein konditionierter Schuldenschnitt notwendig. Er kritisierte scharf, dass der Bundestag durch den Antrag des Finanzministeriums jetzt schnell entscheiden müsse, obwohl noch nicht alle Unterlagen vorliegen würden. Es sei auch noch Zeit gewesen, darüber im Januar zu entscheiden, betonte er.

Demgegenüber konnte der Abgeordnete Norbert Barthle (CDU) keine Einschränkungen der Rechte des Bundestages erkennen. Der Antrag entspreche den Beteiligungsrichtlinien des Parlaments, sagte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. *Michael Klein*



Innenansicht der Schachanlage Asse: Mehr als 125.000 Fässer Atomwaste lagern unter Tage.

© picture-alliance/dpa

Evaluierung soll es richten

ASSE Im Begleitprozess hakt es. Bundesamt strebt einvernehmliche Lösung für Zwischenlager an

Es herrsche „Eiszeit“ zwischen dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und der Asse-2-Begleitgruppe (A-2-B), titelte jüngst in einem Blog-Beitrag die Antiatominitiative „ausgestrahlt“ über die Beziehung zwischen BfS und A-2-B. Zuletzt hatte es immer wieder öffentliche Auseinandersetzungen, etwa über eine geplante Veranstaltung zur Notfallvorsorge, zwischen BfS und Begleitgruppe gegeben.

Auch während eines öffentlichen Fachgesprächs über die Situation in der havarierten Atomwasteanlage Asse II im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zeigten sich die Konfliktfelder – zumindest aus Sicht von BfS und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). BfS-Präsident Wolfram König und Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im BMUB, stellten sich den Fragen der Ausschussmitglieder. Vertreter der A-2-B saßen – zum Unmut einzelner Ausschussmitglieder – auf der Besuchertribüne, sie sollen im Januar 2015 vor dem Ausschuss sprechen. Im Kern, so lassen sich die Einlassungen von Schwarzelühr-Sutter und König zusammenfassen, träten die Arbeiten in der Asse in eine neue Phase und so müsse sich auch der Begleitprozess – und die A-2-B – neuen Herausforderungen stellen. Als Lösung setzen König und Schwarzelühr-Sutter auf eine bereits begonnene Evaluierung des Verfahrens durch eine externe Gutachterin.

Geschichte der Asse Die Asse ist eines der großen Sorgenkinder der deutschen

Atompolitik, ein in Salz getriebener Fehlschlag. Zwischen 1964 und 1978 wurde die Schachanlage des ehemaligen Salzbergwerks nahe der niedersächsischen Stadt Wolfenbüttel als Quasi-Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Abfall genutzt. Laut BfS, das den Betrieb der Anlage erst 2009 übernahm und sich auf Angaben des vorherigen Betreibers beruft, lagern dort mehr als 125.000 Fässer mit den strahlenden Altlasten. Später wurde die Asse als Forschungsstätte genutzt. Wissenschaftler testeten hier zum Beispiel Möglichkeiten, hochradioaktive Abfälle in Salz zu lagern – mit Blick auf den damals favorisierten, knapp 100 Kilometer entfernten Endlagerstandort Gorleben.

Anfang der 1990er kamen Zweifel an der Stabilität der Anlage auf, schließlich zeigte sich: Die Anlage ist überhaupt nicht endlagerfähig. Durch den Druck des Gebirges dringen laut BfS täglich rund 12.000 Liter salzhaltiges Grundwasser ein. Zudem gibt es Probleme mit bereits vorhandener Feuchtigkeit in der Anlage, die auch schon teilweise in bergmännische Verschleißung der Asse die favorisierte Lösung. Proteste der Öffentlichkeit und zunehmende Zweifel an der Redlichkeit des Alt-Betreibers führten schließlich zum Kurswechsel. Die Asse wurde dem Atomrecht unterstellt, der Betreiber ausgewechselt. 2007 schließlich wurde mit dem „Arbeitskreis Optionenvergleich“ ein Gremium etabliert, das alternative Konzepte zur Schließung der Anlage ausarbeiten sollte, zudem gründete sich im Landkreis Wolfenbüttel die Be-

gleitgruppe. Mitglieder sind unter anderem Kommunalpolitiker und Vertreter von Umweltverbänden und -initiativen. 2010 fiel die Entscheidung, dass eine Rückholung der Abfälle aus dem Lager die beste Option sei. Sie soll frühestens 2033 abgeschlossen sein. Daran wird nun gearbeitet. Aktuell werden laut BfS zwei Lagerkammern erkundet und die darin gelagerten Abfälle untersucht, um Rückschlüsse, etwa über die Strahlenbelastung, für die weiteren Arbeiten zu ziehen. Zudem beginnen die Planungen für die weiteren Schritte – alles unter den kritischen Augen der Öffentlichkeit. König und Schwarzelühr-Sutter stellten bei dem Fachgespräch beide klar, dass der Beteiligungsprozess sehr wichtig sei. Nicht nur die technischen Herausforderungen, sondern eben auch die Beteiligung der Öffentlichkeit machten das Projekt zu einem „Pilotprojekt“, stellte

Schwarzelühr-Sutter klar. Der Betreiber, das BfS, habe die Aufgabe, die komplexen Sachverhalte für Öffentlichkeit und Beteiligte nachvollziehbar aufzuarbeiten. „Transparenz gehört einfach dazu“, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin. Die Akteure vor Ort hätten die Aufgabe, Planungen und Entscheidung von BfS und anderer Beteiligten „kritisch zu hinterfragen“. Allerdings habe der Betreiber auch rechtliche Vorgaben umzusetzen, was dazu führe, dass nicht über jeden Dissenzpunkt unbegrenzt diskutiert werden könne. Da künftig „konkrete Entscheidungen“ anstünden, werde der Prozess eher schwerer als leichter, daher sei eine Evaluierung angebracht. Man sei überzeugt, den weiteren Weg konstruktiv miteinander gehen zu können, sagte sie. Ähnlich argumentierte König. Auch wenn das BfS die „letztendliche Verantwortung“ habe, sei der Anspruch, „möglichst Vieles gemeinsam zu entscheiden“, betonte er.

Ein Grundproblem sei, dass sich das Vorhaben über Jahrzehnte hinziehen werde. Dafür brauche es eine Begleitgruppe als „stabilen Partner“, die sich klar in Hinblick auf Rolle und Mandat sein müsse. Es müsse ein Bürgerbeteiligung organisiert werden, die „über Jahrzehnte trägt“ und nicht „persönlichen Einzelinteressen anheimfallen kann“.



Betonierungsarbeiten in der Asse

© picture-alliance/dpa

Dazu gehöre auch, im Konfliktfall unterschiedliche Auffassungen so zu akzeptieren, dass keine „Handlungsunfähigkeit“ entstehe – dafür existiere derzeit noch kein Mechanismus. König verwies in diesem Kontext auf Drainagemaßnahmen in der Schachanlage, über die einerseits zwei Jahre lang intensiv mit der Begleitgruppe diskutiert worden sei, zu deren Realisierung er andererseits rechtlich angehalten sei. „Wir müssen parallel umsetzen“, sagte König. Das sei eine andere Situation als etwa in Hinblick auf Planungsprozesse, die erst später umgesetzt werden müssen.

Suchprozess ausgesetzt Letzteres trifft auf das mögliche Zwischenlager für die zu bergenden Abfälle zu. Wolfram König bestätigte, dass das Bundesamt für Strahlenschutz bereits seit Mitte des Jahres den Suchprozess für einen Standort ausgesetzt habe, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Fachlich spräche alles dafür, „grubennah“ ein Zwischenlager zu errichten. Das zeige auch die jüngst vom BfS auf ihrer Webseite veröffentlichte Parameterstudie. Da es aber „keine Akzeptanz vor Ort“ gebe, sei die Planung zunächst unterbrochen worden. Zur Klärung der Zwischenlagerfrage sei es zudem auch notwendig, zu wissen, wo die Abfälle danach hinkommen sollen. Es solle keine „Dauer-einrichtung“ entstehen. Man brauche einen belastbaren Weg, „der bis zum Ende beschrieben ist“, sagte der Präsident des BfS. *Sören Christian Reimer*

»Wir haben den Anspruch, möglichst vieles gemeinsam zu entscheiden.«

Wolfram König, Bundesamt für Strahlenschutz

Im Maut-Streit sieht Dobrindt die EU an seiner Seite

VERKEHR Opposition hält die geplante Infrastrukturabgabe für »peinlich, unverträglich und unbeherrschbar«

Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hält trotz Kritik der EU-Kommission an der PKW-Maut fest. Während einer von Grünen beantragten Aktuellen Stunde vergangenen Donnerstag sagte der Minister, die Infrastrukturabgabe sei „fair, sinnvoll und gerecht“. Aus Sicht der Opposition gehört der Gesetzentwurf hingegen „in den Papierkorb“, wie sowohl Oliver Krischer (Grüne) als auch Herbert Behrens (Die Linke) urteilten. Das Gesetz sei untauglich, um eine verkehrspolitische Wirkung zu erzielen, sagte Behrens. Von einer „Fortsetzung des Betreuungsgeldes in der Verkehrspolitik“ sprach Krischer.

Die Ausländermaut diskriminiere Besucher aus dem Ausland, sei europarechtswidrig und werfe riesige Datenschutzprobleme auf, bemängelte Krischer. Zugleich kritisierte er die SPD, die versuchen würde, den Eindruck zu erwecken, sie hätte mit der Maut nichts zu tun. Es sei zutreffend, dass in einer Koalition Kompromisse eingegangen werden müssten. „Das heißt aber nicht, dass man Schwachsinn beschließen muss“, sagte der Grünen-Abgeordnete. Kritik übe er auch daran, dass im Gesetz nicht festgeschrieben sei, dass deutsche Autofahrer nicht belastet werden. „Am Ende“, so seine Prognose, „werden auch die deutschen Autofahrer zahlen.“

Systemwechsel Mit der Infrastrukturabgabe werde ein Systemwechsel vorgenommen, sagte Dobrindt. „Wir gehen von einer überwiegend steuerfinanzierten zu einer nutzerfinanzierten Infrastruktur über“, sagte er. Die EU sieht der Minister dabei

„auf unserer Seite“. Schließlich plädierte die Kommission ebenfalls für den Übergang zu einer Nutzerfinanzierung. Die Abgabe sei zudem von allen Nutzern zu entrichten, deutschen wie auch ausländischen, machte Dobrindt deutlich. Durch die Änderung der Kfz-Steuer würden Doppelbelastungen vermieden. „Es wird keine Mehrbelastung für deutsche Autofahrer geben“, betonte der Verkehrsminister. Bei Minister Dobrindt werde die Ausländermaut zur Infrastrukturabgabe, kritisierte Herbert Behrens (Die Linke). Mit Marketingprüchen werde man der Lage aber nicht gerecht, fügte er hinzu. Weder im Verkehrsausschuss noch vor dem Plenum des Bundestages sei es Dobrindt gelungen, nachzuweisen, warum die Abgabe fair, sinnvoll und gerecht sei und weshalb die Argumente der Opposition gegen die Planungen falsch seien. Seiner Ansicht nach sei die Maut „peinlich, unverträglich und unbeherrschbar“.

Nach Ansicht von Sebastian Hartmann (SPD) ist die Aufregung um den Gesetzentwurf völlig unangebracht. „Wir stehen gerade erst am Anfang des parlamentarischen Verfahrens“, sagte er und riet der Opposition abzurufen und sich an den konkreten Vorschlägen abzuhalten. Seine Fraktion habe klare Bedingungen für das Gesetz formuliert, betonte er. „Wir werden verhindern, dass überhaupt ein deutscher Autofahrer belastet wird“, sagte Hartmann. So stehe es im Übrigen auch im Koalitionsvertrag. Es gehe um die Finanzierung der Infrastruktur in Deutschland, machte Steffen Bilger (CDU) deutlich. 500 Millionen Euro, die ausschließlich von ausländischen Autofahrern getragen würden, seien dabei ein wesentlicher Beitrag. Mit Blick auf die Mautpflicht in anderen europäischen Ländern sagte Bilger, mit der Pkw-Maut mache man mit der Benachteiligung der deutschen Autofahrer Schluss. *Goetz Hausding*

Anzeige

STOLL
Gebäude-Service
www.stoll-gebäude-service.de
info@stoll-gebäude-service.de

August-Bebel-Str. 20
33602 Bielefeld
Tel. 0521 - 17 14 66
Fax 0521 - 17 14 16

Wir wünschen allen Kunden eine schöne Weihnachtszeit sowie ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2015.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Bußgeld wird verdoppelt

VERKEHR I Das Fahrpersonalgesetz für Lkw-Fahrer wird geändert. Dies beschloss der Bundestag vergangenen Donnerstag, indem er den Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Fahrpersonalgesetzes (18/3254) in geänderter Fassung auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (18/3586) mit großer Mehrheit annahm. Mit dem Gesetz soll die Verordnung (EU) Nr. 165/2014 umgesetzt werden, in der die Wirksamkeit und die Effizienz des Fahrtenschreibersystems für Fahrzeuge zur Güter- und Personenbeförderung sowie die Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten der Lkw-Fahrer geregelt wird. Für die Umsetzung in deutsches Recht ist unter anderem eine Anpassung der Fahrpersonalverordnung und der Bußgeldvorschriften erforderlich. Auf Antrag der beiden Koalitionsfraktionen wurden unter anderem der Bußgeldrahmen für Verstöße von 15.000 Euro auf 30.000 Euro verdoppelt und die Kontrollmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden der Länder erweitert. Damit übernimmt der Bundestag die Anregungen des Bundesrates. Die Länderkammer forderte weiter, dass die Lkw-Fahrer ihre wöchentlichen Ruhezeiten nicht mehr in einer „nichtfesten Unterkunft“ wie dem Lkw selbst verbringen dürfen. Dies sollte demnächst durch eine Rechtsänderung europaweit geregelt werden. *mik*



Für den Ausbau der Bahn stehen in den kommenden Jahren 28 Milliarden Euro zur Verfügung.

© picture-alliance/dpa

Antrag: Häfen besser anbinden

VERKEHR II Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) soll zukunftsfest gestaltet werden. Einen entsprechenden Antrag der beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD (18/3041) nahm der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (18/3563) vergangene Woche mit großer Mehrheit an. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Bundesregierung im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel durch Ausbau sowie die Nutzung verkehrstechnischer Möglichkeiten die Erreichbarkeit der deutschen See- und Binnenhäfen optimieren. Weiter soll die geplante Einrichtung von 18 neuen Wasserstraßen- und Schiffsamtstern mit dem Ziel der regionalen Entscheidungskompetenzen gemeinsam mit den Beschäftigten zügig umgesetzt werden. Zur Deckung des Fachkräftebedarfs sollen die bestehenden Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die gesetzlichen und tariflichen Regelungen konsequent genutzt werden. Schließlich soll die Bundesregierung die zuständigen Fachausschüsse jährlich über den Fortschritt und weitere Maßnahmen bei der Umsetzung der WSV-Reform informieren, schreiben die Fraktionen. Dagegen lehnte der Bundestag den Antrag der Grünen „Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung konsequent fortsetzen“ (18/1341) ab. Die Abgeordneten forderten darin von der Bundesregierung, das Zuständigkeits-Anpassungsgesetz zur Reform der WSV dem Deutschen Bundestag bis Dezember 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen und die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Bonn in den bisherigen Außenstellen in Aurich, Hannover, Kiel, Magdeburg, Mainz, Würzburg und Münster zusammenzuführen. *mik*

Pünktlicher und schneller

VERKEHR Die Bilanz der Bahnreform fällt zwiespältig aus. Milliardeninvestitionen angekündigt

Vor 20 Jahren wurde aus der vom Staat betriebenen deutschen Bundesbahn die Bahn AG, ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Pünktlich zum Jahrestag debattierte der Bundestag vergangenen Donnerstag über die Bilanz der „Bahnstrukturreform“. Anlass war die Antwort der Bundesregierung (18/3266) auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke (18/1500). Insgesamt fällt die Bilanz unterschiedlich aus. Für die Bundesregierung und die Koalition hat sich die Bahnstrukturreform mit staatlicher Verantwortung für die Infrastruktur und privatrechtlicher Organisationen der Deutschen Bahn AG (DB AG) insgesamt bewährt. Sie will diese auch fortsetzen.

Trendwende Die negative Entwicklung bis zum Jahr 1993 konnte danach durch die Bahnreform gestoppt und eine Trendwende eingeleitet werden. So sei die Verkehrsleistung auf der der Schiene in den Jahren 1994 bis 2012 im Personenverkehr um 36 Prozent, davon im Nahverkehr um 68 Prozent und im Fernverkehr um sieben Prozent gestiegen. Im Schienengüterverkehr habe die Verkehrsleistung bis 2013 um 59 Prozent zugenommen. Auch die wirtschaftlichen Ergebnisse der DB AG würden die erfolgreiche Entwicklung belegen. So habe die DB AG ihre Umsatzerlöse, Produktivität und Jahresergebnisse deutlich steigern können. Die DB AG habe sich zu einem wirtschaftlich erfolgreichen und international tätigen Unternehmen entwickelt.

Die Opposition sieht dies anders. Für die Linksfraktion sind zum Beispiel zentrale Ziele der Reform wie die Entlastung der öffentlichen Haushalte, mehr Kundenfreundlichkeit und die Steigerung der Verkehrsanteile der Bahn nicht erreicht worden. Die tatsächlichen Zahlungen sind laut Fraktion etwa gleichgeblieben. Auch der Verkehrsmarktanteil der Bahn sei nur leicht gestiegen. Zudem konnten die Abgeordneten keine „erhebliche Steigerung“ der Kundenfreundlichkeit und Servicequalität feststellen. Auch die von den Bahnreformbefürwortern erwartete Senkung der Fahrpreise sei nicht eingetreten. Außerdem sei die zugesagte Beschäftigungssicherung bei der DB AG nicht erreicht worden, da im Inland rund 175.000 Arbeitsplätze seit 1994 abgebaut worden seien. Deshalb forderte die Linksfraktion auch in einem Entschließungsantrag (18/3560) erfolglos, eine Kommission einzurichten, die eine zweite Bahnreform vorbereiten solle.

Neuer Schwung Um der Reform neuen Schwung zu geben, hat das Verkehrsministerium und die DB AG fast gleichzeitig mit der Debatte eines der größten Investitionsprogramme der letzten Jahre vereinbart. Dieser Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) stimmte nach dem Verkehrsausschuss vergangene Woche auch der Haushaltsausschuss zu. Danach soll die Bahn deutlich pünktlicher und schneller werden. Dafür will der Bund dem Unternehmen von 2015 an jährlich rund vier Milliarden Euro für die Reparatur des

Schiennetzes zur Verfügung stellen – mehr als eine Milliarde Euro mehr als bislang geplant. „Das ist ein absolutes Rekordniveau. Das Geld soll dazu dienen, alte Gleise, Weichen oder Signale auszutauschen sowie marode Brücken zu sanieren. Züge könnten dann an vielen Langsamfahrstellen im Netz schon bald wieder schneller fahren.“

Milliardeninvestitionen Insgesamt will die Bahn so bis zum Jahr 2019 28 Milliarden Euro ausgeben. Bis zu 850 Baustellen gleichzeitig wird es dann im 34.000 Kilometer langen Streckennetz geben, noch einmal 50 mehr als heute. Was eine Herausforderung für das Unternehmen ist, wird so auf jeden Fall für alle Bahnfahrer zu einer täglichen Geduldprobe werden. Zu den 28 Milliarden steuert der Finanzminister 20 Milliarden Euro hinzu, den Rest muss die Bahn selbst erwirtschaften. Die Aufstockung der Bundesmittel werden nötig, weil Bahn-Chef Rüdiger Grube in der Vergangenheit mehrfach darüber geklagt hatte, dass das bislang vom Bund für den Erhalt des Netzes zur Verfügung gestellte Geld nicht ausreichen würde. Ähnlich wie in der Straßeninfrastruktur seien viele Brücken wegen ausbleibender Sanierungen in den vergangenen Jahren heute nicht mehr verkehrssicher. Grube drohte sogar mit ersten Sperrungen. Allein 1.300 der insgesamt 25.000 Eisenbahnbrücken seien dringend sanierungsbedürftig. Die Bundesregierung hatte der DB AG im Zuge der Bahnreform das wert-

volle Schiennetz zum Betrieb übergeben, bis heute aber die nötigen Rahmenbedingungen für dessen Erhalt vernachlässigt – auf Kosten der Fahrgäste und Steuerzahler.

Bundeszuschüsse Die Aufstockung der Bundeszuschüsse finanziert Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) nun zum Teil aus dem laufenden Haushalt, aber auch aus der Dividende, die die Bahn seit ein paar Jahren an den Bund abführen muss. Für die Jahre 2010 bis 2012 führte das Unternehmen 500 beziehungsweise 525 Millionen Euro ab. Wegen eines Gewinneinbruchs im Jahr 2013 hatte die Bahn die Dividende zuletzt auf 200 Millionen Euro gekürzt. Für 2014 sind rund 700 Millionen Euro vorgesehen. Künftig sollen alle Gewinne aus dem Schiennetz in voller Höhe unmittelbar wieder zurück in die Bahninfrastruktur fließen. Damit soll auch dem Vorwurf begegnet werden, wonach die Bahn einen Teil der vom Bund für das Schiennetz zur Verfügung gestellten Mittel für andere Konzernbereiche abzwackt. Bahninfrastruktur-Chef Volker Kerfer verspricht: „Jeder Cent, den wir verdienen, wird an den Bund ausgeschüttet und fließt von dort ohne Abstriche wieder in die Infrastruktur zurück.“ Für die Sanierungsmaßnahmen und die Koordination der verschiedenen Bauarbeiten will die Bahn zudem rund 1.700 Mitarbeiter zusätzlich einstellen. Um ihre Effizienz zu verbessern, sollen zudem die Unternehmen DB Projektbau

und DB International vereint werden. Die Bahn erhofft sich dadurch mehrere 100 Millionen Euro an Einsparungen. Die Investitionen sind aber nicht nur nötig, um das Bahnfahren an sich in naher Zukunft wieder attraktiver zu machen. Sie müssen auch vor dem aktuellen Hintergrund eines größer und härter werdenden Wettbewerbs vor allem im innerdeutschen Nah- und Fernverkehr gesehen werden. Die Bundestagsdebatte findet aber auch vor dem Hintergrund der Kritik des Bundesrechnungshofes über eine unzureichende Kontrolle und über fehlende Anreize für den wirtschaftlichen Mittelnutzung bei der Sanierung des Schiennetzes statt. Immer wieder haben die Rechnungsprüfer Schwachstellen bei der Finanzierung der Bahn gerügt. Besonders die Grünen kritisieren die Vereinbarung von Bahn und Bund. Sie gewährleistete „weder eine transparente noch eine wirtschaftliche Mittelverwendung“. Der Vertrag solle nicht unterschrieben werden, beantragten sie erfolglos bei den Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestags. *Christoph Birnbaum*

Der Autor ist Wirtschaftsjournalist in Bonn.



Anzeige

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2015

Die 5.000 besten Surftipps aus dem Internet!

„Das bessere Google.“
AUGSBURGER ALLGEMEINE

„Unverzichtbares Standardwerk.“
MÜNCHNER MERKUR

„Die Alternative zu Google & Co.“
HAMBURGER ABENDBLATT

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“
COMPUTER BILD

„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“
STUTTGARTER ZEITUNG

„Konkurrenz für Google und Co. in Buchform.“
SAARBRÜCKER ZEITUNG

„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitativ geprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“
FRANKFURTER NEUE PRESSE

„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“
BERLINER MORGENPOST

„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“
OFFENBURGER TAGEBLATT

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“
BILD.de

„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gut gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“
BAYERN 3

„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“
THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG

Täglich ein neuer Surftipp des Tages: www.web-adressbuch.de

672 Seiten • viele farbige Abbildungen • Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich • 18. Auflage • ISBN 978-3-934517-46-2 • € 19,95

AUFGEKEHRT

Santa Claus auf der Spur

Langsam wird es unheimlich. Klar sind Geheimdienste und Militärs qua Beruf immer an neuen Informationen und Techniken interessiert, aber nach der Totalüberwachung des Internets wollen US-amerikanische Sicherheitskreise eines der letzten Geheimnisse der Welt lüften: den Verbleib des Weihnachtsmanns. Über der amerikanischen Hauptstadt Washington sollen demnächst mit Radartechnik vollgestopfte, unbemannte Luftschiffe kreisen. Die offizielle Begründung: Man wolle damit anfliegende Raketen erfassen. Bei einer Pressekonferenz gab der Sprecher des nordamerikanischen Luftverteidigungskommandos Norad jedoch den wahren Grund zu Protokoll. „Es ist unsere volle Absicht, die durch das System gewonnenen Informationen zu nutzen, um den Weihnachtsmann auf die Spur zu kommen“, sagte er. Norad hat deshalb auch die Internetseite www.noradsanta.com eingerichtet, auf der die Flugbahn von Santa Claus verfolgt werden kann. Das Interesse des Militärs ist ja eigentlich auch logisch. Für den fliegenden Schlitten, mit dessen Hilfe der Weihnachtsmann innerhalb einer Nacht Milliarden Kinder auf der ganzen Welt mit Geschenken versorgt, hat die Armee bestimmt Verwendung. Von den Rentieren und deren roten Nasen ganz zu schweigen. Kritiker werden jetzt einwerfen, den Weihnachtsmann gebe es doch gar nicht und die Aussage des US-Militärs sei nur ein Scherz gewesen. Aber solche Leute denken doch auch, dass es den Osterhasen nicht gibt. Quatsch! Der ist das nächste Ziel der Geheimdienste. Dessen Tarnvorrichtung muss bestimmt super sein, gesehen hat ihn immerhin auch noch nie jemand. *Julian Burgert*

VOR 65 JAHREN...

Der Kanzler zu Weihnachten

25.12.1949: Erste Weihnachtsansprache Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in wenigen Tagen wieder ihre alljährliche Ansprache an „die lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ hält, wird wohl wie jedes Jahr im Hintergrund der Christbaum vor dem Reichstag zu sehen sein. Weihnachten ist dann aber schon vorbei: Während die Kanzle-



Konrad Adenauer (CDU) 1965

rin die Neujahrsansprache hält, sind die Weihnachtsansprachen dem Bundespräsidenten vorbehalten. Das war nicht immer so. Bis 1969 sprachen die Kanzler an den Festtagen zu den Deutschen. Das erste Mal Konrad Adenauer (CDU) am 25. Dezember 1949. Adenauer einigte sich damals mit Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) auf diese Verteilung, die ganz im Sinne des Kanzlers gewesen sein dürfte. Adenauer galt als gläubiger Katholik und verbot in seinen Reden Politisches mit Religiösem. Einige vergleichen seine bis zu zehn Minuten langen Weihnachtsansprachen gar mit Predigten. Die erste fiel allerdings noch kurz aus. Der Kanzler erinnerte darin unter anderem an das Schicksal der Kriegsgefangenen und die Hoffnung, dass deren „Tragödie (...) im kommenden Jahr zu Ende geht“. Gleichzeitig sagte er mit Blick auf die „hinter uns liegende Katastrophe“, dass doch schon „viele erreicht ist“. Adenauer schloss mit den Worten: „Wir hoffen, dass der Menschheit der Friede geschenkt wird.“ Ob er dabei vor einem Christbaum saß, bekamen die Bundesbürger nicht mit. Die Rede lief im Radio. Erst 1962 wurde eine Weihnachtsansprache im Fernsehen gesendet. Es war Adenauers letzte. *Benjamin Stahl*

WEIHNACHTSRÄTSEL 2014



Weihnachtsbaum und das Reichstagsgebäude erstrahlen im Licht.

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Die Redaktion wünscht ein frohes Fest!

- 1. Wie viel Geld erhalten Entwicklungsländer ab 2020 aus dem „Grünen Klimafonds“ jährlich?
 - 2. Für welchen Bereich ist Eva Bulling-Schröter Sprecherin in der Linken-Fraktion?
 - 3. Wie hoch ist der Anteil von China und den USA zusammen am globalen Treibhausgas-Ausstoß?
 - 4. Wie finanziert sich die Deutsche Welle?
 - 5. Welcher Fraktion gehörte Sebastian Edathy an?
 - 6. Wofür steht die Abkürzung ICSI?
 - 7. Welchen Umfang soll der von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angestrebte Investitionsfonds bis 2017 haben?
 - 8. Wie viele Staaten haben die UN-Antifolterkonvention ratifiziert?
 - 9. An welchem Tag erinnerte der Bundestag an die friedliche Revolution von 1989?
 - 10. Wie viele Einwohner hat der Berliner Bezirk Neukölln?
 - 11. Wie wurde die Staatssicherheit in der ehemaligen DDR im Volksmund genannt?
 - 12. Wer ist aktuell Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz?
 - 13. Wie viel Geld will die Deutsche Bahn in den kommenden Jahren in ihre Infrastruktur investieren?
 - 14. Seit wann wird die Weihnachtsansprache im Fernsehen übertragen?
- Ihre Antworten bitte per Post oder E-Mail an:
- Redaktion „Das Parlament“**
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de
 Stichwort: Weihnachtsrätsel
- Einsendeschluss ist der 11. Januar 2015. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

LESERPOST

Zur Ausgabe 49 vom 1. Dezember 2014, Beilage „Leicht erklärt!“: Es ist schon sehr schwer, komplizierte und historisch verwobene Staatsgebilde vereinfacht darzustellen. Der Text in Ihrer Beilage „Leicht erklärt!“ zur Situation in der Ukraine mag eine Art „Hilfe“ für Sonderschullehrkräfte sein. In dem Text heißt es: „Die Menschen sind dort auf die Straße gegangen.“ Ich finde, dazu gehören Schätzungen, wie viele es waren. Mehr als 90 Prozent gingen jeden Tag zur Erwerbsarbeit. *Bernd Beier, Berlin*

Zur Ausgabe 47-48 vom 17. November 2014, „Vom Sterben in Würde“ auf Seite 1: Anstatt vom Leben zu sprechen, schwafeln alle vom „Sterben in Würde“ – und „Das Parlament“ stimmt mit ein. Erzählt wird die Geschichte von „Wilhelm“, der krank darniederliegt und noch einmal den Rhein sehen will – „aber der Tod ist schneller“. Auch ich bin beinahe 85 und seit 19 Jahren dem Tod näher als dem Leben. Aber die oft stinkende Brühe fand und finde ich nicht sehenswert. *Manfred G. Hackauf, Janowo, Polen*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. Januar.

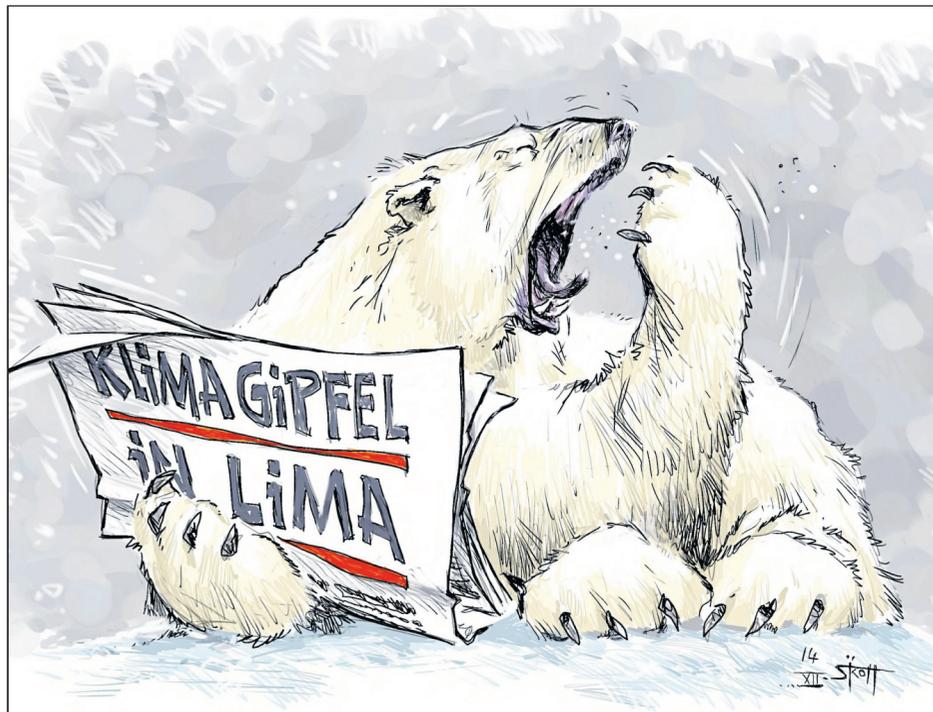
Ernst Albrecht gestorben

Der frühere niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht starb am 13. Dezember im Alter von 84 Jahren. 14 Jahre stand er an der Spitze der ersten von der CDU geführten Landesregierung. Der Volkswirt war einer der erfolgreichsten Seiteneinsteiger der deutschen Politik. Ohne größere Parteikarriere und nach erst sechsjähriger Landtagszugehörigkeit war der frühere EWG-Beamte im Januar 1976 gegen die Mehrheit von SPD und FDP bemerkenswert zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Er förderte nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung und brachte landesweit Sozialstationen auf den Weg. Internationale Anerkennung erhielt für den Einsatz zugunsten vietnamesischer „Boat People“. Zu seinen umstrittenen Entscheidungen gehörte die Wahl Gorlebens zum Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums. Albrecht erfreute sich überregional großer Beliebtheit und hätte auch in Bonn reüssieren können. Nach der Niederlage bei der Wahl des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten 1979 verzichtete er auf eine Karriere im Bund. 1990 unterlag er bei der Landtagswahl Gerhard Schröder und zog sich aus der Politik zurück. *Bernd Haunfelder*



© picture-allianz/nordphoto

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 12. – 16.1.2014

Zivile Krisenprävention (Do)
 Nationaler Bildungsbericht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

->Alois Graf von Waldburg-Zeil t
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU

Am 14. Dezember starb Alois Graf von Waldburg-Zeil im Alter von 81 Jahren. Der aus Argenbühl/Kreis Ravensburg stammende Land- und Forstwirt trat 1962 der CDU bei und gehörte von 1981 bis 1993 dem Landesvorstand Baden-Württemberg an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Biberach engagierte sich von 1980 bis 1994 im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft und war von 1990 bis 1994 bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

->Helga Timm t
Bundestagsabgeordnete 1969-1990, SPD

Helga Timm starb am 6. Dezember im Alter von 90 Jahren. Die promovierte Historikerin und Akademiedozentin trat 1946 der SPD bei und gehörte dem Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen an. Von 1973 bis 1987 amtierte sie als Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Timm, zuletzt im Auswärtigen Ausschuss engagiert, war von 1987 bis 1990 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU.

->Rainer Fornahl t
Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD

Am 3. Dezember starb Rainer Fornahl im Alter von 67 Jahren. Der Diplom-Geophysiker aus Leipzig trat 1989 dem Neuen Forum bei, gehörte im November zu den Gründern der dortigen Sozialdemokratie und war seit 1993 Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstands Leipzig. Von 1990 bis 1998 amtierte er als Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Im Bundestag gehörte Fornahl vorwiegend dem Verkehrsausschuss an.

->Lothar Ibrügger
Bundestagsabgeordneter 1976-2009, SPD

Am 24. Dezember wird Lothar Ibrügger 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Minden trat 1969 der SPD bei und war Vorsitzender des dortigen Ortsvereins. Von 1998 bis 2000 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Der Direktkandidat des Wahlkreises Minden-Lübbecke I bzw. II engagierte sich im Bundestag von der 9. bis zur 13. Wahlperiode im Verkehrsausschuss, dessen stellvertretender Vorsitz er von 1994 bis 1998 inne hatte.

->Hans Wallow
Bundestagsabgeordneter 1981-1983, 1990-1998, SPD

Hans Wallow begeht am 25. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der Diplompädagoge und Ministerialrat schloss sich 1966 der SPD an, war Vorsitzender des Unterbezirks Ahrweiler und Mitglied des SPD-Bezirksvorstands von Rheinland-Hessen/Nassau. Im Bundestag arbeitete Wallow zuletzt im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit. 2001 trat er aus der SPD aus.

->Karl-Hans Laermann
Bundestagsabgeordneter 1974-1998, FDP

Am 26. Dezember vollendet Karl-Hans Laermann sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Bauingenieur und Hochschullehrer aus Mönchengladbach trat 1968 der FDP bei und gehörte von 1980 bis 1990 dem Bundesvorstand seiner Partei an. Laermann, viele Jahre forschungspolitischer Sprecher der FDP und von 1976 bis 1994 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Forschung und Technologie, war von Februar bis November 1994 Bundesbildungsminister.

->Rüdiger Hitzgrath
Bundestagsabgeordneter 1981-1983, SPD

Rüdiger Hitzgrath vollendet am 27. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der aus Berlin stammende Jurist trat 1963 der SPD bei, gehörte von 1971 bis 1981 dem Berliner Abgeordnetenhaus an, darunter von 1977 bis 1980 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 1984 bis 1989 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Hitzgrath arbeitete im Finanzausschuss mit.

->Albrecht Papanroth
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Am 30. Dezember begeht Albrecht Papanroth seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Spremberg trat 1990 der SPD bei, war Mitglied des Unterbezirksvorstands Spreen-Neiße-Kreis und Stadtverordneter in Spremberg. Papanroth engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Verteidigungsausschuss.

->Dieter Weirich
Bundestagsabgeordneter 1980-1989, CDU

Dieter Weirich wird am 31. Dezember 70 Jahre alt. Der Redakteur trat 1961 der CDU bei und amtierte von 1972 bis 1978 als CDU-Vorsitzender in Hanau sowie im Main-Kinzig-Kreis. Von 1974 bis 1980 war er Mitglied des hessischen Landtags. Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion arbeitete im Ausschuss für Forschung und Technologie sowie im Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen mit. Von 1989 bis 2001 war Weirich Intendant der „Deutschen Welle“. *bmh*



Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Geduld braucht einen langen Atem



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Das Jahr 2014 war ein Jahr des Gedenkens an schreckliche und glückliche Momente in der deutschen und europäischen Geschichte. Wir haben uns an den Ausbruch der beiden Weltkriege und ihre furchtbaren Folgen erinnert, aber eben auch an den Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren als Symbol für die friedliche Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. Jeder, der gesehen hat, wie am Abend die Ballons entlang der früheren Berliner Grenze aufgestiegen sind, wird diesen Moment so schnell nicht vergessen.

Welch großes Glück die europäische Einigung ist, das dürfen wir vor dem Hintergrund der Geschichte Europas wie auch vor dem Hintergrund aktueller Krisen und Kriege niemals vergessen. Mir ist das gestern noch einmal bewusst geworden, als ich in einer Videoschaltung mit sechs Standorten verbunden war, in denen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie Polizistinnen und Polizisten Dienst tun, überall auf der Welt. Dabei war ganz offensichtlich, dass wir in Europa großes Glück haben.

Frieden, Freiheit und Wohlstand sind alles andere als selbstverständlich. Stets aufs Neue müssen wir für sie eintreten. Wir müssen unsere Werte schützen und verteidigen. Deshalb werden wir auch beim letzten Europäischen Rat in diesem Jahr wieder über die Lage in der Ukraine sprechen.

Das Ende des Kalten Krieges hat es ja vor 25 Jahren den Staaten Mittel- und Osteuropas ermög-

licht, selbstbestimmt ihren eigenen Weg zu gehen. Wenn wir heute zuließen, dass diese Selbstbestimmung wieder aufgegeben werden könnte, dann würde das nichts anderes bedeuten als eine erneute Einteilung Europas in Einflussphären, ja, eine Spaltung Europas. Das wäre ein erheblicher Rückschritt für die Ukraine, aber es wäre eben auch ein erheblicher Rückschritt für die europäische Sicherheit und für Europa insgesamt. Deshalb können wir das nicht zulassen, und deshalb werden wir das auch nicht zulassen.

Das Miteinander in Europa ist auf Partnerschaft, auf Recht und auf Respekt gegründet, eben nicht auf Einflussphären. Die Prinzipien Partnerschaft, Recht und Respekt wollen wir auch im Verhältnis zu Russland wahren, und wir werden alles daransetzen, dass sie auch im Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine zum Tragen kommen; denn das Ziel unseres Handelns ist und bleibt eine souveräne und territorial unversehrte Ukraine, die über ihre eigene Zukunft selbst entscheiden kann.

Wir haben in diesem Jahr erfahren, dass dies Geduld und einen langen Atem braucht. Militärisch ist dieser Konflikt nicht zu lösen.

Unser Handeln setzt deshalb erstens darauf, die Ukraine weiter zu unterstützen, politisch wie wirtschaftlich. Dabei erwarten wir nach den Wahlen nun auch von der Ukraine entschiedene Schritte zur Modernisierung der Wirtschaft, zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Bekämpfung der Korruption.

Gerade jetzt im Winter geht es aber nicht zuletzt auch darum, die humanitäre Hilfe zu verstärken. Der Ukraine muss es ermöglicht werden, eigene Hilfslieferungen ohne Gefahr auch in die von den Separatisten kontrollierten Gebiete im Osten des Landes zu bringen.

Zweitens suchen wir unverändert und unvermindert den Dialog mit Russland. So haben der französische Präsident François Hollande, der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der russische Präsident Wladimir Putin und ich

vorgestern in einem gemeinsamen Telefonat die Bedeutung eines umfassenden Waffenstillstands noch einmal betont, eines Waffenstillstands, wie er ja bereits im Minsker Abkommen vom September vorgesehen ist. Um hierbei endlich Fortschritte zu erzielen, setzen wir jetzt auf ein rasches Treffen der Kontaktgruppe aus Russland, der Ukraine sowie der OSZE. Das Ziel unseres Handelns ist und bleibt die Durchsetzung der Stärke des Rechts gegen das vermeintliche Recht eines Stärkeren. Das Ziel ist und bleibt: europäische Sicherheit gemeinsam mit Russland, nicht gegen Russland. Wir wollen die Kontakte zwischen unseren Gesellschaften weiter vertiefen. Gerade Andreas Schockenhoff, um den wir heute trauern, hat dies immer wieder getan und versucht. Wir wollen uns gemeinsam den Herausforderungen für die internationale Sicherheit stellen, von denen es wahrlich genug gibt. Doch allein können wir diesen Weg nicht beschreiten. Es kommt auf Russland an, darauf, ob es unser Angebot des Dialogs auf der Grundlage der Werte der europäischen Friedensordnung aufzugreift.

Solange wir dieses Ziel noch nicht erreicht haben, bleibt drittens, dass auch Sanktionen weiterhin unvermeidlich sind. Ich will jedoch noch einmal betonen: Selbstzweck waren sie nicht und sind sie nicht.

Das Jahr 2014 war auch das Jahr der Europawahlen, die im Mai stattfanden. Sie haben eins gezeigt, nämlich dass die Menschen von der Europäischen Union nicht erwarten, dass sich die Europäische Union für alles zuständig fühlt. Vielmehr haben sie ein klares Signal gegeben, dass sich die Europäische Union auf das Wesentliche, auf die großen Zukunftsfragen konzentrieren möge, die ein Land allein in dieser globalen Vernetzung nicht mehr be-

wältigen kann. Deshalb ist es von so großer Bedeutung, dass der Europäische Rat im Juni erstmals eine strategische Agenda für die nächsten fünf Jahre beschlossen hat – gemeinsam mit der Kommission, in großer Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. Diese strategische Agenda setzt genau dieses Signal. Die große Herausforderung der kommenden Monate und Jahre bleibt, Europa zu neuer und vor allem auch wirtschaftlicher Stärke zu führen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die europäischen Institutionen werden dies nur gemeinsam, also mit vereinter Kraft, erreichen.

Vor sechs Jahren nahm die weltweite Finanzkrise in den USA ihren Anfang. Ihr folgte kurz darauf mit der europäischen Staatsschuldenkrise die schwerste Krise Europas in unserer Generation.

**Frieden,
Freiheit und
Wohlstand sind
alles andere
als selbstver-
ständlich.**

Wir haben diese Krise im Griff, aber wir haben sie eben nicht endgültig überwunden. Es ist so, wie ich es wieder und wieder gesagt habe: Es gibt keine schnellen und es gibt keine einfachen Lösungen. Es gibt auch nicht den einen Paukenschlag, der all diese Probleme über Nacht und auf Dauer aus der Welt schaffen würde. Die Überwindung dieser Krise geht nur Schritt für Schritt. Vor allem gelingt dies nur dadurch, dass wir die Ursachen bekämpfen. Man kann sagen, dass wir auf diesem Weg schon viel geschafft haben.

Wir haben einen dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus eingerichtet, mit dem wir Gefahren für die ganze Euro-Zone künftig viel besser abwenden können. Es gilt dabei die Regel, die ich für absolut richtig halte: keine Leistung ohne Gegenleistung. Anders gesagt: Wer die gemeinsam verabredeten Reformschritte umsetzt, kann in Europa, jedenfalls im Euro-Raum, auf die Solidarität aller bauen. Damit helfen wir den von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten, und wir helfen uns selber, nämlich der Euro-Zone als Ganzes.

Wir haben die wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung einschließlich des Stabilitäts- und Wachstumspakts gestärkt – im Übrigen in langen und vielen Diskussionen. Wir haben den Fiskalvertrag

beschlossen, um die Grundlage für dauerhaftes Vertrauen in die Euro-Zone wiederherzustellen. Wir haben seit November in Europa eine gemeinsame Bankenaufsicht. Wir haben die Situation, dass zum Jahresanfang 2015 die gemeinsame Bankenabwicklungsbehörde ihre Arbeit aufnimmt. Der gemeinsame Abwicklungsfonds wird ab nächstem Jahr schrittweise errichtet. Wir können Bankenrisiken besser vorbeugen, und wir können den Menschen vor allen Dingen sagen: Nicht der Steuerzahler wird zuerst zur Kasse gebeten. Darauf mussten wir hinarbeiten. Das waren wir den Menschen nach der Finanzkrise schuldig.

Wir können außerdem feststellen, dass in den von der Krise besonders betroffenen Ländern die Wettbewerbsfähigkeit steigt, die Leistungsbilanzdefizite sinken, Haushaltsdefizite abgebaut werden. Mit Irland, Portugal und Spanien haben drei von fünf Ländern ihre Hilfsprogramme erfolgreich abgeschlossen. Auch wenn noch viel zu tun bleibt, sind auch in Griechenland die Aussichten wesentlich besser als vor zwei Jahren.

Dies alles wäre nicht möglich gewesen ohne entschlossenes Handeln der einzelnen Länder und ohne entschlossenes und solidarisches gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene. Aber wir sind noch nicht am Ziel; denn die wirtschaftliche Erholung bleibt fragil. Vor allem die Arbeitslosigkeit, allen voran die der jungen Menschen, ist in Teilen Europas immer noch viel zu hoch, und die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion hat nach wie vor Schwachstellen. Aber ich bin mir sicher: Wenn wir weiter entschlossen handeln, dann werden wir am Ende feststellen können, dass Europa aus dieser Krise stärker hervorgegangen sein wird, als es in sie hineingegangen ist. Dies ist

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

und bleibt auch der Anspruch der Bundesregierung.

Dazu genügt es nicht, die immer noch in vielen Ländern spürbaren Folgen der Krise zu bekämpfen. Vielmehr müssen wir, um zukünftige Krisen zu verhindern, vor allem auch die Krisenursachen beseitigen. Deshalb braucht es einen umfassenden Ansatz für diese Krisenbewältigung und eine Krisenvorsorge. Diesen Ansatz haben wir von Anfang an konsequent verfolgt, aber er muss jetzt fortgesetzt werden. Dabei bleiben drei Bausteine gleichermaßen wichtig.

Erstens. Die wachstumsfreundliche Konsolidierung muss fortgesetzt werden. Dass 2013 das durchschnittliche Haushaltsdefizit im Euro-Raum mit 2,9 Prozent erstmals seit 2008 wieder unter der Maastricht-Grenze gelegen hat, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich will in diesen Tagen, wo die Zinsen besonders niedrig sind, noch einmal daran erinnern, welche Sorgen wir hatten, als in vielen Ländern der Euro-Zone die Zinsen mehr als doppelt und dreifach so hoch waren, wie sie heute sind. Es ist deshalb entscheidend, dass wir auch die Regeln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspaktes glaubwürdig anwenden; denn nur so kann der Pakt seine Funktion erfüllen. Seine Funktion war ja nicht nur, die Regelungen umzusetzen, die damit getroffen wurden, sondern vor allem auch Vertrauen aufzubauen, um zu zeigen, dass wir verantwortlich handeln. Wir werden die Kommission auch in Zukunft in der Wahrnehmung dieser Verantwortung für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unterstützen.

Zweitens. Wir brauchen Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung. Gut funktionierende Arbeitsmärkte, wettbewerbsfähige Produktmärkte und eine effiziente öffentliche Verwaltung sind für uns alle eine Daueraufgabe. Nur so können wir im globalen Wettbewerb mithalten; denn das spürt man immer wieder die Welt wartet nicht auf Europa. Wenn wir unser europäisches Modell, ein Modell, das wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung in besonderer Weise verbindet, auch im 21. Jahrhundert zu dauerhaftem Erfolg führen wollen, dann müssen wir uns weiter und zum Teil auch mehr anstrengen, jeden Tag aufs Neue. Wir sehen Dynamik in vielen Wirtschaftsräumen der Welt. Deshalb sind wir gefordert. Dass die Wirtschaft eines Landes, wie zum Beispiel in Irland, das diesen Weg der Reformen in den letzten Jahren sehr konsequent gegangen ist, heute kräftig wächst, dass die Investitionen anziehen und die Arbeitslo-

sigkeit Schritt für Schritt zurückgeht, zeigt, was entschlossenes Handeln bewirken kann.

Drittens: die Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Investitionen. Wir tun dies auf nationaler Ebene, und wir investieren damit nicht nur in eine gute Zukunft Deutschlands, sondern wir leisten damit natürlich auch einen Beitrag zu einer guten Zukunft Europas. Denn jeder Mitgliedstaat der Wirtschafts- und Währungsunion – das ist ja die Lehre aus der Krise – trägt Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern gleichzeitig auch immer für die gesamte Euro-Zone und für die Europäische Union als Ganze. Deshalb müssen wir unserer Gesamtverantwortung gemeinsam gerecht werden, indem wir die nationalen Anstrengungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung von europäischer Seite so gut wie möglich unterstützen.

Dafür müssen wir zum einen die bestehenden Instrumente nutzen, die wir auf europäischer Ebene bereits beschlossen haben: Wir haben seit 2012, ausgehend vom Pakt für Wachstum und Beschäftigung, eine Vielzahl von Maßnahmen und Elementen auf den Weg gebracht; das zeigt sich auch in der neuen mittelfristigen Finanzzielen Vorausschau.

Aber wir prüfen eben auch, was darüber hinaus jetzt noch getan werden muss. Genau das wird im Mittelpunkt des heute und morgen stattfindenden Europäischen Rates stehen. Dafür brauchen wir, zusammen mit den anderen Bausteinen, eben auch Maßnahmen für Investitionen; wir brauchen Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie. Beides wird auf der Tagesordnung stehen. Aus all diesen drei Bausteinen entsteht dann unsere Gesamtstrategie.

Der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat Ende November seinen Investitionsplan für Europa vorgestellt, mit dem in den nächsten Jahren erhebliche zusätzliche Investitionen mobilisiert werden sollen.

Es gibt eine gemeinsame Taskforce von Kommission, Europäischer Investitionsbank und Experten der Mitgliedstaaten. Sie hat sich die Investitionsentwicklung in Europa sehr genau angeschaut. Sie hat Investitionshemmnisse und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt und hat begonnen, sich auch mit einzelnen Projekten der Mitgliedstaaten zu befassen.

Wirtschaftsminister Gabriel und Finanzminister Schäuble haben vor zwei Wochen zusammen mit ihren französischen Kollegen eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Auch ich werde noch einmal mit dem französischen Präsidenten darüber sprechen, was wir – gerade Deutschland und Frankreich

gemeinsam – zu diesen Investitionsprojekten beitragen können. Denn wir wissen: Wenn Deutschland und Frankreich gemeinsame klare Vorstellungen haben, dann ist das gut für Europa.

Wir haben jetzt eine gute Grundlage für die heute beginnenden Beratungen. Aber für mich sind folgende Punkte entscheidend: Es sind und bleiben die Unternehmen, die Arbeitsplätze und Innovationen schaffen.

Es muss also vor allem um die Mobilisierung privater Investitionen gehen. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass dies auch die zentrale Stoßrichtung der Vorschläge von Jean-Claude Juncker ist.

Es muss darüber hinaus sichergestellt werden, dass zusätzlich mobilisierte Mittel sinnvoll und effektiv eingesetzt werden.

Wir müssen in Zukunftsbereiche investieren. Es müssen Zukunftsbereiche sein, die der strategischen Agenda, die wir im Juni beschlossen haben, entsprechen. Dazu gehören zum Beispiel die digitale Wirtschaft, kleine und mittlere Unternehmen, der Energiebereich, gegebenenfalls die Elektromobilität, also Dinge, mit denen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern, meine Damen und Herren. Wir müssen in Zukunftsprojekte investieren, also in Projekte, die wirtschaftlich sinnvoll sind und die nachhaltiges Wachstum fördern.

Ich unterstütze die Idee, die Europäische Investitionsbank zu nutzen, um Projekte auszuwählen, die genau diese Kriterien erfüllen.

Es ist nämlich wichtig, den Weg über die Europäische Investitionsbank zu gehen, weil nur so sichtbar wird, wo es rentable Projekte gibt, bei denen auch privates Kapital mit einsteigt. Die Politik kann diese Auswahl nicht treffen, obwohl Sie ja offensichtlich Interesse daran haben.

Wir in der Bundesregierung stellen uns vor, dass die ausgewählten Projekte so rasch wie möglich in einem Projektbuch sichtbar werden, damit nachverfolgt werden kann: Was wird jetzt wirklich umgesetzt? Was ist der Mehrwert eines solchen Investitionsprogramms? – Ich erinnere uns einmal an die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“, bei denen sehr schön sichtbar gemacht wurde: Wie kommen wir voran? – Da konnte man das jederzeit nachvollziehen.

Nicht zuletzt bleibt die Stärkung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Wachstum, national wie europäisch, ein entscheidender Faktor.

Das bedeutet Strukturreformen in den Mitgliedstaaten. Aber es bedeutet eben auch, dass wir uns auf europäischer Ebene überlegen: Was sind die wichtigen Rechtsset-

zungsvorhaben? Ich bin sehr froh, dass sich die Kommission in einem ersten Anlauf an die 70 Projekte vorgenommen hat und gefragt hat: Brauchen wir sie noch wir verhandeln darüber seit Jahren, und es gibt immer noch Widerstände, oder können wir sie nicht von der Tagesordnung nehmen und durch andere Projekte ersetzen? Ich begrüße das außerordentlich.

Ein wichtiger Rahmen, um immer wieder zu prüfen, ob die Mitgliedstaaten die notwendigen Strukturreformen durchführen, ist das sogenannte Europäische Semester. Auch Deutschland bekommt hier länderspezifische Vorgaben.

Wir werden uns weiter damit befassen, wie wir diese bestmöglich umsetzen können. Es geht natürlich auch um wichtige europäische Rechtssetzungsakte.

Ich will es wiederholen: Gerade bei der Digitalen Agenda werden die notwendigen Investitionen in die Breitbandstruktur allein nicht reichen, wenn nicht der richtige rechtliche Rahmen gesetzt ist. Dazu gehören das Telekommunikationspaket und die Datenschutz-Grundverordnung, über die intensiv verhandelt werden muss. Wir werden darum ringen müssen, den persönlichen Datenschutz in eine vernünftige Balance mit der Investitionsmöglichkeit in der digitalen Wirtschaft zu bringen. Das wird uns noch viel Kraft kosten.

Dazu gehört genauso die Energieunion, die eine der strategischen Prioritäten der neuen Kommission ist. Wir brauchen mehr Verbindungen zwischen den europäischen Mitgliedstaaten, insbesondere einen Anschluss der iberischen Halbinsel an das kontinentaleuropäische Stromnetz. Aber auch für Deutschland können die Interkonnektoren noch besser ausgebaut werden.

Dazu gehört natürlich auch eine Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen von unnötiger europäischer Bürokratie. Dies sollte auch Maßstab bei neuen EU-Regelungen sein. Wir hier in Deutschland, wie einige andere Mitgliedstaaten auch, sind mit dem Normenkontrollrat sehr gut ausgestattet, weil wir eine Vorstellung davon bekommen, was Bürokratie verursacht. Aber in Europa insgesamt sind wir noch nicht ganz so weit.

Dazu gehören übrigens auch der nächste Punkt wird Sie noch mehr erfreuen die laufenden Verhandlungen über die Freihandelsabkommen.

Gerade Deutschland als Exportnation muss für den Welthandel offen bleiben. Ich bin überzeugt, dass die Chancen für Wachstum und Beschäftigung die Risiken der Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika

und mit Kanada bei weitem übersteigen.

Ich habe neulich schon darüber berichtet, dass in anderen Teilen der Welt sehr viele Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Wir sollten die Chance nutzen ich wiederhole es, sie in unserem Sinne mitzugestalten und dafür zu sorgen, dass hohe Standards, wie wir sie in Europa etwa beim Verbraucherschutz und beim Umweltschutz haben, auch international festgeschrieben werden. Das ist im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa.

Der Investitionsplan der neuen Kommission benennt wichtige Handlungsfelder für die Schaffung eines investitionsfreundlichen Umfelds. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir einen vernünftigen zeitlichen Fahrplan haben und die Investitionen überprüfbar jetzt auf den Weg bringen.

Wir müssen weiterhin daran arbeiten, die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft krisenfest zu machen. Ich bin unverändert der Überzeugung, dass wir eine engere und verbindlichere wirtschaftspolitische Koordinierung brauchen. Sie muss enger und verbindlicher sein, als sie es heute ist; zumindest im Euro-Raum. Aufgabe der nächsten Wochen und Monate wird es sein, dafür eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Der letzte Europäische Rat im Gedenkjahr 2014 ist der erste, der von dem neuen Präsidenten Donald Tusk geleitet wird. Wir haben die Personalien nach der Europawahl neu geordnet. Dass 25 Jahre nach der friedlichen Revolution in Mittel- und Osteuropa ein ehemaliger polnischer Ministerpräsident an der Spitze des Europäischen Rates steht, hat eine hohe Symbolkraft, nicht nur für unsere polnischen Nachbarn; denn das Freiheitsstreben, gerade der Polen, hat die Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands erst möglich gemacht.

Ich habe mit Donald Tusk als polnischem Ministerpräsidenten intensiv, vertrauensvoll und freundschaftlich zusammengearbeitet. Ich habe ihn als leidenschaftlichen, überzeugten und überzeugenden Europäer kennengelernt. Ich freue mich darauf, heute Nachmittag gemeinsam mit ihm und meinen Kolleginnen und Kollegen an die Arbeit zu gehen.

Es geht jetzt darum, entschlossen das umzusetzen, was wir uns in unserer strategischen Agenda vorgenommen haben für ein Europa, das auch in Zukunft sein Versprechen des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands für seine Bürgerinnen und Bürger einlösen kann. Dabei zähle ich auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei CDU/CSU und SPD)

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Ängste in der Bevölkerung nehmen zu



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow - Köpenick

Die Ängste in unserer Bevölkerung nehmen dramatisch zu. Sie artikulieren sich immer stärker rechts. Ich erinnere an Dresden und PEGIDA, an Köln und HoGeSa. Ich weiß sehr wohl, dass Rechtsextremisten und Rechtspopulisten diese Ängste ausnutzen.

Ich meine allerdings, dass diejenigen, die dort mitlaufen, durchaus wissen, wem sie hinterherlaufen.

Deshalb müssen wir uns ernsthaft mit ihnen auseinandersetzen. Das heißt aber nicht, dass wir diese Bürgerinnen und Bürger aufgeben dürfen. Ich meine allerdings nicht die Funktionäre der rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien; die sind für mich erledigt. Ich meine die anderen Bürger, die dort mitlaufen.

Aber wie können wir sie erreichen? Wie können wir die Leute aus der Mitte der Gesellschaft wieder in die demokratischen Strukturen zurückholen? Ich sage es hier ganz offen, Herr Kauder, Herr Hofreiter, Frau Göring-Eckardt und Herr Oppermann: Wir alle haben versagt. Alle Abgeordneten, mich eingeschlossen, haben versagt. Wir haben nicht genügend für die Aufklärung getan. Wir denken immer, dass unsere Überlegungen auch die Überlegungen der Bevölkerung sind. Wir haben nicht genügend dafür getan, dass die Menschen wirklich wissen und fühlen, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen islamischen Glaubens völlig friedlich und gewaltfrei ist. Es gibt nur einen furchtbaren, schrecklichen Teil, der die Ausnahme darstellt. Diese Unterscheidung müssen wir in den Medien, in der Kultur und in der Politik endlich deutlich machen, um die Leute aufzuklären.

Natürlich ist der „Islamische Staat“ furchtbar. Die Taliban sind furchtbar. Der Tod von über 130 Kindern hat mich extrem scho-

ckiert. Das ist durch nichts, aber auch wirklich gar nichts zu rechtfertigen. Die Verurteilung dieser Tat ist einhellig. Aber was tun wir nun dagegen?

Ich schlage Folgendes vor: Wir Fraktionsvorsitzenden, die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten des Bundestages und der Bundestagspräsident müssen uns zusammensetzen und überlegen, wie wir eine Aufklärungs- und Verhinderungsstrategie entwickeln können, und zwar unter Einschluss des Bundesrates, der Bundesregierung, der Länderparlamente, der Landesregierungen, der Kommunalparlamente, der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aller demokratischen Parteien im Bundestag, aber auch der Gewerkschaften, der Kirchen, der Religionsgemeinschaften, der Wissenschaft, der Kunst, der Kultur und des Sports. Wenn wir nicht gemeinsam ein Zeichen setzen wir müssen erstens sagen, wie wir die Aufklärung leisten und finanzieren wollen, und zweitens deutlich machen, dass wir eine Tabugrenze ziehen, dann versagen wir in dieser Gesellschaft, und dazu haben wir nicht das Recht.

Aber wodurch entstehen diese Ängste? Wir müssen das analysieren. Es gibt eine Weltfinanzwirtschaft, die sehr viel Macht ausübt, die viel mächtiger ist als die Weltpolitik, die auch überhaupt nicht strukturiert ist. Überall nehmen die Kriege zu. Staaten wurden zerstört oder haben sich zerstört. Mit wachsenden Ängsten sehen die Menschen in beide sudanesischen Staaten, nach Somalia, nach Libyen, nach Syrien, in den Irak und auch in die Ukraine. Sie sehen keine Struktur der Verantwortlichen, kein Bemühen, diese Fragen wirklich zu lösen. Ich habe es schon einmal gesagt: Im Kalten Krieg hatten wir eine Struktur. Wir können froh sein, sie losgeworden zu sein. Aber es ist keine neue geschaffen worden. Das ist das Problem.

Mit Sorge sehen die Menschen auch das völlig gestörte Verhältnis der USA, der NATO und der EU zu Russland. Wohin soll das Ganze führen? Viele Autoren, darunter ein früherer Bundespräsident und ein früherer Bundeskanzler, warnen uns vor einem neuen Krieg in Europa.

Ich muss immer daran denken, dass wir fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrates haben. Diese Staaten, USA, China, Russland, Großbritannien und Frankreich, sind einzigartig privilegiert. Im höchsten Organ, das sich die Menschheit geschaffen hat, im Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen, hat jede einzelne dieser Regierungen das Recht, jeden Beschluss zu verhindern. Ich finde, wir erinnern diese fünf Regierungen viel zu wenig daran, dass damit auch eine besondere Verantwortung verbunden ist, der sie bisher nicht gerecht werden.

Nicht Deutschland ist für all das verantwortlich, sondern diese fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Ich finde, das müssen wir täglich erklären und daran erinnern.

Wir alle haben versagt. Alle Abgeordneten, mich eingeschlossen, haben versagt.

Nun hören die Menschen vom „Islamischen Staat“ und von den Taliban und können sich die Nachrichten darüber gar nicht erklären. Wie ist es so gekommen? Darf ich versuchen, es Ihnen anhand des „Islamischen Staats“ kurz zu erklären? Der „Islamische Staat“ ist aus al-Qaida entstanden. Wer hat al-Qaida gegründet? Die USA damals in Afghanistan im Kampf gegen die Sowjetunion.

Ich werde Ihnen sagen, was das Problem ist. Diese Geheimdienste und diese Regierungen halten sich immer für überschlau, gründen etwas und wissen nicht, was letztlich dabei herauskommt. Es war übrigens der israelische Geheimdienst, der als Konkurrenz zur PLO die Hamas gegründet hat. Das war sehr klug, da haben sie voll in den Glückstopf gegriffen, kann ich nur sagen. Dasselbe gilt für al-Qaida. Wir müssen mit diesen Spielereien in der Welt aufhören. Es wird höchste Zeit.

Jetzt komme ich auf etwas anderes zu sprechen. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sich zu den Berichten über die Folter der CIA in Gefängnissen überhaupt nicht geäußert.

Warum nicht? Es ist ein schrecklicher Bericht, es ist ein furchtbarer Bericht. Es ist entsetzlich, was Menschen Menschen antun können, und Sie äußern sich nicht dazu. Geht dieses Duckmäusertum schon wieder los?

Was hätten Sie denn gesagt,

wenn es einen solchen Bericht über Russland gegeben hätte? Was hätten Sie gesagt, wenn es einen solchen Bericht über einen afrikanischen Staat gegeben hätte? Sie hätten nach Sanktionen, nach allem Möglichen gerufen. Aber bei den USA schweigen Sie nur. Geben Sie Ihr Duckmäusertum auf. Wir müssen uns immer gegen Folter stellen, auch in den USA.

Ich sage Ihnen: Der Höhepunkt ist, dass die USA sogar die Anti-Folter-Konvention unterschrieben haben und glauben, sich danach nicht richten zu müssen. Ich sage auch ganz klar: Die USA haben deutlich gemacht, dass es keine justizielle Verantwortung geben wird. Ich hoffe, dass unser Generalbundesanwalt die notwendigen Ermittlungen durchführt. Das kann dann auch Ergebnisse zeigen.

Wissen Sie, das ist dasselbe wie bei der NSA. Die NSA spioniert uns vollständig aus und betreibt auch Wirtschaftsspionage. Was machen Sie dagegen? Nichts.

Ich sage Ihnen: Dieses Duckmäusertum gegenüber den USA ist nicht länger erträglich und stört immer mehr Menschen in Deutschland.

Nun zu CETA und TTIP. Sie sind ja so dafür, Frau Bundeskanzlerin. Erklären Sie doch einmal den Leuten, was es bedeutet, wenn wir ein Verbot von Investitionshemmnissen haben. Es bedeutet, dass man für einen amerikanischen Konzern keine Steuern erhöhen darf und dass man nicht mehr Mitbestimmung einführen darf. Sie machen Politik unmöglich. Erklären Sie doch einmal auch der mittelständischen Wirtschaft folgenden Unterschied: Wir haben eine vorsorgende Prüfung, wenn neue Lebensmittel oder anderes auf den Markt kommen. Man muss erst beweisen, dass das neue Produkt nicht schädlich ist. Das kennen die USA gar nicht. Sie kennen es nur so, dass es Schadenersatz gibt, wenn sich später herausstellt, dass etwas nicht gesund war. Das Ergebnis ist, dass sie acht Jahre früher auf den Markt gehen können als unsere Unternehmen. Wollen sie unsere Unternehmen derart benachteiligen?

Der absolute Höhepunkt sind für mich die Schiedsgerichte. Sie schließen die Rechtsordnung und die ordentlichen Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland – auch in Frankreich und in anderen Ländern – aus. Das ist ein völlig falscher Weg.

Ich sage: Das geht überhaupt nicht.

Nun komme ich zum nächsten Punkt. Die Menschen, über die ich gesprochen habe – ich meine die,

die auf die Straße gehen –, sind tief verunsichert. Es kommen noch weitere Unsicherheiten hinzu. Sie wissen nicht: Sind ihre Jobs noch sicher? Sie wissen nicht: Kommen sie aus der prekären Beschäftigung heraus? Sie wissen nicht: Können sie ihre Stromrechnung noch lange begleichen?

Diese Unsicherheiten, diese abstrakten Ängste führen zu dem, was wir jetzt erleben. Ich sage es noch einmal: Wir müssen jetzt alle aktiv werden.

Frau Bundeskanzlerin, was ich nicht verstehe: Sie wirkten am Beginn der Auseinandersetzung mit Russland in Bezug auf die Ukraine ja eher besonnen, eher als eine, die mäßigend wirkt. Jetzt sind Sie zur Scharfmacherin geworden. Warum eigentlich?

Glauben Sie denn ernsthaft – auch Sie von der SPD –, dass es Frieden und Sicherheit in Europa ohne und gegen Russland gibt? Das ist eine naive Vorstellung. Da war die SPD unter Brandt schon mal sehr viel weiter. Sehr viel weiter!

Was wollen Sie erreichen? Ich sage Ihnen, was der große Vorteil der Europäischen Union ist.

Der große Vorteil der Europäischen Union ist, dass die Staaten politisch, ökonomisch und zivilgesellschaftlich so sehr miteinander verflochten sind, dass ein Krieg zwischen ihnen, zumindest rational, gar nicht mehr vorstellbar ist. Wir brauchen auch deshalb gute Beziehungen zu Russland, um jede kriegerische Variante im Verhältnis zwischen Europa und Russland für immer auszuschließen und auf die Entwicklung Russlands Einfluss zu haben. Ich finde den Weg, den Sie mit den Sanktionen gehen, völlig falsch.

Das Nächste ist, dass nicht nur ich, sondern auch andere der Meinung sind, dass die EU noch nie so gefährdet war wie heute. Sehen Sie mal: Kern der EU sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Ich war gerade in Frankreich. Ich habe eine solche Ablehnung der Bundesregierung wie gegenwärtig in Frankreich früher niemals gespürt.

Die dortige Sozialistische Partei ist in den Umfragen sowieso schon so gut wie am Ende. Die sagen mir: Sozial haben wir Frankreich schon geschliffen. Die deutsche Kanzlerin und die Bundesregierung wollen aber, dass wir den Sozialstaat abschaffen. – Das aber geht nicht. Schon bei Gründung der Fünften Republik Frankreichs

Dieses Duckmäusertum gegenüber den USA ist nicht länger erträglich.

gehörte der Sozialstaat dazu. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Franzosen zu drängeln, diesen kaputtzumachen – ganz im Gegenteil.

Nehmen Sie Südeuropa. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen liegt dort zwischen 50 und 60 Prozent. Was soll eigentlich aus diesen Jugendlichen werden? Was glauben Sie, was die mir erzählen, wenn ich sie nach Europa befrage? Ich kann mir schon vorstellen, in

welche Richtung das geht. Merken Sie denn nicht, dass wir das ganz anders gestalten müssen? Aus friedenpolitischen und historischen Gründen können wir uns überhaupt nicht erlauben, die EU kaputtzumachen.

Das sind wir unserer Bevölkerung schuldig. Ich sage Ihnen aber auch – auch wenn es Ihnen nicht passt -: Das sind wir auch den diesbezüglichen – ich betone: den

diesbezüglichen – Leistungen von Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder schuldig. Wir dürfen die EU nicht kaputtmachen – ganz im Gegenteil.

Nun hat Herr Juncker – an der Spitze der EU – entschieden, dass man private Investitionen fördern soll. Jetzt muss ich der Bevölkerung einmal erklären, wie das aussieht.

Eines sage ich Ihnen – hören Sie zu -: Sie wirken in der gesamten Situation überfordert.

Was nicht geht, ist, dass ein Konzern nur eine kleine Gebühr bzw. einen geringen Betrag bezahlt, sich die Europäische Investitionsbank dann Riesensummen von den Privatbanken holt – dies natürlich garantiert und -, wenn der Konzern das Geld zurückzahlt, ist es gut, und wenn nicht, bezah-

len wieder einmal alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Damit muss endlich Schluss sein, in Europa und in Deutschland.

Wir brauchen Frieden, wir brauchen die EU, und wir brauchen endlich den sozialen Ausgleich, und zwar sowohl in Europa als auch in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Frieden in Europa kommt nicht von selbst



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Heute beginnt die letzte Tagung des Europäischen Rats im Jahr 2014. Ich finde, am Ende eines so kriegsgeschüttelten Jahres ist es richtig, einmal an den Anfang der Europäischen Union zu erinnern.

Die Europäische Union ist die Antwort auf ein Jahrhundert der Kriege zwischen den Nationen in Europa. Seit Jahrzehnten ist die Europäische Union die Friedensmacht Europas. Viele hatten das schon vergessen. Mit dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine kehrt diese Bedeutung jetzt in unser Bewusstsein zurück. Vor allem junge Menschen merken zum ersten Mal, dass Frieden in Europa nicht von selbst kommt und dass die europäische Friedensordnung zerbrechen kann. Deshalb war es so wichtig, dass die Bundesregierung und die Europäische Union in diesem Jahr gemeinsam gehandelt haben, dass wir zusammengeblieben

sind und dass wir alle Chancen für die Deeskalation der Konflikte genutzt haben.

Bei all dem Leid und den Sorgen, die der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine mit sich gebracht hat, ist das aber auch eine Chance für die Europäi-

sche Union. Es ist die Chance, die Einigung Europas weiterzuentwickeln, es ist die Chance, die tiefe Kluft, die die Finanz- und Euro-Krise in Europa gerissen hat, wieder zu schließen, und es ist vor allem die Chance, den Europafeinden in der AfD, der UKIP und des Front National etwas entgegenzusetzen, indem wir durch sichtbare Taten einen gemeinsamen Aufbruch in Europa wagen.

Einen Aufbruch brauchen wir vor allem im Kampf um Wohlstand und Wachstum. Solide Finanzen sind die Voraussetzung für nachhaltige Politik. Durch Sparen allein gelingt aber noch keine Wende hin zu mehr Wachstum, und auch die Entscheidungen der EZB erzeugen noch kein Wachstum. Die EZB hat in den letzten drei Jahren durch ihre Maßnahmen dafür gesorgt, dass die Anleihemärkte stabil geblieben sind und das Zinsniveau niedrig gehalten wurde. Die Bundeskanzlerin hat zu Recht auf die Vorteile niedriger Zinsen hingewiesen.

Diese Strategie hat aber auch Risiken und Nebenwirkungen, und diese Nebenwirkungen belasten vor allem die kleinen Sparer und Anleger. Sie müssen am Ende des Jahres feststellen, dass ihre kleinen Sparvermögen weniger wert sind als am Anfang des Jahres. Ich finde, in dieser Situation dürfen wir die EZB nicht alleinlassen. Wir brauchen jetzt klare Impulse dafür, dass neben den Strukturreformen auch das Wachstum in Europa in Angriff genommen wird.

Eines ist klar: Es ist auf die Dauer schwer für die Demokratie in Europa, wenn 25 Millionen Menschen auf unserem Kontinent keine Arbeit und kein Einkommen haben. Europa hat nur dann eine Perspektive, wenn es gelingt, diese Menschen wieder in Arbeit und

Brot zu bringen.

Neue Arbeitsplätze entstehen durch Innovationen und Investitionen. Deshalb ist das von der EU-Kommission jetzt vorgeschlagene Investitionspaket auch ein ganz wichtiger Beitrag dafür, die Reformen in einigen Ländern zu unterstützen. Insbesondere die Regierungen in Italien und Frankreich zeigen derzeit, dass sie genau diesen Reformwillen haben. Matteo Renzi hat seine Arbeitsmarktreform gerade gegen heftige Widerstände durch das italienische Parlament gebracht. Frankreich hat einen großen Schritt auf dem Weg hin zu einer schlankeren Verwaltung geschafft. Es nutzt aber nichts, wenn diese Reformen am Ende durch Proteste auf der Straße untergehen, nur weil wir nicht in der Lage sind, durch massive Investitionen diesen Prozess zu unterstützen.

Wir sollten in Deutschland wieder mehr investieren, um unseren Beitrag zur Gesundung Europas zu leisten. Investitionen sind nicht nur eine Bedingung für das Wachstum in der Zukunft, sondern sie haben auch einen symbolischen Wert. Ich bin deshalb froh, dass die Wirtschafts- und Finanzminister von Deutschland und Frankreich in der vergangenen Woche gemeinsame Pläne beschlossen haben, wie Europa wieder neue Arbeitsplätze schaffen kann.

Es wird immer auch Meinungsverschiedenheiten mit unserem Nachbarn geben. Wir dürfen es aber nicht zulassen, dass Europa gespalten wird und dass die deutsch-französische Achse zerbricht.

Wenn wir von Strukturreformen reden, dann verstehen manche darunter immer nur Belastungen für die kleinen Leute. Das kann aber nicht das Ziel sein, meine Damen und Herren. Bei Strukturreformen geht es um die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit. Dazu gehört vor allem die Bekämpfung

von Korruption, die Schaffung von Rechtssicherheit für Investitionen und die Reduzierung überflüssiger Bürokratie. Letztlich gehört dazu auch eine gerechte Besteuerung.

Was mich ärgert, ist, dass offenbar immer noch viele Millionäre in Griechenland nicht besteuert werden, meine Damen und Herren.

Was mich ärgert, ist, dass offenbar einzelne Länder in Europa ein florierendes Geschäftsmodell mit Steuererleichterungen für internationale Konzerne betreiben.

Es kann nicht sein, dass die einfachen Leute extreme Einbußen erleiden, während die Reichen geschont werden. Es kann auch nicht sein, dass die ehrlichen Mittelständler brav ihre Steuern zahlen, während die großen Konzerne ihre Gewinne exklusiv dort versteuern, wo sie vorher Sonderkonditionen ausgehandelt haben. Das muss die Kommission jetzt angehen.

Auch bei der europäischen Transaktionssteuer müssen wir endlich vorankommen, damit die Verursacher der Finanzkrise angemessen an den Kosten beteiligt werden. Die Finanztransaktionssteuer darf nicht auf eine reine Steuer auf Aktien reduziert werden, die dann die normalen kleinen Anleger zahlen. Wir wollen, dass auch Derivate besteuert werden; denn mit einer Schmalspurlösung ist niemandem gedient. Herr Schäuble, deshalb kann ich Sie nur bitten, in Europa weiterhin für eine Steuer mit einer breiten Bemessungsgrundlage einzutreten.

Ich bin absolut sicher, dass die einschneidenden Reformen, die wir in Europa brauchen, nur dann in den einzelnen Ländern akzeptiert werden, wenn die Menschen ganz klar sehen, dass die Lasten, die sich aus diesen Veränderungen ergeben, fair auf alle Teile der Gesellschaft umgelegt werden.

Solidarität brauchen wir auch im Umgang mit Flüchtlingen.

Was wir da zurzeit erleben, das ist kein Ruhmesblatt für Europa. 50 Millionen Menschen sind welt-

weit auf der Flucht, so viele wie nie zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Nur ganz wenige von ihnen schaffen es nach Europa. Diese Menschen müssen dann auch noch feststellen, dass nur einige Länder überhaupt bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. So darf das nicht weitergehen. Europa darf nicht wegschauen, wenn Menschen vor Krieg und Terror flüchten.

Wir treten dafür ein, dass sich alle EU-Länder nach einem fairen Schlüssel an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen.

Einen Aufbruch brauchen wir vor allem im Kampf um Wohlstand und Wachstum.

Den Menschen, die in Dresden und anderswo demonstrieren, müssen wir erklären, dass wir Deutschen eine humanitäre Verpflichtung gegenüber Menschen haben, die mit knapper Not ihr Leben und das Leben ihrer Kinder gerettet haben.

Und wir müssen klarmachen, dass wir Deutschen wie kaum ein anderes Land auf dieser Welt ein ganz handfestes ökonomisches Interesse an der Einwanderung haben.

Ohne die Arbeitnehmer, die in den letzten drei Jahren aus EU-Ländern zu uns gekommen sind, hätten wir keine Überschüsse in den Sozialkassen. Ohne qualifizierte Arbeitnehmer laufen wir in ein wirtschaftliches Desaster. Manche von denen, die in Dresden und anderswo demonstrieren, sind möglicherweise die Ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden, wenn wir die Einwanderung von heute auf morgen stoppen.

Aber ich kann auch nachvollziehen, dass viele Menschen frustriert sind, sich abwenden und nicht verstehen, was die Politik von ihnen will. Zu lange wurde ihnen gesagt, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Ich finde, die Menschen haben ein Recht darauf, dass wir ihnen das erklären. Wir brauchen gut ausgebildete Einwanderer. Wir brauchen klare Regeln für Einwanderung, und wir brauchen eine Willkommenskultur in Deutschland.

Das zu erklären – in diesem Punkt möchte ich Ihnen aus-

drücklich recht geben, Gregor Gysi; das war der nachdenkliche Teil Ihrer Rede -, ist nicht die Aufgabe einzelner Minister oder einzelner Fraktionen; das ist die Aufgabe der gesamten Bundesregierung und des gesamten Bundestages.

Wir müssen argumentieren, differenzieren, informieren und aufklären. So können wir den Menschen die Ängste nehmen und den Organisatoren von PEGIDA das Wasser abgraben. Wir dürfen nicht zulassen, dass PEGIDA das Feindbild des „Islamischen Staates“ auf die Flüchtlinge überträgt, die als Opfer dieser Terroristen bei uns Schutz suchen, meine Damen und Herren.

Wenn es darum geht, Leben zu retten, dann darf die Religion keine Rolle spielen. Dann darf es keinen Unterschied machen, ob jemand Christ, Muslim, Schiit, Sunnit oder Jeside ist. Dann sind alle bei uns willkommen, die Schutz suchen und Schutz brauchen.

Bei PEGIDA würde ich dafür plädieren, dass wir zwischen den Drahtziehern und den Mitläufern unterscheiden. Die Drahtzieher von PEGIDA sind keine Patrioten. Das sind Nationalisten und Rassisten, die Ängste der Menschen schüren und die Gesellschaft spalten wollen.

Die Drahtzieher müssen wir bekämpfen. Mit den Mitläufern müssen wir reden. Aber die, die mitlaufen, müssen auch wissen, wem sie hinterherlaufen und von wem sie instrumentalisiert werden.

Wenn es heute für manche kein Problem mehr ist, gemeinsam mit Rechtsextremen und Neonazis zu demonstrieren, dann müssen wir klarmachen: Das ist ein Problem.

PEGIDA genießt in diesen Tagen viel Aufmerksamkeit in den Medien.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir dafür sorgen, dass auch die anderen sichtbar sind, näm-

lich diejenigen, die sich für die Flüchtlinge engagieren.

Ich bin der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz dankbar, dass sie heute, am Internationalen Tag der Migranten, Menschen aus dem ganzen Land ins Auswärtige Amt eingeladen hat, um diejenigen zu würdigen, die sich aus christlichen, humanitären oder aus politischen Motiven heraus engagieren, sich um Flüchtlinge kümmern und ihnen dabei helfen, in Deutschland zurechtzukommen.

Das sind übrigens nicht selten Menschen, die sich daran erinnern, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen Flüchtlinge aus dem Osten in Deutschland eine Zukunft gefunden haben und dass nach der Wende Millionen Aussiedler aus Osteuropa nach Deutschland gekommen sind und hier freundlich aufgenommen worden sind. Nicht wer am lautesten schreit, ist im Recht, sondern

diejenigen, die helfen, mit anpacken und solidarisch sind. Das ist die demokratische Mitte der Gesellschaft, und die müssen wir stützen.

Weil das die letzte Sitzung in diesem Jahr ist, möchte ich daran erinnern: Heute vor einem Jahr haben wir den Koalitionsvertrag unterzeichnet. Das war keine Liebesheirat und auch keine Wunschkoalition, sondern ein nüchternes Zweckbündnis auf Zeit. Aber ich finde, dass sich die Bilanz nach einem Jahr harter Arbeit sehen lassen kann. Wir haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir haben eine Rentenreform, eine Pflegereform, eine BAföG-Reform und eine EEG-Reform durchgesetzt. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2015. Wir haben das Elterngeld Plus beschlossen. Wir haben uns auf den Doppelpass verständigt. Wir beginnen im nächsten Jahr mit der weiteren Entlastung der Kommunen. Am

Ende haben wir uns bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, auf die Frauenquote verständigt. Ich finde, wir haben in kurzer Zeit viel bewegt. Deutschland ist wirtschaftlich stark geblieben und sozial gerechter geworden.

Ich möchte mich bei allen bedanken, bei der Bundeskanzlerin und beim Vizekanzler, bei allen Ministerinnen und Ministern sowie bei allen Kollegen in diesem Hause, die daran mitgewirkt haben. Ich glaube, 2016 wird ein Jahr großer politischer Herausforderungen.

Wir werden unsere ganze Kraft brauchen, um diese Herausforderungen zu meistern. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD
Beifall bei der CDU/CSU)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Koalition ist fertig



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Lieber Thomas Oppermann, ich weiß nicht, was Sie nächstes Jahr vorhaben, wir jedenfalls denken, dass wir auch das Jahr 2015 im Parlament gemeinsam verbringen werden. Was mich, ehrlich gesagt, am meisten erschüttert, ist das, was ich sehe, wenn ich mir Ihre Koalition am heutigen Tag anschau. 80 Prozent haben Sie angeblich geschafft. Ich kann nur sagen: Was wir heute gesehen haben, bedeutet, dass Sie zu 100 Prozent fertig sind. Sie sind fertig miteinander. Sorry, aber wenn man sich anschaut, wer für wen klatscht, dann kann man nur feststellen: Noch nicht einmal die erste Reihe in der SPD-Fraktion klatscht, wenn die Bundeskanzlerin etwas sagt. Noch nicht einmal die erste Reihe in der Unionsfraktion klatscht, wenn Herr Oppermann etwas sagt, außer wenn er etwas sagt, bei dem

fast alle klatschen können.

Diese Koalition hat offensichtlich nichts mehr vor. Was Sie abgearbeitet haben, ist auf Ihrem Konto. Aber was Sie nicht gemacht haben, ist, sich auf irgendeine Weise mit der Zukunft zu beschäftigen; das haben Sie heute Morgen erneut gezeigt. Draußen regt sich eine außerparlamentarische Opposition aus Rechtspopulisten, verunsicherten Modernisierungsverlierern und denen, die sich eingerichtet haben und keine Veränderung wollen; diesen reden Sie nach dem Mund.

Ihre Politik der asymmetrischen Demobilisierung hat ihr erstes Opfer gefunden, nämlich die Demokratie.

Eine Demokratie, in der nicht mehr um politische Alternativen gestritten wird, verliert an Sauerstoff. Sie verschweigen PEGIDA seit Monaten. Sie versuchen, die AfD zu verschweigen. Sie verschweigen Thilo Sarrazin. Sie verschweigen Pro NRW.

Hier geht es aber nicht um Verschweigen, Frau Merkel, hier geht es um Haltung, und hier geht es um Klarheit.

Ich sage Ihnen, Herr Oppermann, eines klar: Ich habe kein Verständnis für Mitläufer.

Wer sich hinter solche Plakate

stellt, der weiß ganz genau, was er tut. Dem sagen wir eindeutig: Nein, das ist nicht unsere Vorstellung von demokratischer Kultur, das ist nicht unsere Vorstellung vom Umgang in diesem Land.

Ja, ich nehme die Sorgen der Menschen ernst. Aber ehrlich gesagt: So viele Sorgen der Menschen, wie hier in dieser Woche ernst genommen worden sind! Ich sage Ihnen mal, an wen ich denke, wenn ich Sorgen ernst nehme. Dann denke ich nicht an die Leute, die in Dresden im Pelzmantel auf die Straße gegangen sind. Ich denke an diejenigen, die in Syrien mit ein paar letzten Kleidern versucht haben, ihr Leben zu retten und sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen.

Wer sich hinter solche Plakate stellt, der weiß ganz genau, was er tut.

An einer Stelle will ich Herrn Oppermann recht geben: Ja, die Union hat sich jahrelang der Erkenntnis verweigert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Dann hat sie angefangen, sich widerstrebend dieser Tatsache zu stellen. Aber was wir nicht tun, ist, dass wir tatsächlich über Zuwanderung reden, dass wir über diese Gesellschaft als ein gemeinsames Land reden, dessen Zuwanderungskonzept auf dem Tisch liegt.

Sie wissen doch ganz genau, wie die Situation in Syrien, im Irak

und in dem gesamten Krisengebiet ist. Natürlich werden diese Menschen hierbleiben. Womöglich wird der eine Friedensnobelpreisträger oder Literaturnobelpreisträger, und vielleicht wird der andere irgendwann einmal als Ingenieur unsere Flughäfen bauen. Das kann alles sein. Diese Menschen gehören hierher. Sie werden hierbleiben, und deswegen müssen wir jetzt darüber reden, wie wir in diesem Land zusammenleben wollen.

Herr Gysi, das Weltbild, das Sie heute hier an diesem Pult zutage gefördert haben, ist wirklich nichts anderes mehr als eine ganz große Weltverschwörung. Glauben Sie eigentlich, dass Sie damit irgendeinen der Verunsicherten, von denen Sie geredet haben, hinter dem Ofen hervorlocken? Glauben Sie, dass Sie damit irgendjemanden beruhigen? Sie blinken auf der einen Seite nach ganz links, Sie blinken auf der anderen Seite nach ganz rechts. Die Leute, die Mitläufer sind, geben ganz locker Russia Today ein Interview. Nein, der Demokratie nutzt man auch mit der großen Weltverschwörung nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die EU-Kommission ist gerade erst gestartet. Als Grüne sage ich: Sie hat in der Umweltpolitik ein veritables Rollback hingelegt. Frau Merkel, Sie loben sie noch dafür, dass die Kreislaufwirtschaftspakete gestoppt werden, dass das Programm „Saubere Luft für Europa“ gestoppt wird. Das ist eine Bankrotterklärung für die Umweltpolitik in Europa. Ich fin-

de, wir hätten in Deutschland eine andere Aufgabe.

Aber einmal unabhängig davon: Gleichzeitig setzt der Kommissionspräsident mit dem Investitionspaket ein wichtiges Zeichen für die Länder Europas. Er sagt: Wir wollen es gemeinsam tun. – Auch unabhängig davon, wie man das Investitionspaket im Detail findet: Jean-Claude Juncker ist damit ein neues und gar nicht so unwichtiges Signal gelungen. Er zeigt nämlich: Es soll eine Vision für ein gemeinsames Europa geben. Davon war heute Morgen in Ihrer Rede, Frau Merkel, nichts zu spüren.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben sich jahrelang dagegen gewehrt, dass es Zinsgarantien für unsere europäischen Nachbarn gibt, nach dem Motto: Selber schuld, wer nicht auf die Füße kommt. – De facto sind wir in Deutschland auch deswegen Exportweltmeister, weil der Süden Europas keine Kredite mehr erhält. Sie können auf dem europäischen Gipfel mit einem Schlag dafür sorgen, dass die griechischen Windkraftbetreiber endlich investieren können, und zwar ohne dass es uns wirklich etwas kostet.

Nach welchem Prinzip sollte es denn logisch sein, dass die Griechen zu hohen Preisen dreckige Kohle importieren müssen, während es Sonne und Wind umsonst gibt?

Europa hat sich im Lissabon-Vertrag das Versprechen gegeben, zur dynamischsten Region zu wer-

Der Demokratie nutzt man auch mit der großen Weltverschwörung nicht.

Fortsetzung auf nächster Seite

den. Im Moment sind wir die ängstlichste Region der Welt. Frau Merkel, Sie bewundern doch Länder wie Neuseeland und Kanada, in denen Zukunftsoptimismus und Einwanderung zur wirtschaftlichen und kulturellen Dynamik im Rahmen der Wertegemeinschaft führen. Wieso werben Sie dann nicht hierzulande für eine solche Gesellschaft?

Das Investitionspaket ist ein zaghafter Schritt heraus aus der Agonie.

Ich habe Herrn Oppermann zugehört, der die Investitionen hier wie verrückt gelobt hat. Was ich von der Bundesregierung, insbesondere von Herrn Gabriel, sehe, ist das Gegenteil: Erst hat Herr Gabriel breitbeinig erklärt, das sei quasi sein Investitionsprogramm,

und dann duckte man sich weg, weil man irgendwie in Kauf nimmt, dass die spanischen und die griechischen Mittelständler für die Konsolidierung des Haushalts in Deutschland verantwortlich sein müssen. Nein, das ist kein Kollateralschaden; das ist falsche Politik.

Was ich nicht verstehe: Sie feiern sich hier monatelang für eine Haushaltspolitik, und gleichzeitig stellen Sie alle Investitionen in diesem Land auf Sparflamme. Bröckelnde Brücken und schleichende Züge, das ist das Bild von Deutschland im Jahr 2014.

Das ist doch verrückt. Was machen Sie dann? Sie schicken eine Wunschliste nach Brüssel, eine Wunschliste, die 90 Milliarden Euro schwer ist, nach dem Motto: Wir geben zwar nichts, aber was man hat, das hat man. Ihre Wunschliste ist in diesem Haus niemals diskutiert worden. Ja, wo sind wir denn eigentlich?

Sie schicken Wünsche nach Brüssel, und das Parlament wird nicht beteiligt, so nach dem Motto: 80 Prozent der Wählerstimmen – Arroganz der Macht, wir brauchen das ja nicht mehr.

Das Investitionspaket ist ein zaghafter Schritt heraus aus der Agonie.

Volker Kauder, CDU/CSU:

Wir müssen für Positionen auch einstehen



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil - Tuttlingen

Die Bundeskanzlerin hat hier einen Bericht über die Schwerpunkte des bevorstehenden Europäischen Rates abgegeben. Sie hat mit Recht über das gesprochen, was die größte Herausforderung und die größte Sorge ist: die Friedensordnung in diesem Europa und mit den angrenzenden Nachbarn zu erhalten. Das ist der entscheidende Punkt. Wie kann dies erreicht werden? Was wir in Europa erreicht haben, das darf jetzt nicht gefährdet werden.

Europa ist bisher keinen einfachen Weg gegangen.

Gerade am heutigen Tag ist es völlig richtig und lohnenswert, noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Friedensprozess in Europa über die deutsch-französische Freundschaft in Gang gekommen ist. Deswegen habe ich Andreas Schockenhoff immer bewundert

und unterstützt, der die deutsch-französische Freundschaft als einen entscheidenden Motor gesehen hat und der bei mancher Schwierigkeit immer dafür geworben hat, dass wir das Feuer der Freundschaft zwischen den Deutschen und den Franzosen aufrechterhalten. Ich möchte Andreas Schockenhoff auch an dieser Stelle einen herzlichen Dank dafür sagen.

Natürlich kann man in einer Demokratie über die Wege, wie man diesen Frieden sichern will und soll, reden. Aber ich bin dankbar dafür, dass wir in Europa zu einer gemeinsamen und übereinstimmenden Haltung gekommen sind, wie wir weiter vorgehen wollen. Das umfasst zwei Elemente.

Das eine Element heißt Dialog: miteinander reden, auch wenn es nicht einfach ist. Wenn man Berichte hört, wie Gespräche mit Präsident Putin aussehen, muss man sagen: Man muss sich wirklich zusammennehmen, um immer wieder einen neuen Anfang bei solchen Gesprächen zu machen. Ich bin allen Mitgliedern der Bundesregierung dankbar, die das immer wieder versuchen – wissend, wie schwer es ist, zu Ergebnissen zu kommen.

Natürlich gehört zu diesem Dialog auch, zu zeigen, dass man bereit ist, für seine Werte und Positionen einzustehen. Wir haben in der Geschichte oft genug erlebt,

was daraus wird, wenn man nicht für seine Positionen einsteht, wenn man nicht deutlich macht, dass man sich nicht einfach alles gefallen lässt; denn es gibt immer wieder einige, die meinen, sie könnten ihre Kraft und Macht ausnutzen, ohne auf andere Rücksicht zu nehmen. Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen.

Deshalb waren die Sanktionen notwendig und richtig. Wir dürfen gerade in diesem Jahr 2014 die Erkenntnisse, die wir aus unserer eigenen Geschichte gewonnen haben, nicht einfach aus unserem Handlungskatalog streichen. Die zentrale Antwort auf die Frage „Wie sind der Erste und der Zweite Weltkrieg entstanden?“ war doch: Weil irgendeiner wir Deutsche waren immer dabei die Integrität anderer Länder nicht akzeptiert hat. Es darf nicht zugelassen werden, dass Grenzen in Europa und darüber hinaus mit Gewalt, mit Macht und mit Militär verändert werden sollen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Und das ist auch die Botschaft an Präsident Putin.

In diesem Zusammenhang muss ich schon einmal ausdrücklich sagen: Ich habe für die allermeisten außenpolitischen Positionen der Linken ohnehin wenig Verständnis, aber so zu tun, als ob Putin der Friedensengel und die anderen die Aggressoren seien, ist schon eine Verdrehung der Geschichte, Herr Gysi.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich wird auf diesem Gipfel in Europa auch darüber gesprochen, wie wir weiterkommen bei der Bekämpfung des

Sie haben die Wirtschaftslobbyisten einbezogen, aber nicht das Parlament. Auf der Liste, die Sie nach Brüssel geschickt haben, stehen keine Zukunftsinvestitionen. Da stehen die alten deutschen Darlings der falschen Investitionen. Darauf stehen Mittel zur Erneuerung alter Autobahnen. Da steht nichts von Klimaschutz, da steht nichts von Energiewende; da kann Frau Hendricks in Lima so viel Ringelpiez mit Anfassen machen, wie sie will. Ich sage Ihnen: Wenn man tatsächlich investieren will, dann nimmt man hier 12 Milliarden Euro in die Hand und investiert in die richtigen Projekte, und zwar in die gemeinsamen europäischen; um die geht es nämlich.

Frau Merkel, liebe Große Koali-

tion, sagen Sie endlich, worum es in den nächsten Jahren gehen soll. Dass Herr Oppermann das nächste Jahr schon verschluckt, das spricht ja Bände. Werben Sie für ein Europa, das ein Zuhause ist, in dem man gern lebt, egal wo man geboren ist, egal ob man arm ist oder reich, egal woher man kommt und woher man geflohen ist. Nein, PEGIDA ist nicht Deutschland. Ich jedenfalls will nicht in einem Land leben ohne Ekin Deligöz, ohne Navid Kermani und auch nicht ohne Jérôme Boateng, obwohl er für mich als Schalke-Fan wirklich im falschen Klub spielt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

islamistischen Terrors, der jetzt von al-Qaida in Pakistan schrecklich und brutal, gemein und hinterhältig an Kindern ausgeübt worden ist. Wir müssen darüber nachdenken, was wir tun können, um den Terror, der vom IS, von Boko Haram und anderen Gruppierungen ausgeht, einzudämmen; das ist das eine.

Das andere ist, dass wir in Europa sicher auch darüber reden müssen, wie wir die Menschen, die zu uns kommen, die ihre nackte Existenz und die ihrer Kinder und Angehörigen retten und verteidigen wollen, in diesem Europa unterbringen. Ich will zunächst einmal einen Hinweis für das gesamte Europa geben: Ich schaue regelmäßig auf die Situation in Kurdistan; Kolleginnen und Kollegen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort gewesen. Ich kann nur sagen: 5 Millionen Kurden sind in der Lage, 1,4 Millionen Flüchtlinge in ihrem kleinen Land aufzunehmen.

Angesichts dieser Zahlen werden wir in Deutschland es ja wohl schaffen, 200.000 Flüchtlinge und ein paar mehr in unserem Land aufzunehmen.

Jetzt, finde ich, müssen wir auch darüber reden, wie die Menschen in unserem Land das sehen. Ich teile die Auffassung, dass diejenigen, die jeden Montag demonstrieren die dazu übrigens ein Recht haben in unserem Lande, sich ganz genau überlegen müssen, hinter welchen Parolen und welchen Plakaten sie diese Demonstrationen mitmachen. Aber bevor wir über die Tausende, über Zehntausend reden, sollten wir einmal über die Millionen in unserem Land reden, die bereit sind, sich mit ganzer Kraft ehrenamtlich

für Flüchtlinge einzusetzen.

Das ist ein Punkt, den ich am heutigen Tag etwas vermisse. Es muss von diesem Parlament aus auch immer wieder eine Bestärkung der Gutwilligen in diesem Land ausgehen, statt dass immer nur über die geredet wird, hinter denen wir nicht stehen.

Dazu will ich einmal eine ermutigende Zahl nennen. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat in diesen Tagen eine Umfrage zur Einstellung der Menschen zu Flüchtlingen veröffentlicht. Frau Köcher macht dies schon seit vielen Jahren; meistens wird es gar nicht richtig beachtet. Diese Umfrage zeigt, dass die überwiegende Zahl der Menschen in unserem Land sagt: Wir wollen, dass für diese Flüchtlinge in unserem Land eine gute Unterbringung und gute Lebensbedingungen geschaffen werden.

Da hat sich einiges verändert. Es gibt eine breite Mehrheit, weit über 80 Prozent, die sagt: Ja, die Menschen, die aus dem Irak und aus Syrien kommen, die so brutal bedrängt sind, sind bei uns willkommen. Und es gibt eine breite Mehrheit, die sagt: Ja, diejenigen, die aus Afrika kommen, deren Leben und Existenz bedroht sind, sind willkommen. Dann gibt es natürlich auch den Hinweis, dass man es nicht akzeptieren will und nicht verstehen kann, dass Menschen hierherkommen, obwohl ihr Leben nicht bedroht ist, um Sozialhilfe zu bekommen. Sie sagen: Dass Menschen lediglich aus diesem Grund kommen, das lehnen wir ab. Ich finde, man sollte klar sagen: Wer zu uns kommen will und seine Chance nutzen

Ich bin dankbar dafür, dass wir in Europa zu einer gemeinsamen Haltung gekommen sind.

Was wir in Europa erreicht haben, das darf jetzt nicht gefährdet werden.

will, ist herzlich willkommen. Aber wer zu uns kommen will, um nicht zu arbeiten und nur Sozialleistungen zu beziehen, der ist in diesem Land nicht so richtig willkommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich höre jetzt das Gemurre, aber ich sage Ihnen: Das gehört alles zusammen. Es muss differenziert gesehen werden. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land – dafür sage ich ihnen einen herzlichen Dank; das hören sie viel zu selten – ist bereit, für Flüchtlinge sehr viel zu tun und sie aufzunehmen.

Natürlich müssen wir auch darüber reden, wie wir die Flüchtlinge in ganz Europa aufnehmen. Aber da werden wir nicht zu schnellen Lösungen kommen. Solange wir in der Flüchtlingspolitik und in der Sozialpolitik unterschiedliche Positionen haben, wird es gar nicht so einfach sein, darüber zu entscheiden, wie wir die Flüchtlinge verteilen sollen. Wer nach Deutschland kommt, muss in Deutschland Aufnahme finden und entsprechend untergebracht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir darüber reden, was in Europa wichtig ist, dann wird zu Recht darauf hingewiesen, dass wir natürlich in Europa Lebenschancen schaffen müssen, und das gelingt nur durch Wachstum. Das ist völlig richtig. Aber ich bin doch immer wieder einigermassen überrascht, wie wir über Wachstum reden: als wenn das eine schnell wachsende Pflanze wäre, der man am Morgen richtig viel Wasser gibt und aus der am Abend ein großer Baum geworden ist. Das sollten wir den Menschen nicht weismachen wollen. Wachstum ist eine Aufgabe, die längerfristig angelegt sein muss. Wir alle wissen, dass durch Hineinschütten von Milliarden Euro an Steuergeldern, womöglich noch auf Pump finanziert, wirklich nachhaltiges Wachstum nicht entsteht, nicht in unserem Land und nicht in Europa.

Was bringt Wachstum? Der größte Wachstumstreiber – das hat Thomas Oppermann angesprochen – ist Bildung. Was man mit Investitionen anschiebt, um Bildung, Innovation und Forschung voranzubringen, das schafft Wachstum.

Jetzt muss ich einmal sagen, wo wir angefangen haben. Wir haben angefangen 2005 mit jährlich 7 Milliarden Euro für Forschung, Innovation und Bildung. Jetzt sind wir bei 14 Milliarden Euro jährlich in diesem Bereich.

Wer meint, Frau Göring-Eck-

ardt, Investitionen seien nur solche in Straßen und ähnliche Dinge, der hat die Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Innovation als Investitionstreiber nicht richtig verstanden, um das einmal klar zu sagen.

Ein Jahr nach Bildung der Großen Koalition können wir klar und deutlich sagen: Wir haben in dem wichtigen Bereich von Investitionen in Wachstum einiges getan. Ja, wir wissen, dass wir im Straßenbau, beim schnellen Internet und in manch anderem Bereich noch etwas tun müssen.

Sie als Grüne haben überhaupt keinen Grund, so zu tun, als ob Sie schon immer die größten Investoren in Straßenbau gewesen wären.

Das muss ich mir von Ihnen wahrhaftig nicht vorwerfen lassen. Also, so was! Ich habe erlebt, wie grüne Umweltminister Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur überall verhindert, und nicht, dass sie sie unterstützt haben. Deswegen brauchen wir von dieser Seite keine Belehrungen.

Wir wollen da einiges voranbringen. Wenn wir ein großes Programm für Investitionen bringen, bin ich einmal gespannt, auf welcher Seite der Bürgerinitiative die Kolleginnen und Kollegen der Grünen dann stehen.

Da haben wir miteinander noch einiges vor uns.

Wir werden auch ins schnelle Internet investieren. Wir haben vorgesehen, mit Investitionsmitteln in diesem Bereich etwas zu tun. Der entscheidende Treiber für Wachstum ist, wie gesagt, Bildung und Forschung.

Die Bundeskanzlerin hat es angesprochen: Vor allem findet Wachstum – damit gibt es Chancen für Arbeitsplätze auch für die junge Generation – in unserer Wirtschaft statt, in Deutschland vor allem in einer durch den Mittelstand geprägten Wirtschaft. Deswegen ist es notwendig und richtig, dass wir alles tun, um den mittelständischen Betrieben unserer Wirtschaft die Luft zum Atmen und zum Investieren zu lassen. Herr Wirtschaftsminister Gabriel, ich bin dankbar, dass man jetzt ein Programm zur Entlastung von Bürokratie auf den Weg gebracht hat – zunächst einmal ein Programm. Dann haben wir gemeinsam noch die schöne Aufgabe vor uns – ich bin überzeugt, dass wir die stemmen werden –, die sehr guten einzelnen Punkte auch in Gesetze zu bringen, Herr Minister. Da wird es in beiden Fraktionen sicher noch die eine oder andere Diskussion geben. Aber Sie sind ja führungsstark genug, um mitzu-

helfen, dass wir das durchbringen. Ich werde meinen Beitrag dazu leisten, dass wir für die deutsche Wirtschaft zu einer Entlastung von Bürokratie kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu gehört auch, dass es dabei bleibt – die Zusage habe ich an diesem Platz schon mehrfach gemacht –: keine Steuererhöhungen. Die deutsche Wirtschaft hat einen enormen Investitionsaufwand, gerade wegen Industrie 4.0. Ich glaube, dass ich auch im Namen der SPD-Fraktion, im Namen unseres Koalitionspartners sagen kann: Wir werden die Möglichkeiten und die Spielräume, die das Bundesverfassungsgericht jetzt dargestellt hat, nutzen, um unserer mittelständischen Wirtschaft bei der Erbschaftsteuer

helfen, werden wir tun. Deshalb bin ich insgesamt der Überzeugung, dass wir in diesem ersten Jahr in dieser Koalition eine gute Arbeit geleistet haben. Frau Göring-Eckardt, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen: Wir kommen ganz gut miteinander aus. Natürlich gibt es mal die eine

auch in Zukunft keine Steine in den Weg zu legen, sondern ihr Investitionsmöglichkeiten zu erhalten.

Ich bin Wolfgang Schäuble dankbar dafür, dass er gesagt hat: Das werden wir gleich zu Beginn des nächsten Jahres anpacken. – Somit gibt es erst gar keine Verunsicherung. Die Wirtschaft kann sich darauf verlassen: Was wir tun können, um ihr zu helfen, werden wir tun.

Deshalb bin ich insgesamt der Überzeugung, dass wir in diesem ersten Jahr in dieser Koalition eine gute Arbeit geleistet haben. Frau Göring-Eckardt, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen: Wir kommen ganz gut miteinander aus. Natürlich gibt es mal die eine

Natürlich gibt es mal die eine

oder andere Diskussion. Die gibt es überall. Ich muss Ihnen aber sagen: Ich habe von vielen Grünen gehört, wie das während Ihrer Regierungszeit mit der SPD war und wie es gekracht und geknallt hat.

Viele von Ihnen haben darunter gelitten. Wir leiden in der Großen Koalition nicht.

Wir machen unsere Arbeit, und wir werden den Menschen in diesem Land auch im nächsten Jahr eine gute Regierung stellen. Sie sagen, bei uns knirscht es manchmal. Ich lese nur die Zeitungen, aber ich kriege auch so vieles darüber mit, wie es bei Ihnen knirscht. Dazu kann ich nur sagen: Ich wünsche Ihnen mehr Frieden. Uns allen wünsche ich für das kommende Jahr alles Gute.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wachstum ist eine Aufgabe, die längerfristig angelegt sein muss.

Axel Schäfer, SPD:

Parlament ist gefordert



Axel Schäfer (*1959)
Wahlkreis Bochum

Auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestags steht heute die Debatte über den Europäischen Rat. Reden wir also auch über die Parlamentarisierung in Europa.

Erstens. Es ist uns 2014 gegen den ursprünglichen Willen des Europäischen Rates gelungen, dass auf Vorschlag der Christdemokraten, der Liberalen, der Grünen, der Sozialdemokraten und der Linken das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten wählt und niemand anderes. Das haben wir geschafft, und das sollten wir uns alle gemeinsam als Erfolg zuschreiben.

Zweitens ist die Konsequenz daraus, dass das Investitionsprogramm, das als Entwurf von Jean-Claude Juncker jetzt vorliegt, eine parlamentarische Aufgabe sein muss. Das ist keine Angelegenheit von zwischenstaatlichen Vereinba-

rungen oder Entscheidungen im Rat, die wir mit Ja oder Nein begleiten. Vielmehr muss es eine Debatte in allen nationalen Parlamenten und die gesetzgeberische Entscheidung im Europäischen Parlament sein. Deshalb sind alle Fraktionen in diesem Parlament gefordert mit Vorschlägen, Vorstellungen, auch Kritik. Es sollte das Parlament entscheiden und nicht die Staats- und Regierungschefs.

Drittens. Ich fand es bezogen auf Europa 2014 für den Deutschen Bundestag den wichtigsten Erfolg, dass wir alle ich fange einmal anders herum an: Linkspartei, SPD, Grüne und CDU/CSU gesagt haben: Wir stehen für Verständigung, auch für Solidarität zwischen den Völkern in Europa. Wir wollen keine militärische Lösung irgendeines Konfliktes, auch nicht bei der Frage Ukraine/Russland. Das sollte uns zusammenhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollte uns in den verschiedenen Funktionen, die wir haben, ermöglichen, gemeinsam Gutes zu bewirken. Das ist wichtig und keine Selbstverständlichkeit. Denkt einmal zurück, wie hier vor zehn Jahren diskutiert worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist der 18. Dezember,

der Geburtstag von Willy Brandt. Als er Kanzler wurde, gab es auch einen Europäischen Rat; das war im Dezember 1969. Die erste Initiative betraf die Vertiefung und die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses mit Großbritannien, Dänemark, Irland, Norwegen. Mit Norwegen hat es leider nicht funktioniert. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokraten stehen bewusst in dieser Tradition, gerade am heutigen Tag und gerade bei einer Debatte über einen Europäischen Rat. Wir müssen diese Gemeinschaft weiter vertiefen, und wir müssen auch die Erweiterungsmöglichkeiten nutzen. Das wird nur gehen, wenn wir mit der Kommission in allen Fragen, natürlich auch bei TTIP,

eine offene, transparente Debatte führen und die Bürgerinnen und Bürger einladen, sich zu beteiligen und mitzumachen bei der Lösung von Problemen. Wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, wir wüssten alles besser und Bürger brauchten nicht mitzumachen. Dieses Mitmachen in Europa ist zentral. Das sollten wir uns auch 2015 in allen Fraktionen vornehmen; denn Europa gelingt nur gemeinsam.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, wir wüssten alles besser.

Gerda Hasselfeldt, CDU/CSU:

Es muss mehr investiert werden



Gerda Hasselfeldt (*1950)
Wahlkreis Fürstentfeldbruck

25 Jahre nach dem Mauerfall erleben wir nun, dass an der Spitze des Europäischen Rats ein ehemaliger polnischer Ministerpräsident steht. Ich finde, das kann uns gar nicht oft genug gesagt und bewusst gemacht werden. Wer hätte das vor 25 Jahren gedacht? Gerade an diesem Moment wird deutlich, wozu diese europäische Friedensordnung in der Lage ist, welche Kraft sie entfaltet hat und entfalten kann.

Es stimmt, was einige von Ihnen gesagt haben, dass wir nach wie vor große ökonomische, aber auch politische Herausforderungen in Europa haben. Die Staatsschuldenkrise ist noch nicht voll bewältigt. Aber es stimmt auch, dass wir auf dem Weg zur Bewältigung dieser Krise Erfolge erzielt haben: Spanien, Portugal und Irland haben den Rettungsschirm verlassen. Selbst Griechenland und Zypern sind auf einem guten Weg. Meine Damen und Herren, auch das sollten wir nicht einfach zur Seite legen. Denn es ist das Ergebnis einer richtigen Politik, einer richtigen Weichenstellung in

Europa insgesamt, aber auch richtiger Weichenstellungen in den Ländern. Beides gehört zusammen: die Entscheidungen auf europäischer Ebene, beispielsweise zum Europäischen Stabilitätsmechanismus, zur Bankenregulierung oder zum Fiskalpakt, genauso wie die Entscheidungen der nationalen Gremien in den Nationalstaaten, beispielsweise für Strukturreformen und solide Haushalte.

Nun stehen wir vor der Herausforderung, neben der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte, neben den notwendigen Strukturreformen auch dafür zu sorgen, dass mehr investiert wird, dass Wachstum entsteht, dass die Arbeitslosen weniger werden, dass die Jugendlichen in den Problemländern Arbeit bekommen, in den Arbeitsprozess hineinwachsen, dass die Unternehmer dort investieren können, wo es notwendig ist. Dazu brauchen wir keine schuldenfinanzierten konjunkturellen Strohfeuerprogramme. Wir brauchen auch keine Programme, die über den ESM finanziert werden. Dazu ist der Europäische Stabilitätsmechanismus nicht da.

Das 315-Milliarden-Euro-Programm, das jetzt vom Kommissionspräsidenten vorgelegt wurde, ist eben kein Strohfeuerprogramm, kein Konjunkturprogramm, sondern ein Investitionsprogramm, bei dem private Investitionen und privates Kapital im Mittelpunkt und im Vordergrund stehen. Das ist das Entscheidende.

Natürlich steht und fällt der Erfolg mit der Auswahl der entsprechenden Projekte.

Ich sage immer: Gott sei Dank

müssen wir uns nicht mit Ihnen über die Auswahl der Projekte streiten; denn dann käme nichts Gescheites heraus.

Ich bin sehr froh – es ist völlig richtig –, dass die Auswahl der Projekte und ihre Abwicklung von den Experten der Europäischen Investitionsbank vorgenommen werden. Denn entscheidend ist, dass es Wachstumsprojekte sind, dass es Projekte sind, mit denen keine Mitnahmeeffekte verbunden sind, dass es Projekte sind, die in der Tat wirtschaftlich tragfähig sind und nicht nur Risiken mit sich bringen, dass es Projekte sind, die dort realisiert werden, wo sie tatsächlich notwendig sind; das müssen die Kriterien für die Auswahl der Projekte sein.

Nun wissen wir auch, dass Geld zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Anreiz ist. Gerade für Investitionen aus privater Hand ist es sehr entscheidend, ob die Bedingungen auch stimmen, die Investitionsbedingungen, die Rahmenbedingungen; Volker Kauder hat vorhin einige angesprochen. Ganz wesentlich ist dabei der große bürokratische Aufwand, der uns allen miteinander – nicht nur in anderen europäischen Ländern, sondern auch bei uns – gelegentlich das Leben schwerer macht, als es sein müsste. Deshalb begrüße auch ich die Vorschläge zum Abbau von Bürokratie, die der Wirtschaftsminister auf den Tisch gelegt hat. Ich appelliere aber an uns alle, ohne Scheuklappen auch einmal an das heranzugehen, was sonst noch alles abgebaut werden könnte, nämlich an das, was wir – manchmal oder sogar meistens mit gutem Willen, weil wir Deutsche alles ganz besonders akkurat machen wollen – uns zusätzlich aufbürden, vorschreiben und kontrollieren usw. Da müssen wir alle uns selbst zur Brust nehmen und sagen: Das alles müssen wir einmal überprüfen.

Dies gilt auch für das, worüber wir aktuell entscheiden. Das schreiben uns investitionsbereite Unternehmer fast tagtäglich ins Stammbuch. Dazu gehört natürlich auch, dass weiterhin alle Länder ihre Hausaufgaben machen. An den notwendigen Strukturreformen und an der notwendigen Haushaltskonsolidierung darf weiterhin kein Weg vorbeiführen.

Wir in Deutschland haben eine Vorreiterrolle und auch eine Vorbildfunktion. Bei allen Gesprächen, die wir mit unseren Kollegen in Frankreich und Italien füh-

ren, müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass ein solider Haushalt und die notwendigen Strukturreformen die Bedingungen dafür sind, dass die Unternehmer Vertrauen in die Politik haben, und nur dann, wenn Vertrauen da ist, auch investiert wird. Das ist eine wesentliche Grundlage.

Europa ist aber nicht nur eine wirtschaftliche Kooperation, fast eine wirtschaftliche Abhängigkeit voneinander. Dieses Europa hat auch eine gemeinsame außenpolitische Stimme und eine gemeinsame außenpolitische Verantwortung; gerade durch das, was sich in der Ukraine abgespielt hat, ist das besonders deutlich geworden. Das, was wir dort beklagen müssen, bedeutet aus meiner Sicht fast eine Erschütterung unserer lange erkämpften und hart erarbeiteten Nachkriegsordnung. Diese Nachkriegsordnung hat zwei wesentliche Elemente, nämlich die territoriale Integrität der Staaten und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten.

Diese beiden wesentlichen Elemente werden und wurden durch das Verhalten Russlands beschädigt. Jeder, der Völkerrechtsverletzungen schönredet und sie als nicht so wichtig abtut, hat aus der Geschichte offensichtlich nichts gelernt.

Jetzt geht es darum, den Menschen in der Ukraine und ihrem Land politisch, wirtschaftlich und humanitär zu helfen. Es geht natürlich auch darum, den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen zu lassen. Deshalb danke ich der Bundeskanzlerin, dem Außenminister und auch dem Entwicklungshilfeminister für all das, was sie für Deutschland auf diesem Weg geleistet haben, aber auch für die gemeinsame europäische Reaktion auf diese Situation; denn das war nicht selbstverständlich. Das ist nach wie vor harte Arbeit; meine hohe Anerkennung und mein großer Dank dafür.

Die Krisenherde in der Welt erschüttern uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das nicht erst seit wenigen Tagen. Der Terror des ISIS in Syrien und im Irak destabilisiert eine ganze Region. Viele Menschen flüchten vor diesem Terror, um Leib und Leben zu retten. Vor diesem Hintergrund sind wir alle miteinander gefordert, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass möglichst viele Menschen dort bleiben können. Wir tun das durch humanitäre Hilfe, durch Hilfe im Bereich Ausrüstung und Waffen und künftig wohl auch durch Hilfe im Bereich Ausbildung. Trotzdem können nicht alle dort bleiben, viele müssen ihre

Heimat verlassen.

Die Menschen aus Syrien, aus dem Irak und anderen Krisengebieten kommen nicht zu uns, weil sie gerne reisen, sondern sie kommen zu uns, um ihr Leben zu retten, um in Sicherheit leben zu können und um nicht weiter verfolgt zu werden. Das muss uns allen bewusst sein. Natürlich muss uns auch bewusst sein, dass wir uns dabei nicht überfordern dürfen.

Ich möchte auch meinerseits all jenen einen herzlichen Dank aussprechen, die sich in unseren Städten und Gemeinden als Kommunalpolitiker oder ehrenamtliche

Helfer dafür einsetzen, dass diese Menschen hier gut versorgt werden, dass sie aufgenommen werden, dass sie Menschlichkeit spüren und nicht nur jetzt, vor Weihnachten, sondern auch darüber hinaus das Gefühl

haben: Ja, es gibt noch so etwas wie Menschlichkeit auf der Welt.

Wir alle müssen versuchen, das gerecht zu gestalten und natürlich auch in Europa für eine gerechte Verteilung zu sorgen. Ich teile all das, was in Bezug auf die Menschen, die auf die Straße gehen und demonstrieren, gesagt wurde. Das ist eine Aufgabe von uns allen, von jedem und jeder in diesem Parlament, aber auch von jedem und jeder in der Gesellschaft: Wir müssen aufklären, reden, diskutieren. Wir haben so ein großes Glück, in einem freien Land und einem freien Europa zu leben und unser Leben selbst gestalten zu können. Dafür sollten wir nicht nur dankbar sein, sondern wir sollten aus dieser Freiheit auch Verantwortung ableiten.

Gerade jetzt, zu Beginn einer neuen Epoche in Europa, jetzt, da die neue Kommission, der Europäische Rat unter einem neuen Ratspräsidenten und das Europäische Parlament die Arbeit so richtig beginnen, wird uns deutlich: Wir haben in diesem Europa mit seinen 28 ganz unterschiedlichen Ländern schon so viel geschafft. Wenn wir unsere Herausforderungen gemeinsam annehmen und dieses Europa gemeinsam weitergestalten, dann werden wir die Probleme, die vor uns liegen, so erfolgreich lösen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.

Ich wünsche der Kanzlerin bei den Verhandlungen und Gesprächen weiterhin die glückliche Hand, die sie in der Vergangenheit hatte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Außenminister Steinmeier (SPD) im Gespräch während der Debatte

© dpa

Nun wissen wir auch, dass Geld zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Anreiz ist.

Manuel Sarrazin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Uneuropäisches Verhalten



Manuel Sarrazin (*1982)
Landesliste Hamburg

Gehrte Frau Hasselfeldt! Ich vertraue darauf, dass Ihre Liste die EIB aussieht. Ich halte Ihre Liste, in gewisser Hinsicht vielleicht auch Ihre Koalition, für, technisch gesprochen, nicht förderfähig.

Aber dass Sie jetzt so tun, als wäre es Ihr Verdienst, wenn Ihre Liste mit nicht förderfähigen Projekten von Experten ausgesiebt wird, das ist schon ein starkes Stück.

Ich bin der Meinung, dass das Beste, was Sie und die Kanzlerin hier gesagt haben, ist, dass die Experten das entscheiden sollen.

Denn Experten sind Sie nicht; das ist schon einmal klar. Von daher sind auch wir dafür.

Sie haben über Jahre hinweg gesagt, die anderen Länder in der EU hätten keine Projekte. Jetzt reichen alle Länder Projekte ein, und es ist reines Glück, dass Deutschland noch irgendeine Liste zustande bekommen hat. Sonst wäre gar keine Liste vorgelegt worden. Sie haben keine wachstumsfördernden und nachhaltigen Investitionsprojekte, aber die anderen haben sie.

Das Faszinierende ist, Herr Kauder, dass Sie trotzdem hier schreien. Sie sprachen von der angeblichen Beteiligung von 90 Milliarden Euro. In Echt ist es doch so: Als wirtschaftlich stärkstes Land in Europa halten Sie die Hand auf, wollen aber selber nichts geben. Anstatt jetzt ein Zeichen zu setzen, anstatt den ersten Schritt zu gehen, anstatt solidarisch für gemeinsame europäische Projekte einzutreten, die

Denn Experten sind Sie nicht; das ist schon einmal klar.

nicht nationale Selbstbedienung sind auch nicht in Frankreich und Portugal, über die Experten entschieden und die europäisch ausgerichtet sind, anstatt zu sagen: „Wir sind bereit, uns zu beteiligen“, sagen Sie: Wir wollen Geld für die Elbvertiefung, aber „mir gäbet nix“. Das ist uneuropäisch; das muss ich wirklich sagen.

Ich habe mir jahrelang von der SPD angehört: Wir brauchen Investitionsprogramme und einen Marshallplan. Sie haben mir wirklich die Ohren abgekaut.

Aber das Erste, was Herr Gabriel jetzt macht, ist, seinem Spitzenkandidaten, Herrn Schulz, in den Rücken zu fallen und zu sagen: Nein, Geld haben wir nicht.

Wir sagen: 12 Milliarden Euro über drei Jahre in den Juncker-Plan einzuzahlen, kann Deutschland leisten. Damit würden Sie den Diskurs ändern. Sie würden diesem „Madame No“, das Frau Merkel immer zugeschrieben wird, den

Boden entziehen. Sie würden zeigen: Deutschland sagt Ja. Wir sind bereit, uns zu engagieren, gemeinsam europäisch voranzugehen. Wir sind die Ersten, die Ja und nicht Nein sagen.

Was aber kommt von Ihnen? Wir reden über PEGIDA und sonst etwas. Zeigen Sie doch einmal etwas.

Wissen Sie, die Lage ist ziemlich schwierig, nicht nur ökonomisch. Wir sind seit Jahren in der Situation, dass die Debatten auf den Europäischen Räten mehr und mehr nationalisiert werden. Plötzlich entstehen wieder Gewinner und Verlierer. Die Magie der Europäischen Union – ich zitiere den spanischen Botschafter, Herr Grosse-Brömer –, Gewinner und Gewinner zu schaffen, die einmal mehr, einmal weniger gewinnen, aber keine Gewinner und Verlierer, droht verloren zu gehen über einen Debattenstil, bei dem jeder nur an sich selber denkt, von nationalen Interessen getrieben auf den Gipfel geht, dort verhandelt und dann zu Hause erklärt, warum Deutschland oder Frankreich oder Griechenland gewonnen haben.

Die möglichen Neuwahlen in Griechenland werden genau in diesem Ton stattfinden. In diese

Sentiments, in diesen Ton hinein hätte Deutschland die Gelegenheit, zu sagen: Wir unterstützen den EVP-Spitzenkandidaten bei der Umsetzung dessen, was der SPD-Spitzenkandidat Herr Schulz immer gefordert hat: Es soll im Sinne von gemeinsamen europäischen Projekten ausgestaltet und von europäischen Experten ent-

schieden werden. Es soll einen europäischen Mehrwert haben und am besten noch einen klaren grünen Oberpunkt, nämlich nachhaltige ökologische Projekte im Bereich erneuerbarer Energien und im Bereich Breitbandausbau,

die grenzüberschreitend sind. Das ist eine europäische Vision.

Man muss natürlich genau auf die Kriterien schauen, man muss genau auf die Struktur schauen. Was ich heute hier gespürt habe, ist reiner Antagonismus.

Das Wort, das hier am häufigsten und besonders antagonistisch vorgetragen wird, ist Entschlossenheit. Wissen Sie, es reicht nicht aus, wenn Sie hier sagen: „Lassen Sie uns entschlossen in die Zukunft schauen“, und dann, wenn Herr Juncker ein Projekt vorlegt, einfach zu antworten: Ach nein – aber Geld wollen wir trotzdem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Westphal, SPD:

Es geht um Weichenstellungen für Europa



Bernd Westphal (*1960)
Landesliste Niedersachsen

Am Ende des erfolgreichen Jahres 2014 geht es um die richtige Weichenstellung für Europa. Es geht um die Schaffung von Perspektiven und Vertrauen für das vereinte Europa. Ebenso müssen Zuversicht und der feste Wille, die Zukunft Europas zu gestalten, signalisiert werden. Die Europäische Kom-

mission muss gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und natürlich auch dem Europäischen Rat für eine fortschrittliche Politik in Europa sorgen.

Wirtschaftspolitisch stehen Investitionen im Fokus. In der EU ist das Investitionsniveau seit 2007 um etwa 15 Prozent gesunken. Wir brauchen mehr wirtschaftliches Vertrauen, politische Strategien und einen verlässlichen rechtlichen Rahmen sowie eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel. Dabei kommt es darauf an, dass große Unternehmen nicht unsere Strukturen des Gemeinwohls in Anspruch nehmen können und sich dann, wenn es um Steuerzahlungen geht, einen schlanken Fuß

Es geht um die Schaffung von Perspektiven und Vertrauen für das vereinte Europa.

machen. Das müssen wir zukünftig verhindern. Mit dem Investitionsprogramm der EU sollen in den nächsten drei Jahren zusätzlich 315 Milliarden Euro realisiert werden. Das ist ein politisch ambitionierter Plan, der aber dafür sorgt, den Investitionsrückgang umzukehren, Arbeitsplätze zu schaffen, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und für wirtschaftliche Erholung zu sorgen. Wir müssen bei den gesamten Investitionsprojekten auch dafür sorgen, dass

der Aspekt der Nachhaltigkeit mit einfließt. Wir müssen neben den Impulsen für eine Ankurbelung der Wirtschaft die sozialen und ökologischen Aspekte mit betrachten. Ganz wichtig ist dabei auch, dass wir bei der Entwicklung die

Arbeitsbedingungen im Auge behalten und sicherstellen, dass Arbeit zufrieden und nicht krank macht. Wir müssen für gute tarifliche Bezahlung sorgen, für Mitbestimmung am Arbeitsplatz, und wir müssen für ein investitionsfreundliches Umfeld sorgen, in dem Innovationen überhaupt entstehen können. Hier bin ich unserer Arbeitsministerin für ihr Engagement sehr dankbar. Es ist viel über Energiepolitik gesprochen worden. Auch hier ist die Kooperation in Europa auszubauen. Es ist vor allen Dingen Sigmar Gabriel zu danken, der die Kooperation mit den Nachbarländern forciert. Zum Thema Freihandelsabkommen will ich nur sagen: Wir fangen hier doch nicht bei null an. Deutschland hat schon 131 Freihandelsabkommen mit Investitionsschutz abgeschlossen. Wir als Politik müssen die Sorgen, die da draußen in der Gesellschaft formuliert werden, natürlich ernst nehmen. Aber ich denke, es ist, was den Investitionsschutz und andere Aspekte an-

Deutschland braucht ein starkes Europa. Es war fast 70 Jahre ein Garant für Frieden.

geht, verantwortungslos und überzogen, so zu tun, als sei das eine Bedrohung für die Menschen. Bisher haben wir durch die Freihandelsabkommen für unser Exportland gute Perspektiven geschaffen. Deshalb werden wir uns an die

Formulierungen im Koalitionsvertrag halten und nicht das Tor für Dumping und Missbrauch öffnen. Deutschland braucht in starkes Europa. Es war fast 70 Jahre ein Garant für Frieden und Freiheit. Die ökonomische Stärke muss zu sozia-

lem und ökologischem Fortschritt führen. Wir müssen aus dem Krisenbewältigungsmodus in den Modus der Gestaltung der Zukunft übergehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch: Michael Fuchs (CDU/CSU), Christian Petry (SPD) und Gunther Krichbaum (CDU/CSU).

Debatte zu Finanzhilfen für Griechenland / 76. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 18. Dezember 2014

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundesminister der Finanzen:

Griechenland muss Reformen konsequent fortsetzen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Wahlkreis Offenburg

Griechenland hat einen schwierigen Weg hinter sich, und dieser Weg ist noch nicht zu Ende. Deswegen hat das Land am 9. Dezember zwei Anträge gestellt, erstens einen Antrag auf eine technische Verlängerung der laufenden Finanzhilfevereinbarung, also des laufenden Hilfsprogramms, das ohne diese Verlängerung Ende Dezember ausläuft, und zweitens einen Antrag für die Zeit nach ordnungsgemäßer Beendigung dieses Programms zur Bereitstellung einer Stabilitätshilfe in Form einer vorsorglichen Kreditlinie.

Wir haben in der Euro-Gruppe in der vergangenen Woche diese Anträge grundsätzlich begrüßt. Wir haben in der Stabilisierung der Euro-Zone in den letzten Jahren – das ist gerade von der Bundeskanzlerin in Erinnerung gerufen worden – mehr erreicht, als viele es vor ein paar Jahren zu hoffen gewagt haben. Gerade die Länder unter den Hilfsprogrammen haben große Fortschritte gemacht. Diese fünf Länder führen die Länder im OECD-Ranking an, die

strukturelle Reformen durchgeführt haben.

Auch Griechenland ist auf einem guten Weg. Das Land ist in einer besseren Verfassung, als die meisten vor einigen Jahren für möglich gehalten haben. Kein Land in der Europäischen Union hatte vergleichbare Probleme. Ich habe mir die Zahlen mitgebracht. Griechenland hatte im Jahre 2009 einen Primärsaldo von minus 10,5 Prozent oder 24 Milliarden Euro, also ohne Berücksichtigung von Zinsausgaben. Griechenland hatte ein Haushaltsdefizit von 15,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009.

2012 hat Griechenland noch ein Defizit von 8,6 Prozent gehabt und einen Primärsaldo von minus 3,6 Prozent. Inzwischen hat es einen positiven Primärsaldo erreicht. 1,6 Prozent werden für dieses Jahr erwartet.

Das Wachstum in Griechenland, das 2012 bei minus 7 Prozent lag, wird in diesem Jahr bei 0,6 Prozent erwartet. In den letzten drei Quartalen ist die griechische Wirtschaft insgesamt stärker gewachsen als die des Euro-Raums im Durchschnitt. Wenn also die begonnenen Reformen in Griechenland konsequent fortgesetzt werden, dann kann Griechenland auf diesem Weg weitere Erfolge haben. Die Troika erwartet für das nächste Jahr ein Wachstum von 3 Prozent.

Die Anstrengungen waren in Griechenland schwieriger als in je-

dem anderen Land; das muss man immer wieder sagen. Diese Anstrengungen beginnen sich für die Menschen in Griechenland auszuzahlen. Arbeitsmarktreformen haben das Land wieder wettbewerbsfähig gemacht. Die Lohnstückkosten sind zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit beginnt zu sinken. Griechenland wird in diesem Jahr zum ersten Mal das Maastricht-Kriterium der 3 Prozent-Defizitgrenze unterschreiten. Die Troika prognostiziert, dass die Quote der Gesamtverschuldung, die, solange man Defizite und kein Wachstum hatte, natürlich anstieg, ab 2015 deutlich sinken wird.

So sind in allen Ländern unter Hilfsprogrammen und auch in Griechenland Strukturreformen und Haushaltssanierungen Hand in Hand gegangen. Es gibt den Gegensatz zwischen Strukturreformen und finanzieller Konsolidierung nicht; dies zeigen die Programmländer und auch Griechenland.

Griechenland hat einen schwierigen Weg hinter sich, der Weg ist noch nicht zu Ende.

Wenn beides konsequent gemacht wird, kommt ein Land voran. Daraus sollten alle in Europa ihre Schlüsse ziehen.

Die erreichten Erfolge Griechenlands verdanken sich einer großen Kraftanstrengung seiner Bürgerinnen und Bürger; auch das muss man immer wieder sagen. Deswegen ist es wichtig, dass das Hilfsprogramm jetzt zu einem guten Abschluss gebracht wird. Denn trotz aller Fortschritte konnte die fünfte und letzte Programmüberprüfung nicht in allen Fragen bis zum Jahresende abgeschlossen werden. Dieser Abschluss ist aber die Voraussetzung für die Auszahlung der letzten Tranche von noch ausstehenden 1,8 Milliarden Euro. Deshalb ist eine technische Verlängerung dieses Programms notwendig; und eine Verlängerung um zwei Monate ist vertretbar. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Verlängerung um nur zwei Monate erfolgen soll. Ein gutes Ende ist in überschaubarer Zeit möglich. Auch das zeigt, wie das Land vorangekommen ist.

Aber Griechenland muss natürlich, wie verabredet, weitere Reformen umsetzen und weitere Sanie-

rungsschritte gehen. Man kann das gar nicht oft genug betonen: Das ist zum eigenen Vorteil. Die verabredeten Reformen müssen konsequent implementiert werden, und das entspricht dem Eigeninteresse Griechenlands, im Übrigen auch seiner europäischen Verantwortung; denn auch Solidarität beruht auf Gegenseitigkeit.

Es geht immer um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung und um nachhaltig tragfähige Staatsfinanzen.

Es ist Griechenland in diesem Jahr zwar eine Teilerückkehr an die Finanzmärkte gelungen, aber die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten bestehen auch angesichts anhaltender innenpolitischer Unsicherheiten natürlich fort. Man kann das gut verfolgen. Deswegen muss eine glaubhafte Fortsetzung des Reformkurses abgesichert werden.

Dazu ist eine vorsorgliche Kreditlinie das richtige Instrument; denn damit können wir die allmähliche Rückkehr Griechenlands an die Finanzmärkte absichern. Wir müssen dazu keine neuen Mittel bereitstellen. Bis zu 10,9 Milliarden Euro im auslaufenden Programm, die für Bankenrekapitalisierung vorgesehen waren, werden nicht verwendet. Diese Mittel können wir dafür bereitstellen. Sie müssen nicht ausgegeben werden, aber selbst wenn sie in Anspruch genommen würden – was man ja bei einer vorsorglichen Kreditlinie zwar nicht beabsichtigt, aber auch nicht ausschließen kann –, würde sich die Gesamtsumme der an Griechenland ausgereichten Darlehen nicht erhöhen.

Für diese vorsorgliche Kreditlinie ist nach unserem ESM-Finanzierungsgesetz ein zweistufiges parlamentarisches Verfahren vorgesehen: Der Deutsche Bundestag muss dem zweimal in Plenarsitzungen zustimmen. Das ist unter den parlamentarischen Beteiligungsrechten in Europa einzigartig; ich will es nur erwähnt haben.

Ich will auch daran erinnern – schließlich ist auch darüber diskutiert worden –: Wir fällen zunächst eine Entscheidung im Grundsatz, mit dem Ziel, überhaupt ein Verhandlungsmandat über ein solches Finanzierungsinstrument zu erteilen. Erst später wird dann gegebenenfalls über die konkrete Vereinbarung noch einmal im Bundestag abgestimmt. In dem Antrag des Bundesfinanzministeriums geht es unter Ziffer 2 – darüber haben wir gestern schon

im Finanzausschuss und in anderen Ausschüssen diskutiert – um die erste Stufe, also um die Entscheidung im Grundsatz. Das entspricht übrigens der Anforderung des ESM-Finanzierungsgesetzes. Dort heißt es nämlich in § 7, dass der Bundestag zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten ist und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden soll. Da wir in der letzten Woche darüber geredet haben, weiß ich schon, welchen Brief ich vom Bundestagspräsidenten bekommen hätte, wenn wir diesen Antrag in dieser Woche nicht vorlegt hätten. Jetzt bekomme ich einen

Kein Land in der Europäischen Union hatte vergleichbare Probleme.

anderen Brief; aber damit muss man leben. Wir können heute entscheiden; denn wir haben Ihnen die Dokumente, die uns vorliegen, vorgelegt.

Wenn Sie einmal nachlesen, was in der einschlägigen Rechtsprechung des

Bundesverfassungsgerichts dazu zu finden ist, dann werden Sie feststellen, dass das Bundesverfassungsgericht sagt: Die Bundesregierung soll möglichst wenig vollendete Tatsachen schaffen. – Insofern: Wenn wir in der Euro-Gruppe sagen: „Ja, gegebenenfalls sind wir bereit“, dann stellen wir diesen Antrag ja nur unter der Voraussetzung, dass erstens das Programm ordnungsgemäß abgeschlossen wird und dass zweitens die entsprechenden Anlagen vorliegen, über die wir selbstverständlich den Bundestag und die zuständigen Ausschüsse immer zeitnah unterrichten werden, damit wir dann darüber verhandeln können. Denn im Grundsatz haben wir ja schon gesagt: Wir als Regierungen würden unseren Parlamenten empfehlen, im Zweifel einem solchen Antrag

Für den Fall, dass der Bundestag zustimmt, wird der Vertreter der Bundesregierung dann gegebenenfalls einem Beschlussvorschlag zustimmen können, mit dem die Kommission beauftragt wird, im Benehmen mit der EZB und möglichst auch dem IWF die Einzelheiten eines solchen Vertrags überhaupt erst auszuhandeln, der dann wiederum dem Bundestag vorgelegt werden wird. Die Kommission hat, Herr Kollege Sarrazin, ausdrücklich bestätigt, dass die Zugangskriterien für eine vorsorgliche Kreditlinie vorliegen. Das ist eine vorläufige Einschätzung der Kommission; die kennen Sie, die haben wir Ihnen vorgelegt. Deswegen beantragen wir die Zustimmung des Bundestages unter



Griechische Studenten protestieren gegen Einschnitte im Bildungssystem.

© picture-alliance

der Maßgabe, dass sich diese vorläufige Einschätzung der Kommission bestätigt.

Es wird dem Bundestag also überhaupt nichts weggenommen, sondern es wird dem Ansinnen einer möglichst frühen Beteiligung nachgekommen. Ich bitte, das nicht falsch darzustellen, gerade da Sie sagen, Sie seien sonst immer sehr konstruktiv. Natürlich werden wir die endgültigen Dokumente, sobald sie vorliegen, dem Bundestag unverzüglich zusenden. Dann werden wir dem Bundestag eine Einschätzung der Bundesregierung geben, inwieweit die Voraussetzungen eines etwaigen Maßgabebeschlusses, wenn Sie ihn denn heute treffen, erfüllt sind.

Noch einmal: Wir haben dieses Vorgehen gewählt – es war die Abwägung: Sollen wir es erst später

machen oder schon heute? –, weil es dem Grundsatz der frühestmöglichen Einbindung entspricht.

Wir sind aber auch aus einem zweiten Grund so vorgegangen; ich bitte Sie, auch diesen zu bedenken, Herr Kollege Sarrazin. Es gibt nach wie vor eine Unsicherheit in den Finanzmärkten, die durch die innenpolitische Situation in Griechenland ein Stück weit genährt wird. Wir haben in den letzten Wochen beobachten können, dass sich diese Unsicherheit in den Finanzmärkten verstärkt. Deswegen wäre es ein stabilisierend wirkendes Signal für alle, für Griechenland, für die Märkte, für die Euro-Zone als Ganzes, wenn klar wird: Ja, wenn Griechenland seine Verpflichtungen erfüllt, wird das Programm innerhalb von zwei Monaten zum Abschluss gebracht, und dann kann auch unter der Vo-

oraussetzung einer entsprechenden Vereinbarung mit der entsprechenden Konditionalität anschließend eine Absicherung mit einem vorläufigen Beistandskredit beschlossen werden. Deswegen ist es neben der Erfüllung unserer parlamentarischen Verpflichtungen auch richtig, in dieser kritischen Phase möglichst viele stabilisierende Signale zu setzen.

In diesen Tagen finden in Griechenland, wie Sie wissen, Präsidentschaftswahlen statt. Spätestens am 29. Dezember werden wir Klarheit über den Ausgang dieser Wahlen haben. Vorausgesetzt, wir haben eine handlungsfähige Regierung in Grie-

chenland, wird die Troika Anfang Januar nach Athen zurückkehren können und über die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss des Hilfsprogramms verhandeln können.

Griechenland hat durch eigene Anstrengungen und mit unserer Solidarität viel erreicht. Es hat gute Chancen, das Hilfsprogramm innerhalb der nächsten zwei Monate abzuschließen. Wenn wir dann die vollständige Rückkehr

des Landes an die Finanzmärkte mit diesem Beistandskredit weiter absichern, dann gibt es eine gute Chance, dass dieser Weg fortgesetzt werden kann.

Deswegen bitte ich Sie, einer

Verlängerung der laufenden Finanzhilfsvereinbarung für Griechenland bis Ende Februar und grundsätzlich dem Beginn von Verhandlungen über eine vorsorgliche Kreditlinie als Sicherheitsnetz für Griechenland zuzustimmen. Leisten wir weiterhin Hilfe zur Selbsthilfe. Wir haben auf dem Weg, die Währungsunion zu stärken, in den zurückliegenden Jahren mehr erreicht, als uns die meisten zugetraut haben. Wir sollten diesen Weg gerade angesichts eines schwierigen und volatilen Umfelds, politisch wie ökonomisch, entschlossen und geschlossen weiter fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Das ist nicht unsere Politik



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Herr Schäuble, Sie haben recht: Es geht um eine technische Verlängerung und um eine vorsorgliche Entscheidung. Dies ist wirklich nur ein Mosaiksteinchen in einem Grundproblem, in der Grundstrategie, die Sie fahren. Ich will für die Linke klar sagen: Wir wollen uns in diese Strategie nicht einbinden lassen. Das ist nicht unsere Politik.

Wir haben die ganz kuriose Situation, dass wir hier im Deutschen Bundestag in diesem Verfahren mehr Mitspracherecht haben als das griechische Parlament. Das sagt eine ganze Menge über die Demokratie. Die Troika kontrolliert den griechischen Staatshaushalt. Ich empfinde das wirklich als ein großes Problem.

Sie haben hier als Mitglied der Bundesregierung Ihren Antrag auch damit begründet, dass Griechenland Fortschritte macht. Ich will dazu einige Beispiele nennen: Auf der Website des Finanzmi-

nisteriums wird die Rentenreform in Griechenland sehr gelobt, nämlich „als eine der bedeutendsten Leistungen des ersten Programms“. Weiter heißt es da:

Die in diesem Kontext getroffenen Maßnahmen -haben die Lohnersatzquote gesenkt und führen zu einer Senkung des versicherungsmathematischen Defizits um 10 Prozentpunkte des BIP bis 2060.

Die Übersetzung dieser Einschätzung heißt nichts anderes, als dass Sie mit der Anhebung des Renteneintrittsalters und vielen anderen Maßnahmen dafür gesorgt haben, dass die Renten in Griechenland real um 40 Prozent gesenkt worden sind.

Ein zweites Beispiel. Sie sagen – wiederum auf Ihrer Website –:

Im Gesundheitswesen wurden die öffentlichen Ausgaben für Arzneimittel durch entsprechende Reformen von 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf rund 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2013 gesenkt.

Auch diese Botschaft will ich hier übersetzen: Wer heute in Griechenland länger als zwei Jahre arbeitslos ist, verliert seine Krankenversicherung. Inzwischen sind rund 3 Millionen Griechinnen und Griechen, 30 Prozent der Griechinnen und Griechen, ohne Krankenversicherung, meine Damen und Herren. Chronisch Kranke sind am meisten betroffen.

Es gab neulich in der ZDF-Sendung Frontal21 ein Beispiel. Es wurde über das Schicksal von Marina -Antoniou, einer Dolmetscherin, berichtet, die an Krebs er-

krankt ist und in der Krise mehr oder weniger alle ihre Aufträge verloren hat. Sie ist jetzt auch nicht mehr krankenversichert. Nun muss sie jeden Tag entscheiden, ob sie a) ihre Mietrückstände zahlt, damit sie nicht auch noch ihre Wohnung verliert, oder b) ihre Krebstherapie fortsetzt. – Meine Damen und Herren, das ist kein Einzelschicksal in Griechenland. Gerade in der jetzigen Zeit sollten wir darüber wirklich einmal nachdenken.

In Griechenland ist die Schwangerschaftsvorsorge nicht mehr kostenlos. In den meisten Entwicklungsländern ist das anders. Griechenland ist ein Land der EU. Das haben wir mit dahin gebracht. Meine Damen und Herren, das ist so nicht akzeptabel.

Die Ergebnisse der Umsetzung der unsozialen und ungerechten Forderungen und der Politik der Troika sind: Arbeitslosenquote bei 26,2 Prozent, Jugendarbeitslosigkeit bei 52 Prozent, Mindestlohn abgesenkt, Mehrwertsteuer auf 23 Prozent erhöht, Arbeitslosengeld gesenkt und auf ein Jahr begrenzt und, und, und. Da sagen Sie: „Griechenland macht Fortschritte“? Sie haben gesagt: „Diese Anstrengungen beginnen sich für die Menschen in Griechenland auszuzahlen.“ Herr Schäuble, für die Menschen ist diese Politik in Griechenland, die Sie mit vertreten, eine Katastrophe.

Was ist denn der Maßstab für Fortschritt? Der -Maßstab kann doch nicht die Haushaltspolitik sein; der Maßstab muss sein, wie

es den Menschen in diesem Land geht. In Griechenland ist die Selbstmordrate in den letzten Jahren um 45 Prozent gestiegen. Da ist der Satz „Diese Anstrengungen beginnen sich für die Menschen in Griechenland auszuzahlen“ wirklich zynisch, Herr Schäuble.

Dann haben Sie hier umfangreich über das Wirtschaftswachstum gesprochen: 0,6 Prozent in diesem Jahr. Ich will Ihnen einmal die folgenden Zahlen sagen: 2010: minus 4,9 Prozent. 2011: minus 7,1 Prozent. 2012: minus 6,4 Prozent. 2013: minus 3,9 Prozent. – Als wir in Deutschland in einem Jahr minus 5,6 Prozent hatten, haben wir schon fast von einer Katastrophe geredet. Da -haben wir ein Investprogramm aufgelegt. Da haben wir Kurzarbeitergeld gehabt. Da haben wir die Abwrackprämie gemacht.

In Griechenland machen wir genau das Gegenteil, und das ist natürlich die völlig falsche Politik.

Sie schreiben selbst: „Die Exportentwicklung in Griechenland bleibt schwach.“

Die andere Seite ist: In Griechenland stieg der Anteil des Vermögens der 2 000 reichsten Familien am Gesamtvermögen des Landes von 75 Prozent auf 80 Prozent. Das ist wirklich unfassbar.

Wann werden denn die endlich zur Kasse gebeten? Es sind immer nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Rentnerinnen und Rentner!

Griechenland ist für die deutschen Rüstungskonzerne einer der wichtigsten Kunden. 15 Prozent der deutschen Rüstungsexporte gehen nach Griechenland. Griechenland hat mehr Leopard-Panzer als die Bundeswehr. Das ist doch nicht normal, meine Damen und Herren. Da muss man doch vielleicht etwas verändern.

Dieser gesamte Kurs und dieses Diktat, das hier beschrieben wird, sind für dieses Land nicht gut. Dieser Kurs ist falsch, weil er auch die Gastfreundschaft der griechischen Menschen gegenüber den Deutschen beeinträchtigt; das können wir alle nicht wollen.

Dieser Kurs ist auch deshalb falsch, weil er ein Nährboden für Ressentiments ist und Ausländerfeindlichkeit der Griechen befördert.

Wir lehnen ihn ab, weil er im Kern ein Weihnachtsgeld für die Spekulanten ist. Dass wir dabei mitmachen, werden Sie niemals erleben.

(Beifall bei der LINKEN)



Gewerkschaftler demonstrieren in Athen gegen Entlassungen im öffentlichen Dienst.

© picture-alliance/AA

Carsten Schneider, SPD:

Es gibt Licht und Schatten in der Entwicklung Griechenlands



Carsten Schneider (*1976)
Landesliste Thüringen

Wir sind fast am Ende des Hilfsprogramms für Griechenland angelangt. Herr Kollege Bartsch, Sie haben versucht, Bilanz zu ziehen. Ich will dies auch tun und es mit der Empfehlung der SPD-Fraktion für die spätere Abstimmung verbinden.

Herr Kollege Bartsch, Sie haben die sozialen Einschnitte in Griechenland beschrieben. Dies ist berechtigt. Ich glaube, niemand stellt dies infrage. Die Bedingungen, die mit den gewährten Krediten in Höhe von 240 Milliarden Euro verknüpft waren, haben diese vorgesehen. In Ihrer Rede haben mir allerdings die Alternativen gefehlt. Was wäre die Alternative zu der Gewährung von Krediten unter Auflagen gewesen?

Die einzige Antwort, die ich kenne, lautet: Die Alternative wäre ein direkter Transfer von Mitteln aus Deutschland, aus der Slowakei und aus den anderen europäischen Ländern in Form eines Zuschusses gewesen. Das wäre die einzige Alternative gewesen.

Sie haben auch zu Recht über die Souveränität des Parlaments in Griechenland gesprochen, die jetzt eingeschränkt ist. Ja, wir haben es immer wieder gesagt, dass dies eine schwierige Situation für

die Demokratie ist. Wir als deutsches Parlament haben jedoch Entscheidungen bezogen auf die Legitimation zu treffen, die wir von unseren Wählern bekommen haben. In dem Wahlprogramm der SPD aus dem Jahr 2009 stand nicht, dass wir direkte Transfers, also Überweisungen und Zuschüsse an die jeweiligen anderen nationalen Parlamente, leisten. Ich glaube, in den Wahlprogrammen der Linken und der Grünen stand dies auch nicht.

Von daher gibt es in der Entwicklung Griechenlands Licht und Schatten. Es waren jahrzehntelang demokratisch getroffene Entscheidungen in Griechenland, die dazu führten, dass Leopard-Panzer angeschafft wurden, dass über Jahrzehnte auf Pump gelebt wurde, dass es keine ordentliche Steuerverwaltung gab und ein Unmaß an Korruption herrschte.

Diese von den damaligen konservativen oder sozialdemokratischen Parteien demokratisch getroffenen Entscheidungen haben dazu geführt, dass Griechenland in die Situation kam, uns und die anderen europäischen Länder um Hilfe zu bitten.

Wir haben diese Hilfe gewährt.

Wir haben uns als Sozialdemokraten bei der Abstimmung über das erste Hilfspaket enthalten, und zwar aus einem Grund, der auch heute wieder ein Thema ist: Die Gesamtschuldenlast Griechenlands ist extrem groß. Schon 2010 im Rahmen der ersten Debatte, in der ich auch gesprochen habe, waren wir der Auffassung, dass wir einen Schuldenschnitt brauchen, und zwar insbesondere für die pri-

vaten Gläubiger. Dieser ist erst viel später gekommen, und er hat uns knapp 100 Milliarden Euro gekostet, als wir es als Staaten zu 100 Prozent übernommen haben, private Gläubiger auszuzahlen. Das war ein Fehler, den die damalige Bundesregierung gemacht hat. Das können wir nicht mehr ändern. Wir müssen mit der Situation leben, wie sie ist.

Ich sehe bei den Schatten, die es gibt, auch Licht. Sie haben die sicherlich unterdurchschnittlichen Wachstumsraten erwähnt, die es gegeben hat. Es gibt aber Licht; denn es gibt in diesem und im nächsten Jahr positive Wachstumszahlen. In Deutschland träumen wir von den in Griechenland prognostizierten 3 Prozent. Daher glaube ich, es ist richtig, die griechische Regierung jetzt zu unterstützen, wenn sie uns bittet, das Programm mit den bereits zugesagten Hilfskrediten nicht zum 31. Dezember enden zu lassen, sondern es um zwei Monate zu verlängern. Dem stimmen wir als Sozialdemokraten zu. Es ist für uns eine wichtige Bedingung, dass Wirtschaftswachstum zustande kommt.

Wichtig ist auch die Frage, die Sie, Herr Bartsch, berechtigterweise gestellt haben, nämlich ob eigentlich alle, die es können, tatsächlich ihre Steuern bezahlen. Ich halte es für ganz zentral, dass die Reichsten in Griechenland tatsächlich ihre Steuern zahlen. Jede Unterstützung, die wir in Deutschland auch bei der Beratung der Verwaltung leisten können, von der Berichte sagen, sie sei unterdurchschnittlich, wollen wir geben.

Es gibt auch an anderer Stelle Licht: Griechenland hat immer Chancen gehabt, europäische Investitionsmittel aus den sogenannten Strukturfonds zu bekommen. Im Jahr 2010 sind gerade einmal 20 Prozent der bereitgestellten Mittel abgeflossen. Im Jahr 2014 sind es über 80 Prozent. Es geht also voran. Wir sollten das griechische Parlament und die Regierung sowie die Bevölkerung, die in den vergangenen Jahren wirklich sehr gelitten hat, dabei unterstützen, dass aus diesem Lichtschimmer am Horizont tatsächlich die Sonne wird, auch wenn sie dort mehr scheint als bei

uns in Deutschland, was die Temperaturen angeht.

Zur vorsorglichen Kreditlinie: Die Kollegen der Grünen haben hier und auch im Ausschuss die Frage gestellt, ob wir heute dem Finanzminister das Mandat erteilen dürfen, können oder wollen, über die vorsorgliche Kreditlinie im Rahmen des Finanzrahmens, den wir bereits verabredet haben, zu verhandeln.

Es gibt hier ein zweistufiges Verfahren: Zunächst wird das Mandat erteilt, dass er darüber verhandeln darf, und ganz am Schluss entscheiden wir, ob es auch so gemacht wird.

Jetzt stellt sich die Kernfrage: Liegen alle Unterlagen dafür vor?

Ich habe mir gerade noch einmal die Unterlagen des Wissenschaftlichen Dienstes und auch die Vorabberichte der Troika angesehen. Im Antrag der Bundesregierung steht unter Punkt III – Maßnahmen – vollkommen zu Recht – ich zitiere –:

Die für eine Beschlussfassung ... erforderlichen Dokumente ... der Leitlinie für vorsorgliche Finanzhilfen liegen derzeit noch nicht vor. Die Zustimmung des Deutschen Bundestages wird daher unter der Maßgabe beantragt, dass die endgültigen Dokumente der EU-Kommission im Benehmen mit der EZB die diesem Antrag beigefügte vorläufige Einschätzung der EU-Kommission bestätigen.

Unter dieser Maßgabe beschließen wir, und nur dann wird die Bundesregierung darüber beschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Unterlagen in ihrer Endfassung nicht dem entsprechen, was uns jetzt vorläufig vorliegt, dann haben wir im Bundestag die Chance – das sage ich Ihnen zu –, es noch einmal zu beschließen. Nur sollten wir heute nicht wegen solcher Kleinigkeiten – es sind wirklich Kleinigkeiten – die gesamte Beschlussfassung zurückstellen.

Das wäre ein falsches Signal; denn die Lage ist fragil. Der Bundesfinanzminister hat darauf hingewiesen. Es stehen Wahlen in Griechenland an. Ich weiß nicht, ob es am 29. Dezember eine Mehrheit für einen Staatspräsidenten gibt. Das ist die souveräne Entscheidung des griechischen Parlaments. Klar ist aber: Wenn es sie nicht gibt, wird es Neuwahlen geben. Ich sage allen Kollegen hier im Bundestag, aber auch den Kollegen im griechischen Parlament: Es wird bei den Konditionen und der Frage eines Schuldenschnitts

mit einem Regierungswechsel keine Veränderungen geben. Eine Regierung und ein Parlament stehen auch in der Nachfolge zu den Entscheidungen, die vorher getroffen wurden. Das ist auch richtig so; denn man muss sich auf die Entscheidungen verlassen können.

Ich möchte auf die Unsicherheit an den Finanzmärkten eingehen. Wir führen gerade eine Diskussion darüber, ob die Europäische Zentralbank stärker am Anleihemarkt investieren soll. Sie tut es bereits, weil wir eine schwierige ökonomische Situation haben. Ich glaube, dass wir bei den Zinsspreads, also bei den Zinsaufschlägen für einige

Länder wie Italien und Spanien, die sehr gering geworden sind, eine unnatürliche Situation haben, was viel mit der Liquidität der EZB zu tun hat. Es hat den Ländern in den vergangenen Jahren viel Entlastung gebracht, dass sie nicht die höheren Zinsen zahlen müssen. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass jede Verunsicherung in einem der Euro-Länder sofort einen Dominoeffekt auf alle anderen hätte. Aus diesem Grund ist es extrem wichtig, dass wir Griechenland nicht am 31. Dezember 2014 mit einem Schlag dem Kapitalmarkt überlassen. Griechenland müsste sich dann nämlich zu Zinsen von 12 oder 13 Prozent refinanzieren, die es nicht zahlen könnte; das sind in etwa die Aufschläge bei einer zehnjährigen Anleihe. Aus diesem Grund ist es unser ureigenes und richtiges Interesse, zu sagen: Innerhalb des bereits vom Bundestag genehmigten Finanzvolumens stellen wir einen Dispokredit zur Verfügung, damit sich Griechenland, wenn es notwendig ist, darüber zusätzlich refinanzieren kann. Das erscheint mir nicht nur notwendig, sondern auch zwingend. Es wäre auch ein Zeichen an das griechische Parlament, dass wir weiterhin zu unserer Solidarität stehen, die wir zugesagt haben.

Uns Sozialdemokraten ist auch wichtig, dass wir den Fokus noch viel stärker auf das Wachstum richten. Das ist sowohl bei den Strukturreformen und den angebotsseitigen Reformen als auch bei der Frage der Investitionen zentral. Darum geht es 2015. Ein erster kleinerer Schritt ist das Juncker-Programm. Wir werden hier in Deutschland und in Europa weitere Schritte brauchen, um dauerhaft leistungsfähig zu bleiben und wieder zu Wachstum zu kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Proteste vor dem griechischen Parlament gegen Budgetkürzungen.

© picture-alliance/Pacific Press Agency

Uns ist wichtig, dass wir den Fokus noch viel stärker auf das Wachstum richten.

Was wäre die Alternative zu der Gewährung von Krediten unter Auflagen gewesen?

Sven-Christian Kindler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir müssen auf soziale Ausgewogenheit achten



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Es ist richtig: In den letzten Jahren sind in Griechenland zahlreiche strukturelle Reformen angegangen worden. Die Regierung hat jetzt einen Primärüberschuss im Haushalt erzielt. Diese Errungenschaften erkennen wir Grüne ausdrücklich an. Entgegen der Meinung mancher Boulevardzeitung muss man das in Deutschland zur Kenntnis nehmen. Das darf man nicht kleinreden.

Wir Grüne haben im Bundestag von Anfang an der Gewährung von Hilfskrediten für Griechenland gerade wegen der katastrophalen Marktfinanzierung mit horrenden Zinssätzen zugestimmt. Wir wollten auch nicht, dass die Euro-Zone auseinanderbricht. Deswegen werden wir heute der Verlängerung des Programms um zwei Monate zustimmen.

Wir haben aber immer den einseitigen Kurs der Krisenbewältigung in Griechenland kritisiert. Die Armut und die Arbeitslosigkeit sind immer noch extrem groß, besonders unter den Jugendlichen. Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren massiv eingebrochen. Und ja, natürlich war das auf der einen Seite eine Konsequenz aus jahrzehntelanger Misswirtschaft durch die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Griechenland selbst. Auf der anderen Seite war das aber auch eine Konsequenz der harten Sparmaßnahmen und der falschen Anpassungspolitik der Euro-Gruppe, der Bundesregierung und der Troika. Das haben wir Grüne immer kritisiert. Deshalb fordern wir Änderungen bei den Anpassungsprogrammen.

Wir Grüne sagen klar: Bei der notwendigen Verlängerung des

Kreditprogramms und bei der Gewährung einer vorsorglichen Kreditlinie muss sehr genau auf die wirtschaftliche Erholung in Griechenland, gerade im Tourismusbereich, geachtet werden. Es muss auch auf die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen geachtet werden. Wir müssen auf soziale Ausgewogenheit achten, indem die großen Vermögen beteiligt werden. Wir sagen klar: Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in Griechenland.

Die Schuldenstandsquote mit über 170 Prozent des BIP ist nicht nachhaltig, sie ist immer noch viel zu hoch. Wenn man ein nachhaltiges Niveau erreichen will, dann muss man hier im Bundestag auch so ehrlich sein und zugeben, dass das nicht nur durch Anpassungsprogramme funktionieren wird. Man muss sagen, dass man einen Schuldenschnitt will. Wir Grüne fordern schon lange einen konditionierten Schuldenschnitt. Das heißt, man muss sich auf entsprechende Konditionen einigen, zum Beispiel auf eine Strukturreform in der Steuerverwaltung, damit es mehr Einnahmen gibt, aber auch auf soziale Konditionen, da-

mit die soziale Spaltung verringert wird. Auch Investitionen in die Zukunft müssen finanziert werden. Wir wollen durch einen konditionierten Schuldenschnitt Schritt für Schritt für spürbare Erleichterung sorgen. Dafür muss sich die Bundesregierung einsetzen.

Das Instrument einer vorsorglichen Kreditlinie – momentan liegen die Zinsen bei über 9 Prozent – kann grundsätzlich sinnvoll sein, damit Griechenland die angefangenen Reformen weiterhin umsetzen und die Finanzierungsbasis sichern kann. Das ist sehr wichtig. Wir würden dem heute vorliegenden Antrag in diesem Punkt auch zustimmen, wenn die Entscheidung für eine vorsorgliche Kreditlinie nicht mit der Einschränkung von Parlamentsrechten verknüpft wäre. Der vorliegende Antrag enthält eine inakzeptable und unnötige Beschneidung von Parlamentsrechten, und der stimmen wir nicht zu.

Man muss sich die Situation einmal genau anschauen. Im ESM-Finanzierungsgesetz, Herr Schäuble, steht völlig zu Recht:

frühestmögliche Unterrichtung des Parlaments. Aber dort steht nicht, dass das Parlament über alle Zwischenstände abstimmen soll. Es ist doch so: Wenn die Dokumente endgültig vorliegen – derzeit liegen sie nicht endgültig vor –, dann soll die Bundesregierung eine Einschätzung vornehmen, ob die vorläufigen Dokumente der EU-Kommission mit den endgültigen Dokumenten der EU-Kommission im Benehmen mit der EZB übereinstimmen. Aber diese Einschätzungshoheit, die die Entscheidungshoheit des Parlaments ist, kann der Bundestag nicht an die Bundesregierung delegieren. Das geht gar nicht!

Im Übrigen: Nach dem ESM-

Norbert Barthle, CDU/CSU:

Griechenland ist ein Sonderfall



Norbert Barthle (*1952)
Wahlkreis Backnang - Schwäbisch Gmünd

Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich noch lernfähig bin. Lieber Herr Kollege Kindler, angesichts Ihres Alters müsste man eigentlich davon ausgehen können, dass auch Sie noch lernfähig sind. Der Herr Finanzminister hat es Ihnen erklärt, und auch der Kollege Carsten Schneider hat es Ihnen erklärt:

Es gibt nirgendwo eine Einschränkung von Parlamentsrechten. Ich erkläre es Ihnen auch noch einmal: Wir stimmen heute zunächst einmal über eine technische Frage ab, über die Verlängerung der Bereitstellungsfrist für das laufende Programm um zwei Monate. Damit waren Sie einverstanden. Zweitens stimmen wir darüber ab – das entspricht dem ESM-Finanzierungsgesetz –, die Bundesregierung zu berechtigen,

Vertrag müssen auch Sie alle endgültigen Dokumente haben, um der ersten Stufe der Kreditlinie zustimmen zu können. Sie müssen das nachher bewerten und können das nicht vorher entscheiden. Das Gleiche gilt für den Bundestag; denn das Bundesverfassungsgericht hat klar gesagt: Der Bundestag darf nicht in eine Situation des reinen Nachvollzugs von Entscheidungen der Bundesregierung kommen. – Aber genau diese Gefahr besteht, wenn man sich heute entsprechend entscheidet.

Die Frage ist vor allen Dingen: Warum gibt es diesen Zeitdruck? Es besteht doch keine Not. Sie haben selber gesagt, dass der ESM-Gouverneursrat wahrscheinlich erst dann entscheiden wird, wenn in Griechenland die Verlängerung des Programms mit der Troika geklärt ist. Das

heißt, inhaltlich sind die beiden Entscheidungen, über die wir heute befinden, getrennt zu sehen. Die Entscheidung zur vorsorglichen Kreditlinie könnte man durchaus auf die erste Sitzungswoche des Bundestages im Januar vertagen.

Unsere große Sorge ist, dass Sie mit diesem Trick, dadurch, dass Sie das heute ohne Not durch den Bundestag peitschen, einen gefährlichen Präzedenzfall für andere Entscheidungen schaffen. So beschneiden Sie das Parlamentsrecht.

Wir sagen klar: Es geht hier nicht um formale Fragen, sondern um Parlamentsrechte, und das sind keine Formalitäten, sondern zentrale Aspekte der Demokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier nicht um formale Fragen, sondern um Parlamentsrechte.

im ESM-Direktorium über eine vorsorgliche Kreditlinie zu verhandeln. Nach Abschluss dieser Verhandlungen legt die Bundesregierung das Verhandlungsergebnis diesem Parlament vor, und dann können wir darüber abstimmen, ob diese Kreditlinie zustande kommen soll.

Das entspricht dem Parlamentsbeteiligungsrecht und dem ESM-Vertrag. Vielleicht lernen Sie das auch noch.

Dass Griechenland ein Sonderfall ist, wissen wir alle. Das wurde schon hinlänglich gesagt. Griechenland ist nicht vergleichbar mit den ehemaligen Programmländern Portugal, Spanien und Irland, die den Rettungsschirm bereits verlassen haben. Griechenland hat besondere Bedingungen, die mit der Vorgeschichte zusammenhängen – sie wurden schon angesprochen –: Ich halte es für einen ausschlaggebenden Punkt, dass der griechische Staatsapparat bisher nicht in der Lage war, von allen seinen Bürgerinnen und Bürgern auf gerechter Basis Steuern einzuziehen. Der griechische Staatsapparat war aufgrund von Korruption – „Vetterleswirtschaft“ sagt man auf Schwäbisch – nicht

in der Lage, eine prosperierende Wirtschaft auf die Beine zu stellen. Darin liegt das Hauptproblem.

Wenn man sich den jetzigen Stand der Dinge anschaut, muss man doch feststellen: Griechenland ist auf dem richtigen Weg; es geht vorwärts. Die wichtigsten Kenndaten wurden schon genannt: Seit 2013 erwirtschaftet Griechenland einen Primärüberschuss. Lieber Klaus-Peter Willsch, niemand will die Situation in

Griechenland schönreden; aber man muss doch zur Kenntnis nehmen, dass es vorangeht, dass die Rahmenbedingungen heute deutlich besser aussehen.

Der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert, die Überstundenvergütung wurde um 20 Prozent reduziert, der Mindestlohn wurde deutlich abgesenkt, und das effektive Renteneintrittsalter wurde um zwei Jahre auf 65 Jahre angehoben. Diese Anhebung des Renteneintrittsalters ist im europäischen Vergleich nicht übertrieben, sondern angemessen. Man muss nachweisen, dass man 40 Jahre Rentenversicherungsbeiträge ge-

Es gibt nirgendwo eine Einschränkung von Parlamentsrechten.

Fortsetzung auf nächster Seite

leistet hat, um Anspruch auf die volle Rente zu haben. Bei uns sind das 45 Jahre. Angesichts dessen ist diese Anhebung doch nicht mehr als angemessen. Das müsst auch ihr einmal zur Kenntnis nehmen.

Außerdem hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Landes deutlich verbessert. Ich mache das immer an einer Kennzahl fest, die für jeden relativ leicht nachzuvollziehen ist. Ich zeige dazu heute einmal ein Schaubild, was ich sonst nie mache. – Sie sehen hier die Entwicklung der Lohnstückkosten; das sind die Lohnkosten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Das ist vereinfacht dargestellt: Hier war die Einführung des Euro, hier war die Krise und der Beginn der Rettungsprogramme. Gelb unterlegt ist der Anstieg der Lohnstückkosten in Griechenland.

Aufgrund der Konditionalität und nach den Struktur-reformen gingen die Lohnstückkosten in Griechenland rapide nach unten. Die untere Linie, die stabil bleibt, zeigt übrigens die Entwicklung in Deutschland.

Ich kann Ihnen an diesem Schaubild gerne auch noch die Entwicklung der Lohnstückkosten in Frankreich und Italien verdeutlichen, wo die Lohnstückkosten immer noch steigen.

Das lassen wir jetzt einmal außen vor. Allein die Entwicklung der Lohnstückkosten – das bestätigen Ihnen alle Volkswirte – sagt sehr viel aus über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Dieser Blick auf die Lohnstückkosten zeigt – das sage ich auch an die Linken gewandt –: Griechenland hat vor der Krise über seine Verhältnisse gelebt, und das gilt für alle, nicht nur für die Reichen. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Die Probleme, die wir zu bewältigen haben, liegen nicht am Euro, sondern in aller Regel an einem Mangel an Reformbereitschaft in den betroffenen Ländern.

Heute, an einem Tag, an dem wir an Andreas Schockenhoff denken, der ein in hohem Maße frankophiler Kollege, ein Freund Frankreichs war – wir alle sind Freunde Frankreichs –, möchte ich darauf hinweisen, dass es uns Sorge macht, dass es auch dort mit der Wettbewerbsfähigkeit, mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht richtig vorangeht. Deshalb erlaube ich mir an dieser Stelle die

klare Aussage: Es liegt nicht an uns, es liegt nicht an Deutschland, sondern an Frankreich selbst. Frankreich muss die entsprechenden Entscheidungen treffen. Dann geht es auch dort wieder voran. Frankreich verbittet sich immer jede Einflussnahme von außen. Das respektieren wir. Genauso nehmen wir aber für uns in Anspruch, dass wir unsere Investitionsentscheidungen selbst treffen.

Der Blick auf die bisherigen Programmländer, auch der Blick auf Griechenland zeigt uns klar und eindeutig: Der bisherige Weg, nämlich Solidarität zur Verfügung zu stellen, war der richtige, ist der richtige und bleibt der richtige. Dort, wo sich Länder um solides Wirtschaften und Haushalten bemühen, herrscht auch europäische Solidarität. Deshalb bin ich überzeugt: Wir werden jetzt zunächst einmal abwarten, bis Griechenland das laufende Programm ordentlich beendet. Wenn es ordentlich beendet wird, gibt es grünes Licht für ein Anschlussprogramm, also für eine vorsorgliche Kreditlinie.

Damit keine Irrtümer entstehen: Auch diese vorsorgliche Kreditlinie mit erweiterten Bedingungen – oder Enhanced Conditions Credit Line – hat wieder Bedingungen. Es sind Bedingungen zu erfüllen. Dies wird von der Europäischen Kommission, von der Europäischen Zentralbank und – das ist uns wichtig – auch vom Internationalen Währungsfonds überprüft werden. Deshalb ist das aus unserer Sicht tragbar. Über die weiteren Einzelheiten werden wir ja noch rechtzeitig informiert werden. Ganz wichtig ist mir noch, darauf hinzuweisen, dass sich auch dann, wenn diese erweiterte Kreditlinie gezogen werden sollte, das bisherige Risikopotenzial für Deutschland nicht erhöht. Das ist, glaube ich, eine wesentliche und wichtige Aussage. Das ist bereits in den bisherigen Programmen abgebildet. Der Kollege Carsten Schneider hat darauf hingewiesen, der Finanzminister hat darauf hingewiesen. Ich will es noch einmal betonen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie diesem Antrag frohen Herzens zu! Denn dieser Antrag ist nicht nur gut für Griechenland, sondern auch gut für Europa und damit auch gut für uns.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Frankreich muss die entsprechenden Entscheidungen treffen.

Dieser Antrag ist nicht nur gut für Griechenland, sondern auch gut für Europa.

Dr. Diether Dehm, DIE LINKE:

Ein Skandal für Demokratie und Volkswirtschaft



Diether Dehm (*1950)
Landesliste Niedersachsen

Ich ergänze die grobe Bilanz meines Kollegen Bartsch zur Rettungspolitik von Frau Merkel, Herrn Schäuble und Herrn Draghi seit Beginn der Krise 2008: Die Arbeitslosenquote ist von 7,7 Prozent auf 27,3 Prozent gestiegen. 60 Prozent der jungen Griechen sind ohne Arbeit und Lebensperspektive. Die Armutsquote ist bis 2012 von 20,1 Prozent auf 35,8 Prozent gestiegen, Tendenz weiter steigend. Zu den Schulden: 2007 lagen sie noch bei 239 Milliarden Euro; das entsprach 107 Prozent der Wirtschaftsleistung. Nachdem die Troika ihren Kampf gegen die Schulden aufgenommen hatte, stiegen die Schulden auf 318 Milliarden Euro bzw. 175 Prozent der Wirtschaftsleistung. Alles, was den Menschen in Griechenland wichtig und für sie lebensnotwendig ist, steht mittlerweile zum Ausverkauf: die Wasserversorgung, die Gasversorgung, die Eisenbahn, Häfen und Flughäfen.

Ich sage Ihnen: Das ist wirklich ein Skandal für Demokratie und Volkswirtschaft.

Ergebnis der krankhaften Gesundheitsreform, die Kollege Bartsch vorhin benannt hat, ist eine Steigerung der HIV-Infektionen um das 32-Fache, die Rückkehr von Malaria, ein Anstieg der Todesgeburten um 21 Prozent und der Kindersterblichkeit um 43 Prozent sowie eine Steigerung der Suizidrate um 45 Prozent. 800 000 Griechen sind arbeitslos und erhalten weder Arbeitslosenunterstützung noch verfügen sie über eine Krankenversicherung.

Es herrscht massenhafte Obdachlosigkeit in den Städten.

Daran wird deutlich: Die Troika-Kredite sind nicht an die Griechinnen und Griechen geflossen, sondern an die Großbanken, die sich gerne „Finanzmärkte“ nennen, an die kriminelle Deutsche Bank und an die Spekulanten. Die Linke möchte, dass Direktkredite gegeben werden, und zwar für Arbeitsplätze und für neue ökologische, soziale und wirtschaftlich tragfähige unternehmerische Ideen. Das ist es, was wir wollen; das sage ich, weil Sie nach Alternativen gefragt haben.

Solidarität mit Griechenland heißt Mut zu einer radikaldemokratischen Regierung des Neuaufbruchs. Ich kenne viele mittelstän-

dische Unternehmer, die in Griechenland investieren wollen, wenn dort endlich nicht mehr das neoliberale Zepter von Troika, Spekulanten und Deutscher Bank geschwungen wird.

Sie wollen keine Spekulation betreiben, sondern in neue Ideen, in Beschäftigung und nachhaltige Innovationen investieren.

Ich habe meinem Freund Alexis Tsipras, dem vermutlich künftigen griechischen Ministerpräsidenten, geraten, eine Schadensersatzklage gegen Goldman Sachs wegen wesentlich betrügerischer Falschbera-

Jede neue Regierung wird einen schweren Gang ins Freie vor sich haben.

tung bei der Einführung des Euro zu erheben. Es muss aufgehört werden, dass die Menschen in den Schuldnerländern für das Versagen der Spekulanten zahlen müssen; das gilt übrigens auch im Hinblick auf die beiden Schwesterparteien

von SPD und Union, die sich in Griechenland lange am Staatsapparat bereichert haben. Jede neue Regierung wird einen schweren Gang ins Freie vor sich haben. Ich denke, Griechenland wird sich mit Alexis Tsipras und der -SYRIZA gegen die Finanzoligarchen, die man bei uns „Finanzmärkte“ nennt, erheben.

Alle anständigen Menschen sollten Griechenland dabei solidarisch unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)



Demonstration anlässlich der Präsidentschaftswahl vergangene Woche

© picture-alliance/ Pacific Press Agency

Ewald Schurer, SPD:

Ohne weitere Hilfen wird es nicht gehen



Ewald Schurer (*1954)
Landesliste Bayern

Diese Debatte ruft in Erinnerung, was wir in den Jahren 2008, 2009 und 2010 in Bezug auf Griechenland in Europa erlebt haben. Griechenland stand Mitte 2009 und im Jahr 2010 vor einem, so kann man sagen, Staatsinsolvenzverfahren. Griechenland war nicht mehr in der Lage, sich selbst zu refinanzieren. Das war die Ausgangssituation.

Wie auch immer man die makroökonomische Situation bewerten mag: Griechenland brauchte dringend europäische Solidarität. Im Gegensatz zu dem, was die Linken hier erzählen, ist sie damals auch erbracht worden, auch von Grünen und Sozialdemokraten, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, weil man gesehen hat: Wir können nicht anders, als für Griechenland entsprechende Finanzkonstrukte zu schaffen. Zunächst einmal gab es, im Februar und März 2010 ausgehandelt, bilaterale Verträge zwischen verschiedenen Staaten und Griechenland, dann, unterstützt vom IWF, eine 80-Milliarden-Euro-Linie, von der 73 Milliarden Euro ausgezahlt worden sind, und später die Fazilitäten: EFSF, EFSM und ESM-Vertrag.

Man muss an dieser Stelle auch sagen, dass Griechenland ohne diese strukturellen Hilfen nicht hätte überleben können. Dann hätte man nicht mehr über die schmerzhaften – das gebe ich zu – Sozialkürzungen – reden müssen. Griechenland wäre weder in der Lage gewesen, einen Cent an Rente auszuzahlen, noch sein Gesundheitssystem auch nur im Ansatz aufrechtzuerhalten. Griechenland hätte einen Kollaps aller staatlichen, öffentlichen Systeme erlebt.

Das, was wir erlebt haben – das gebe ich zu –, wurde von den Sozialdemokraten im Europaparlament und auch in unserer Bundes-

tagsfraktion mit großer Besorgnis gesehen, weil wir der Meinung waren und auch heute noch sind – trotzdem glauben wir, wir kommen an der heutigen Lösung nicht vorbei –, dass diese Sparprogramme, diese Auflagen, diese Konditionalitäten, in so kurzer Zeit eine so große Sparleistung zu erbringen, Griechenland binnenwirtschaftlich nicht geholfen, sondern teilweise geschadet haben. Dennoch muss man ehrlich sein: Ohne Auflagen gibt es nirgends in dieser Welt Geld.

Ich darf vielleicht einmal die Historie bemühen: Nirgendwo gab es jemals in der Weltgeschichte so brutale Auflagen. Ausgenommen davon – das ist mir spontan eingefallen – sind nur die Sanktionen des Regimes der ehemaligen Sowjetunion gegen die COMECON-Staaten. Damals wurden sämtliche Formen von Ressourcenlieferungen und Hilfen so brutal sanktioniert wie niemals sonst in diesem Weltgeschehen. – Das sei noch ins linke Stammbuch geschrieben.

Ich komme auf die Situation in Griechenland zurück: Die Sozialdemokraten haben den Prozess kritisch begleitet. Wir waren ganz klar der Meinung, dass diese Programme binnenwirtschaftlich nur zum Teil helfen. Teilweise kam es dann zu den Senkungsprozessen, deren Brutalität auch von uns nicht beschönigt werden kann.

In der Conclusio, Herr Minister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehe ich, dass wir heute das Richtige tun. Wir sind vorinformiert worden. Wir haben in den vergangenen Jahren in diesem Hohen Hause gemeinsam mit allen Fraktionen in einer großen Breite und Tiefe über das StabMechGesetz, also das Gesetz über den europäischen Stabilitätsmechanismus, und über das ESM-Finanzierungsgesetz gesprochen, und wir haben uns, wie vermutlich nur wenige Parlamente im europäischen Raum, die Mühe gemacht, die Partizipation des Parlaments in den Mittelpunkt aller europäischen Prozesse zu stellen, weil wir uns ja schließlich national und in Europa letztendlich in hohem Umfang an diesem Prozess der Schuldenbekämpfung beteiligen mussten.

Der Herr Minister und der Kollege Schneider haben es bereits angeführt – auch ich sehe es so –, dass wir die angesprochenen zwei Dinge tun müssen und auch tun werden:

Die Prolongation des bestehenden EFSF-Programms bis zum 28. Februar 2015 ist notwendig. Wir haben – hierüber eine Vorinformation, auch wenn das nur Zwischendokumente sind. Diese sind im Übrigen im Parlament und bei der Regierung vorhanden. Das heißt, wir haben kein Informationsdefizit. Wir müssen aber, liebe Freundinnen und Freunde der Grünen, auf die endgültigen Dokumente zugegebenermaßen noch etwas warten; Carsten Schneider hat dies bereits beschrieben. Ich finde es haushalts- und finanztechnisch auch gut, dass wir eine vorsorgliche Finanzhilfe für Griechenland leisten. Die entsprechende Kreditlinie wird in maximal zwölf Monaten 10,9 Milliarden Euro umfassen. Das alles trägt in der fragilen Situation, in der sich Griechenland immer noch befindet, zu einer gewissen Form von Sicherheit bei.

Gestern ist in Griechenland der erste Versuch, einen Präsidenten zu wählen, gescheitert. Es gibt zwei weitere Termine: den 23. und den 29. Dezember 2014. Nur dann, wenn es an diesen Terminen nicht gelingen würde, einen Präsidenten zu wählen, würden die Träume der Linken vielleicht wahr werden. Ich glaube es aber nicht. Herr Bartsch, wenn das der

Fall wäre, dann müsste ihr Kandidat schon am ersten Tag alle Versprechungen, die er jetzt macht, zurücknehmen.

Wenn alle internationalen Verpflichtungen aufgekündigt würden, dann würde Griechenland das erleben, was 2009 schon einmal drohend im Raum stand, nämlich einen Konkurs des gesamten Landes.

Insofern sind die großen, wohlfeilen Versprechungen der jetzigen griechischen Opposition wirklich nur Schall und Rauch. Sie könnte ökonomisch keine ihrer Versprechungen erfüllen, wenn sie in diese Situation kommen würde, was – so ist meine große Hoffnung – nicht der Fall sein wird.

Für mich ist die letzte wichtige Aussage, dass Griechenland jetzt natürlich in die Phase des Wachstums kommen muss. Der Minister, Carsten Schneider und andere haben es schon angesprochen: Griechenland hat ein zartes Wachstum; es ist noch nicht bestätigt.

Es gab einen Traum: Im April dieses Jahres hat man eine fünfjährige Staatsanleihe für 4,75 Prozent ausbringen können, und schon hatte Griechenland gedacht, man wäre in der Lage, sich von den Märkten, den Auflagen und den Konditionalitäten zu lösen. Dieser Traum hat sich leider nicht erfüllt. Wir alle wären begeistert gewesen, wenn sich Grie-

chenland ab dem Sommer wieder selbstständig und ohne Auflagen hätte refinanzieren können. Das hat sich – ich sage es noch einmal – leider nicht erfüllt. Deswegen ist Griechenland dringend auf eine Fortführung der Solidarität durch die Europäische Union angewiesen.

Bei aller Kritik der Grünen, die ich sehr ernst nehme: Es gibt dazu keine wirkliche Alternative.

Griechenland muss versuchen, diesen zarten Erholungskurs fortzusetzen hin zu wirtschaftlichem Wachstum, hin zu mehr Beschäftigung und hin wieder zu einer Krankenversicherung für alle Menschen – auch

für schwangere Frauen –, die diesen Namen verdient. Diesen Weg muss Griechenland gehen.

Ohne weitere Hilfen seitens der Europäischen Union mit Zustimmung des Deutschen Bundestages wird es nicht gehen. So kurz vor Weihnachten will ich hier nichts von einer heilen Welt erzählen. Vielmehr will ich sagen, dass wir nach einer sehr schwierigen Phase der Restrukturierung, in der auch handwerkliche Fehler begangen wurden, versuchen müssen, Griechenland innerhalb der Europäischen Union wieder nach vorne zu entwickeln, und zwar ökonomisch über mehr Investitionen und durch das Widererstarke soziale Leistungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Griechenland hätte ohne diese strukturellen Hilfen nicht überleben können.

Manuel Sarrazin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Troika ist nicht an allem schuld



Manuel Sarrazin (*1982)
Landesliste Hamburg

Man kann Griechenland als ein Land beschreiben, in dem abwechselnd monogame absolute Mehrheiten von zwei relativ mit Korruption verbandelten Großpartei-

en – wir haben das Glück, dass die griechischen Grünen nicht so relevant sind, als dass man hier jemandem etwas vorwerfen kann –, die mit der EVP oder der europäischen Sozialdemokratie zusammenhängen, herrschen und immer abwechselnd das Land relativ stark in Klientelwirtschaft aufgeteilt haben. Das ist im Zuge der Finanzkrise hochgegangen. Das wäre früher oder später sowieso hochgegangen. Daher ist die Troika zumindest daran nicht schuld.

Jetzt hofft die Linkspartei, dass Herr Tsipras das Ruder übernimmt. Ich wünsche mir, dass dieser endlich klar sagt: „Wir wollen, dass Griechenland im Euro bleibt“, und er auch persönlich bereit ist, alles dafür zu tun.

Er sagt immer: Es ist nicht mei-

ne Priorität, aus dem Euro auszuscheiden. – Das ist ein feiner Unterschied. Außerdem wünschen wir uns, dass sich nicht herausstellt, dass eure Partnerpartei, die SYRIZA, auch so etwas ist, nämlich eine alte Strukturen bewahrende Klientelpartei. Wir wünschen uns, dass herauskommt, dass das nicht so ist.

Sie wissen, dass in Griechenland viele jetzt schon sagen, dass Tsipras der neue alte Papandreou ist. Ich wünsche mir, dass dein Freund nicht zu so etwas wird. Vielleicht wäre ein bisschen mehr Ramelow besser für Griechenland als ein bisschen mehr Tsipras, aber egal.

Die Lage in Griechenland wurde

Fortsetzung auf nächster Seite

schon beschrieben. Die wichtigste Herausforderung ist jetzt, dass die zarten Pflänzchen der Erholung – man kann darüber streiten, wie groß sie sind – nicht wieder durch politische Instabilität kaputt gemacht werden. Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten. Darum werden wir der Verlängerung des Programms zustimmen.

Wir sind auch bereit, einer vorsorglichen Kreditlinie zuzustimmen, aber nicht heute. Das liegt an folgendem Problem. Das liegt nicht daran, dass man nicht auch einmal etwas entscheiden könnte. Das Problem ist die Maßgabe, die

Sie hineingeschrieben haben, dass die Beurteilung, ob die vorläufigen Berichte der Kommission mit den abschließenden Berichten übereinstimmen, von uns an die Bundesregierung abgegeben wird. Ich glaube, dass das nicht geht. Das geht nicht, weil wir nicht in eine Situation des reinen Nachvollzugs kommen können, die das Bundesverfassungsgericht in Bezug auf die zweite Entscheidung so stark the-

matisiert. Das geht auch deshalb nicht, weil bei uns im Deutschen Bundestag das Prinzip der Integrationsverantwortung gilt. Es gilt, über die Zugangsvoraussetzung zu entscheiden, damit über die Ob-Frage nicht erst am Ende entschieden wird. Über

Über die Ob-Frage können wir jetzt noch nicht ausreichend entscheiden.

die Ob-Frage können wir jetzt noch nicht ausreichend entscheiden.

Man kann sagen – da stimme ich Ihnen zu, Herr Schäuble –, dass wir Griechenland auch im Deutschen Bundestag sehr stark beobachten, dass wir einschätzen können, ob die vorläufige Einschätzung der Kommission totaler Quatsch oder nicht. Da würde ich Ihnen noch zustimmen. Ich glaube, dass diese relativ realistisch ist. Ich kann Ihnen aber keine Maßgabe geben, dass Sie mir diese Entscheidung abnehmen. Das passt nicht mit meinem Selbstverständnis als Parlamentarier zusammen.

Weil Kollege Willsch dort hin-

ten sitzt und Kollege Gauweiler nicht dort hinten sitzt, muss ich sagen: Wir werden dann, wenn die Zeit dafür gekommen ist, einen Antrag einbringen, dem Sie dann zustimmen müssen, damit Herr Gauweiler dank uns in Karlsruhe gegen Sie wieder einmal nicht gewinnt. So konstruktiv sind wir dann doch noch. Aber den Quatsch heute machen wir nicht mit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alois Karl, CDU/CSU:

Es schimmert ein Licht am Ende des Tunnels



Alois Karl (*1950)
Wahlkreis Amberg

Wenn man viel Zeit hat, den Vorrednern zuzuhören, dann fällt einem manches auf. Besonders Ihre Ausführungen, Herr Dehm, können nicht ganz unwidersprochen bleiben. Sie gerieren sich manchmal wie ein Arzt. Sie zeigen allerdings nur die Symptome auf, also das, was in Griechenland zurzeit zu sehen ist und wie es sich in den letzten zwei, drei oder vier Jahren entwickelt hat. Aber Sie bleiben bei der Beschreibung der Symptome stehen. Sie gehen nicht auf die Ursachen ein, woher das Ganze resultiert. Dass das Jahre und Jahrzehnte zurückliegt und die heutigen Symptome schon vor vielen Jahren begründet worden sind, hast du schon ausgeführt, lieber Norbert Barthle.

Wir – auch Sie, Herr Bartsch – sind heute angehalten, über die Symptome hinauszuschauen und – wie das im Leben so ist – Medikamente zu verschreiben, die zwar manchmal bitter sind, aber dann auch wirken müssen. Wer bei den Symptomen stehen bleibt, lieber

Herr Sarrazin, der ist eher Scharlatan als Arzt. Ich bitte Sie, diesen Weg in Zukunft nicht weiter zu beschreiten.

Ich habe gestern mit einem Freund in meinem Wahlkreis telefoniert. Er hat gefragt, zu welchem Thema ich heute rede. Als ich ihm sagte, zur Griechenland-Hilfe, hat er gefragt: „Ist das mit Griechenland denn immer noch nicht zu Ende?“ Das ist die Stimmung. Ich habe darauf geantwortet: Es ist in der Tat gut so, dass es mit Griechenland nicht zu Ende ist.

Wir haben in den letzten Jahren außerordentlich viel Arbeit mit Griechenland gehabt und unendlich große Rettungsschirme gespannt.

Wir sehen heute einen Schimmer des Lichts am Ende des Tunnels und glauben, dass sich die Dinge in Griechenland gut entwickeln werden und dass sich unsere Aktionen bzw. unsere unendlich großen Rettungsschirme in den letzten Jahren sehr erfolgreich gestaltet haben.

Was wäre denn gewesen, wenn wir das nicht gemacht hätten? Es wäre doch geradezu in epidemischer Wirkung auf italienische und französische Banken übergegangen, und der Euro selber wäre attackiert worden. Wenn ich die Äußerung von Bundeskanzlerin Merkel aufgreife, dass es ohne Euro auch keine funktionierende

Wir sind heute angehalten, über die Symptome hinauszuschauen.

Europäische Union gäbe, dann bedeutet das, dass die gesamte Europäische Union betroffen gewesen wäre.

Darum war es richtig, dass wir so gehandelt haben, und darum ist es auch richtig, dass wir heute

die beiden Beschlüsse fassen.

Meine Damen und Herren, wir gehen auch ein hohes Risiko ein. Das ist gar keine Frage. Die Rettungsschirme des ersten Griechenland-Programms mit 110 Milliarden Euro und des zweiten mit 164 Milliarden Euro sind schon angesprochen worden. Unser eigenes Risiko dabei ist mit 76,6 Milliarden Euro nicht gering. Aber all das machen wir sehenden Auges, weil wir wissen, dass das notwendig ist, um Griechenland wieder auf eine gute Strecke zu bringen.

Nach dem Stabilisierungsmechanismusgesetz sind wir als Deutscher Bundestag gehalten, mitzuwirken, und zwar in doppelter Ausfertigung. Darum sind Ihre Ausführungen, Herr Sarrazin, dass schon alles vorgelegt werden muss, nur am Rande richtig. Wir müssen uns noch einmal mit diesem Thema befassen und entsprechende Beschlüsse fassen. Erst dann kommt die vorsorgliche und grundsätzliche Griechenland-Hilfe insgesamt auf den Weg.

Wir müssen jetzt 1,8 Milliarden Euro zwei Monate länger vorhalten. Das halte ich für richtig. Die Prüfungen müssen ordnungsgemäß erfolgen. Sie sind unseres Wissens noch nicht vollständig abgeschlossen. Bei den großen Zahlen, die gerade genannt worden sind, könnte man vielleicht meinen, dass 1,8 Milliarden Euro zu vernachlässigen sind, aber das trifft nicht zu. Es ist viel Geld, insbesondere dann, wenn es einem nicht gehört bzw. wenn wir mit dem Geld anderer umgehen. Dabei ist es wichtig, notwendig und richtig, dass wir auch diese 1,8 Milliarden Euro unter den Vorbehalt der Prüfung stellen.

Unser zweites Vorhaben, den Griechen vorsorglich ein Programm zur Verfügung zu stellen

und grundsätzlich Finanzhilfe in Höhe von 10,9 Milliarden Euro zu gewähren, ist durchaus komplizierter. Herr Bundesfinanzminister, Sie haben dazu sehr ausführlich und intensiv vorgetragen. Diese Maßnahme soll auf ein Jahr befristet sein. Wir sind sehr zuversichtlich, dass sich Griechenland im nächsten Jahr aufgrund der guten Zahlen, die wir genommen haben, positiv entwickeln wird. Griechenland hat zwar im letzten Sommer eigene Kredite zu einem Zinssatz von ungefähr 4,5 Prozent aufnehmen können. Aber nun ist der Zinssatz auf das Doppelte gestiegen, auch wegen der Unsicherheiten, von denen wir gehört haben. Fast alle anderen Indizes der griechischen Wirtschaft sind positiv; das hat uns sehr gefreut. Das verschafft uns eine gewisse Sicherheit bei der nun anstehenden Maßnahme.

Die Kernfrage all unserer Entscheidungen lautet: Erhöht sich unser Risiko, bleibt unser Risiko gleich, oder vermindert sich unser Risiko? Wenn ich sehe, dass sich die griechische Wirtschaft in vielen Punkten verbessert hat, dass

Wir gehen auch ein hohes Risiko ein. Das ist gar keine Frage.

wir auch bei der Arbeitslosigkeit in Griechenland auf einem positiven Weg sind, auch wenn sie noch nicht so niedrig ist, wie wir uns das wünschen – das ist nicht so gravierend wie die Entwicklung beim Primärsaldo, beim Bruttoinlandsprodukt oder bei der Wirtschaftsleistung –, dass sich Griechenland in den letzten Jahren durchaus positiv entwickelt hat und dass es sich bei den 10 Milliarden Euro, um die es nun geht, nicht um neues Geld, sondern um umgeschichtetes Geld vom Rettungsschirm EFSF hin zum ESM handelt, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass sich unser Risiko nicht erhöht. Wenn sich das Risiko nicht erhöht – wir aber unseren griechischen Freunden damit einen Schub zur Verbesserung ihrer Situation geben können –, dann sollten wir das durchaus machen.

Aus diesem Grunde werden wir als CDU/CSU, Herr Bundesfinanzminister, dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)



Der griechische Oppositionsführer Alexis Tsipras, Vorsitzender des linksradikalen Parteibündnis Syriza

© picture-alliance/ Pacific Press Agency

leicht erklärt!

Klima-Wandel

Was ist das?



Was ist Klima-Wandel?



Über den Klima-Wandel denken viele Leute nach.

Denn: Er ist gefährlich.

Klima ist ein anderes Wort für Wetter.

Das Wetter ändert sich gerade:
Auf der Erde wird es immer wärmer.

Dazu sagt man: Klima-Wandel.



Dann können sich Menschen, Tiere und Pflanzen darauf einstellen.

Das passiert ganz langsam.

Auch bei uns war es zum Beispiel vor vielen tausend Jahren mal sehr kalt.

Das nennt man Eiszeit.

Was ist schuld am Klima-Wandel?



Dieses Mal ist es aber anders:
Die Menschen sind schuld am Klima-Wandel.

Sie machen viele Dinge, die der Umwelt schaden.

Zum Beispiel geben sie zu viele Treibhaus-Gase in die Luft.



Klima-Wandel gab es auf der Erde schon immer.

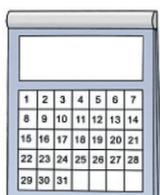
Mal wird das Klima wärmer.
Mal wird das Klima kühler.

Das ist normal.

Treibhaus-Gase sind schlecht für die Umwelt.

Treibhaus-Gase sind auch schuld am Klima-Wandel.

Sie entstehen zum Beispiel beim Autofahren.



Für den Klima-Wandel gibt es viele Gründe.

Aber: Ein Klima-Wandel dauert normalerweise viele Jahre.





Die Abgase gehen in die Luft und schädigen die Umwelt.

Abgase sorgen für den Treibhaus-Effekt.

Der Treibhaus-Effekt ist schuld, dass der Klima-Wandel dieses Mal viel zu schnell geht.

Die Folgen sind schlimm.

Was ist der Treibhaus-Effekt?



Die Erde wird von einer Hülle umgeben.

Sie schützt die Erde vor Strahlen aus dem Weltall.

Man nennt diese Hülle: Atmosphäre.

Die Sonne strahlt auf die Erde. Die Sonnenstrahlen gehen durch die Hülle.

Auch wieder zurück in das All.

Durch die Verschmutzung des Menschen sind Abgase in der Hülle.



Abgase sind schlechte Luft. Durch die Hülle kommt jetzt zwar Sonnenlicht herein. Aber nicht mehr hinaus.

Es wird also immer wärmer. So ähnlich wie in einem Gewächshaus.

Dazu sagt man: „Treibhaus-Effekt“.

Der Treibhaus-Effekt ist also schuld an der Erd-Erwärmung.

Wer verursacht den Treibhaus-Effekt?



Die Menschen verursachen hauptsächlich den Treibhaus-Effekt.

Damit sind sie schuld, dass die Erd-Erwärmung so schnell geht.

Sie produzieren giftige Gase.

Die zwei schlimmsten sind: CO₂ und Methan.

CO₂ ist die Abkürzung für das schwere Wort: Kohlenstoffdioxid.

Das ist sehr schädlich.



CO₂ entsteht vor allem:

- beim Flugzeug fliegen
- beim Autofahren
- beim Verbrennen von Holz, Kohle und Öl
- in Fabriken.

Dort pustet der Mensch viel CO₂ in die Luft.

Methan ist auch schlecht für das Klima.



Es wird hauptsächlich von Rindern ausgestoßen.

Das heißt:

Auch viel Fleisch essen ist schlecht für das Klima.

Es führt auch dazu, dass die Erde wärmer wird.

Woher wissen die Menschen vom Klima-Wandel?

Viele Menschen haben sich in den letzten Jahren mit dem Klima-Wandel beschäftigt.



Sie nennt man Forscher.

Die Forscher fanden Folgendes heraus:

In den letzten 100 Jahren wurde es auf der Erde um 0,8 Grad wärmer. Und zwar im Durchschnitt.

In den nächsten 100 Jahren glauben sie: Es wird 6,5 Grad wärmer.

Was ist schlecht am Treibhaus-Effekt?



Das wäre eine Katastrophe.

Denn:

Es wird schlimme Folgen für die Erde haben.

Auch wenn Menschen schon viel gegen den Klima-Wandel tun:

Schon bei 2 Grad wärmer wird es auf der Erde Auswirkungen geben.

Weil die Erde wärmer wird, schmelzen die Eisberge am Nordpol und Südpol.

Wenn die Pole schmelzen, gibt es mehr Wasser.

Manche Inseln werden dann überschwemmt.

Menschen und Tiere, die dort leben, müssen wegziehen.



Auch das wird passieren: In manchen Ländern regnet es weniger als früher.

In manchen Ländern regnet es mehr als früher.

Dort, wo es weniger regnet als früher, gibt es lange Dürren.

Ohne den Regen haben die Menschen, Tiere und Pflanzen kein Wasser.

Menschen und Tiere haben dann nichts mehr zu essen.

Sie können dort dann nicht mehr leben.



Die Menschen werden sich einen anderen Ort zum Leben suchen.

Wie sieht das zum Beispiel aus?

Wenn das Eis am Nord- und Südpol schmilzt, wird das Meer um sieben Meter höher.



Das heißt, große Städte wie:

- London
 - Hamburg oder
 - Amsterdam
- werden voll mit Wasser sein.

Hier können Menschen auch nicht mehr wohnen.

Was passiert noch?

Das Wetter insgesamt ändert sich also stark.

Manche sagen: Es wird immer extremer.

Das heißt: Es regnet und schneit häufiger im Winter.

Es wird wärmer im Sommer und es gibt häufiger schlimme Unwetter.

Zum Beispiel:

- Wirbelstürme oder
- schwere Gewitter.



Und zwar: in Deutschland und auf der ganzen Welt.



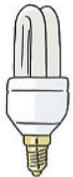
Kann man den schnellen Klima-Wandel wieder stoppen?

Experten sagen: Nein!

Die Menschen können den schnellen Klima-Wandel nicht mehr stoppen.

Aber:
Sie können etwas tun, damit es nicht so schlimm wird.

Was kann man gegen den Klima-Wandel tun?



Zum Beispiel:

- Weniger Auto fahren
- Das Licht ausmachen
- Den Stecker von Fernsehern ziehen
- Essen aus der Region kaufen
- Und noch vieles mehr



Wie zum Beispiel: Bäume pflanzen.

Bäume sind gut, denn sie tun was gegen das CO₂.

Bäume wandeln das schädliche CO₂ in Luft zum Atmen um.

Also: Auch Bäume zu pflanzen ist gut für das Klima.

Das reicht natürlich noch nicht.



Deshalb überlegen Politiker auf der ganzen Welt, wie man den Klima-Wandel bremsen kann.

Auch in Deutschland:
Deutsche Politiker sagen:
„Wir müssen etwas tun.“

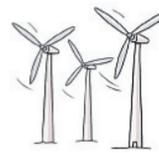
Sie wollen, dass die Menschen im Jahr 2020 nur noch die Hälfte Treibhaus-Gase produzieren.

Und zwar mit:
erneuerbaren Energien.



Damit wird Strom und Wärme erzeugt.

Erneuerbare Energien sind Energien, die es immer gibt.



Sie schaden auch nicht der Umwelt.

Erneuerbare Energien sind zum Beispiel:

- Windräder
- Sonnenenergie
- Wasserkraft.



Dafür gibt die Politik viel Geld:
Jedes Jahr kostet der Klima-Schutz 2,6 Milliarden Euro.

Das ist sehr viel Geld.

Aber ohne Klima-Schutz können die Menschen bald hier nicht mehr leben.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013 ©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V. und:

Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
52/2014